



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Entstehung und Entwicklung der Arbeitnehmerinteressensvertretung in Ungarn“

Vom Ende des 19. bis zum Anfang des 21. Jhdts

Eingereicht von

Stephan Szekely

Betreuer:

Univ.-Doz. Dr. Johann Dvorak

Angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien 2011
Studienkennzahl: A300
Studienrichtung: Politikwissenschaft

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	5
Vorwort	5
Themenwahl	5
Fragestellung.....	6
Aufbau der Arbeit.....	7
Thematische und zeitliche Eingrenzung.....	8
 Kapitel 1	 9
Das Land Ungarn	9
Geographische Lage	9
Historischer Rückblick.....	9
Bis 1945	9
Nach 1945.....	10
Nach der Wende	11
 Kapitel 2	 13
Die vier Perioden der Arbeitnehmervertretungen	13
Bis zum 1. Weltkrieg.....	13
So hat es begonnen.....	13
Die Bewegung nimmt Formen an.....	15
Unaufhaltsam Richtung Krieg	18
Bis zum 2. Weltkrieg.....	20
Vakuum und Turbulenzen bis Trianon	20
Konsolidierung auf mittlerem Niveau	22
Am Weg zum Krieg ist die Gewerkschaft unerwünscht.....	27
Bis zum Beginn der Wende (1988)	30
Von der Neugründung bis zur Machtübernahme der Kommunisten.....	30
In die Rolle des Antriebsriemens gedrängt	41
Angekettet an die MDP	44
Ein kurzes Tauwetter	47
Erneut an der kurzen Leine	49
Ganz zurück geht es nicht mehr	51

Die ersten Gehversuche	53
Zurück zum Start.....	57
Die Zeit der Zerrissenheit.....	59
Die Jahre der „Wende“ (1988-1990)	65
Der Staat und die Gesellschaft, die sich im Wandel befanden	65
Die Rolle der Arbeitnehmervertretungen während des Umbruchs	69
Die Entstehung von unterschiedlichen Arbeitnehmervertretungen.....	70
Die einzelnen Konföderationen	77
Kapitel 3	86
Arbeitnehmervertretungen nach der „Wende“	86
Die politische, gesellschaftliche Entwicklung nach der „Wende“	86
Die wirtschaftliche, soziale Lage	89
Rat des Landes-Interessenausgleiches (OÉT, Országos Érdekegyeztető Tanács)	92
Die Beziehung der Dachorganisationen untereinander.....	97
Die Dachorganisationen und die Betriebsräte.....	105
Die Dachorganisationen und die internationalen Verbindungen	108
Die Arbeitnehmer und ihre Vertretungen	114
Kapitel 4	117
Theoretischer Teil.....	117
Der Begriff „Wende“	117
Die Transformationsphasen des Systemwechsels.....	117
A) Die Liberalisierung	118
B) Die Demokratisierung	118
C) Die Konsolidierung	119
Kapitel 5	120
Resümee	120
Eine kurze Zusammenfassung der weiterhin bestehenden Problemfelder.....	120
Arbeitnehmerseitig:	120
Gewerkschaftsseitig:	121
Regierungs- und parteienseitig:	122
Schlussbemerkungen	123
Danksagung	125
Anhang	127

Informationen.....	127
Tabellen.....	134
Abkürzungsverzeichnis bzw. deren Übersetzungen	152
Personenverzeichnis.....	154
Internetadressen der wichtigen Dach- bzw. Teilorganisationen.....	156
Quellen - und Literaturverzeichnis.....	157
A) Quellen.....	157
B) Verzeichnis der Informationen und Tabellen im Anhang	157
C) Literatur und Internetveröffentlichungen	162
D) Auflistung der Dokumentationen auf beiliegender CD-ROM.....	165

Einleitung

Vorwort

Ich möchte zuerst meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass ich die Chance hatte, am Ende meiner beruflichen Laufbahn an der Uni Wien studieren zu können. Während des Studiums habe ich viele Freunde sowohl unter dem Lehrpersonal, wie auch unter Studienkollegen gewinnen können. Ich muss meinen Dank den Personen gegenüber aussprechen, die mich während des Studiums begleitet und unterstützt haben. Diejenigen, die zu der Fertigstellung dieser Arbeit maßgeblich beigetragen haben, werden am Ende unter „Danksagung“ namentlich erwähnt. Von dieser Stelle aus will ich mich bei meiner Frau ebenfalls bedanken. Sie hat nicht nur durch Entlastung bei den alltäglichen Aufgaben das Studium für mich ermöglicht, sondern sie war auch bereit, meine schriftlichen Aufgaben kritisch durchzulesen und nötigenfalls zu korrigieren.

Themenwahl

Um die Motivation für die Themenwahl zu verstehen, scheint es mir unerlässlich, einiges Persönliches darzulegen. Einerseits habe ich die Zeiten der kommunistischen Diktatur im Land als geborener Ungar selbst miterlebt, andererseits habe ich in Österreich, nachdem ich Ungarn verlassen hatte, nicht nur die Möglichkeit gehabt die Arbeitnehmervertretung kennen zu lernen, sondern darin auch aktiv mitwirken zu können.

Man ist geneigt, die Staaten der ehemaligen sowjetischen Einflussphäre ohne Differenzierung als frühere „Ostblockstaaten“ zu bezeichnen.

Wir nehmen an, die Nachbarländer Österreichs, so auch Ungarn zu kennen. Erst, wenn man das Land nicht nur als Tourist betrachtet, wird uns klar, dass die Kenntnisse sehr oberflächlich und die Hintergründe, die die verschiedenen Prozesse beeinflussen, für uns ziemlich unbekannt sind. Durch die Kenntnis der ungarischen Sprache hat man bessere Möglichkeiten sowohl durch Gespräche mit Zeitzeugen als auch durch entsprechende Landesliteratur ein Segment der Entwicklung des Landes vom 19. Jahrhundert bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts zu analysieren.

Als ich die Wahl für das Thema getroffen habe, konnte ich noch nicht wissen, wie wenige diesbezügliche Veröffentlichungen existieren. In Ungarn gibt es keinen Verlag oder ein zentrales Archiv der Gewerkschaften. (Kein Vergleich mit der Wiener AK – Bibliothek!) Weder in ungarischen Buchhandlungen, noch in der Bibliothek des Collegium Hungaricum (in Wien) konnte ich Fachbücher finden, die sich gezielt mit dieser Thematik auseinandergesetzt hätten. Bisher standen mir hauptsächlich Quellen zur Verfügung, die in der Zeit des „Realsozialismus“ veröffentlicht wurden.

Eine „Aussiebung“ der wissenschaftlichen Inhalte von realsozialistischen Botschaften erscheint problematisch und deshalb auch nicht fehlerfrei. (Persönliches Befinden kann durch das selbst Erlebte trotz des Bemühens „objektiv“ zu sein, beeinflusst werden) Sogar die Zeit der Aufklärung wurde als Vorläufer für den Realsozialismus vereinnahmt. Auch die seit dem 18. Jhdt bestehende, gegen die Habsburger Herrschaft gerichtete, Grundeinstellung zieht sich bis zur Wende wie ein roter Faden durch alle Veröffentlichungen. (In der kommunistischen Zeit wurden die Habsburger Statuen vom Heldenplatz in Budapest entfernt und durch die Habsburger feindlichen siebenbürgischen Fürsten ersetzt.)

Fragestellung

Die Geschichte der ungarischen Arbeitnehmervertretungen zeigt im Vergleich zu Österreich einmal größere und einmal kleinere Unterschiede, bedingt durch die verspätete Industrialisierung, weiters durch die ähnliche, jedoch nicht gleiche politische Systemgeschichte (siehe später: Kurzgeschichte Ungarns). Mit Ausnahme der Zeit des Austrofaschismus und dem folgenden Anschluss Österreichs an Hitlerdeutschland hinkte die ungarische Arbeitnehmervertretung als Gestalterin des politischen Lebens immer in gewissem Abstand nach. Erst nach der „Wende“ (1989) und nach dem EU-Beitritt (2004) scheinen die Bedingungen für Ungarn im Vergleich z.B. zu Österreich gleich zu sein. Dabei stellen sich die Fragen: ob alleine das geänderte, gesetzliche Umfeld ausreicht, um einen Aufholprozess einzuleiten, weiters welche Faktoren, die für einen Außenstehenden eine schwer einschätzbare Rolle spielen, die Demokratisierungsprozesse der Gesellschaft vorantreiben oder ihre Entwicklung verzögern bzw. sogar gefährden können? Welche Rolle spielt dabei das kollektive Gedächtnis in Hinblick auf die Erinnerungen der Zeit des

„Realsozialismus“ (Zeitfaktor versus Generationswechsel)? Wie weit hat das Trauma, dem „Ostblock“ zugehörig gewesen zu sein, die für die Arbeiterschaft besonders schwierige Zwischenkriegszeit verdrängt bzw. überdeckt. Welche Erwartungshaltung weist die Bevölkerung auf (Blick nach „Westen“) und wie weit ist sie bereit, dabei partizipativ mitzuwirken? Wie kann man die diesbezügliche Motivation fördern? Wer sind die Akteure der Vertretungen?

Aufbau der Arbeit

Obwohl das Thema der Diplomarbeit ein spezifisch gesellschaftliches Feld betrifft, darf dieses nicht aus seinem Umfeld herausgerissen betrachtet werden, weil dadurch ein unvollständiges Bild entstehen könnte. Man neigt dazu, die bereits erworbenen Kenntnisse über ein Teilgebiet des eigenen Landes in ein anderes zu transferieren, und man ist versucht, dadurch vorschnell zu urteilen, bzw. Aussagen zu tätigen. Begriffe müssen nicht unbedingt die von uns bekannten Bedeutungen haben, obwohl sie problemlos wortwörtlich übersetzt werden können und deshalb würden sie, ohne deren landesspezifischen Inhalte zu kennen, unweigerlich zu Missverständnissen führen. Um dies zu veranschaulichen, seien hier nur zwei Beispiele gebracht: Eine der Dachorganisationen wird „Gewerkschaft der Arbeiterräte“ genannt, die ihre Entstehung an die Revolution 1956 anknüpft und an die „Betriebsleitungen“ des ehemaligen Jugoslawien erinnert. Betriebsräte werden in Ungarn erst seit 1992 gewählt, jedoch sind sie der uns in Österreich bekannten betrieblichen Organisation nicht voll gleichzusetzen. In Ungarn spricht man auch über die Kammern, aber diese sind sowohl vom Aufbau, wie von der Funktion und den Befugnissen mit dem österreichischen Kammernsystem nicht zu vergleichen. (Eine Arbeiterkammer nach österreichischem Verständnis gibt es in Ungarn nicht.) Aus den erwähnten Gründen werden in einzelnen Gebieten Vergleiche oder auch Verknüpfungen mit Österreich eingearbeitet. Die ungarischen Abkürzungen werden bei ihrer erstmaligen Erwähnung übersetzt. Die komplette Auflistung befindet sich im Abkürzungsverzeichnis. Im Fußnotenfeld werden außer den Quellenangaben auch Kurzinformationen über Personen, die in Zusammenhang mit dieser Arbeit eine entscheidende Rolle gespielt haben, angegeben.

Thematische und zeitliche Eingrenzung

Wenn man den wenig bzw. nicht Informierten über ein Thema ein umfassendes Bild liefern möchte, läuft man leicht in Gefahr, den Faden im Detail zu verlieren. Deshalb müssen notwendigerweise Einschränkungen gemacht werden.

Aus diesem Grund kann auf manche Problemfelder (z.B. Jugend oder Frauen) nur hingewiesen werden, jedoch können sie nicht tiefer gehend abgehandelt werden.

Ebenso muss, um die Arbeit abschließen zu können, ein zeitlicher Schlussstrich gezogen werden, obwohl sich täglich neue und interessante Wendungen, Ereignisse und dadurch behandelnswerte Aspekte ergeben.

In diesem Fall wurde die zeitliche Grenze mit der ersten Hälfte des Jahrzehnts in dem noch jungen Jahrtausend gezogen.

In Anbetracht der seither vergangenen Zeit lässt sich jedoch feststellen, dass die in dieser Arbeit beschriebene Problematik wegen der Zerrissenheit der Arbeitnehmervertretungen für die nächste Zukunft weiterhin aktuell bleiben dürfte und deshalb voraussichtlich derzeit noch keine Aussicht auf eine effiziente Lösung besteht.

Kapitel 1

Das Land Ungarn

Um ein besseres Verständnis für die gesellschaftlichen Prozesse zu erzielen, ist es notwendig, auch das Land Ungarn und seine Entwicklung kurz, jedoch umfassend vorzustellen. (Die Eckdaten Ungarns siehe Anhang Nr. 1)

Geographische Lage

Ungarn liegt in Mitteleuropa, genauer gesagt innerhalb des Karpatenbeckens. Es ist eine hügelige Landschaft mit großen Tiefebene. Die höchste Erhebung des Landes ragt kaum über 1000 Meter über den Meeresspiegel hinaus (Kékes 1015M). Das Land ist abgesehen von Bauxit arm an Bodenschätzen. Die politische Grenze verläuft seit dem Friedensvertrag von Trianon im Jahre 1920 inmitten des Karpaten Beckens. Weiters leben weitere 3 Millionen Ungarn ohne einer natürlichen Trennlinie innerhalb dieser Region.

Historischer Rückblick

Bis 1945

Die Herkunft der Ungarn ist nicht unumstritten. Die vermutete Urheimat lag zwischen den Gebirgszügen des Urals und den Volga/Kama Flüssen. Nach Zwischenaufhalten am Asowschen- und anschließend am Schwarzen Meer gelangten sie, angeführt von Fürst Árpád, kurz vor der ersten Jahrtausendwende in das Karpaten-Becken. Mit dem Einzug der Ungarn wurden die bis dahin zusammenhängend siedelnden slawischen Völker für die weitere Geschichte voneinander getrennt. Als reitendes Nomadenvolk haben die Ungarn ihren Lebensunterhalt durch Raubzüge Richtung Westen gesichert. Als die westlichen Länder die Kriegsführungstaktik der Ungarn erkannten, konnten sie diesen vernichtende Niederlagen zufügen (Merseburg, Augsburg). Fürst Géza hat erkannt, dass ein Weiterbestehen des Landes nur dann gesichert werden kann, wenn das Volk sesshaft wird und sich in Europa integrieren lässt. Er ließ seinen Sohn Vajk unter dem Namen István (Stephan) zum Christentum übertreten und hat für ihn die bayerische Herzogstochter als Frau ausgesucht. Sowohl Priester wie Bauern wurden ins Land geholt. Die

Christianisierung wurde später von István eisen weitergeführt und als Dank dafür erhielt er im Jahre 1001 vom Papst die „Heilige“ Stephanskronen.

Das Land hat viele Stürme (Tatareneinfälle) durchstehen müssen. Für lange Zeiten war es direkt besetzt (Türken) oder abhängig (Habsburger). Ab 1867 war Ungarn innenpolitisch autonomer Teil der K&K Monarchie.

Ungarn gelang es über Jahrhunderte, wenn auch bei Unterdrückung der Minderheiten, das Karpatenbecken als Landesgrenze bis zum Ende des 1. Weltkrieges zu behaupten. Durch den Friedensvertrag von Trianon hat es zwei Drittel seines Gebietes und mehr als ein Drittel seiner ungarischen Bevölkerung verloren. Die revisionistische Grundhaltung des Landes hat wesentlich dazu beigetragen, in den 2. Weltkrieg auf der Seite Hitlerdeutschland einzutreten.

Nach 1945

Die Verhandlungen von Jalta und Moskau haben das weitere Schicksal Ungarns bestimmt. Die Einflussphäre der Sowjetunion wurde auf die osteuropäischen Staaten ausgedehnt. Ironisch gemeint könnte man behaupten, Ungarn hat als Strafe dasselbe bekommen, was die vom Naziregime Befreiten (Polen und Tschechoslowakei) als Belohnung, nämlich ein autoritäres System, das Kommunismus genannt wurde, erhalten haben.

Die Staaten Osteuropas haben versucht, sich gegen die Unterdrückung durch die Sowjetunion zur Wehr zu setzen. All diese Bemühungen wurden brutal niedergeschlagen, so auch der Aufstand in Ungarn im Jahre 1956. Es zeigte sich jedoch, dass die osteuropäischen Diktatorsysteme bei tiefergehenden Wirtschaftskrisen nicht überleben. Die ersten Schritte Richtung Liberalisierung wurden noch von János Kádár, Generalsekretär der MSZMP, gesetzt. Die vom Westen gewährten Kredite wurden unter Vernachlässigung von notwendigen Investitionen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu steigern, für die kurzfristige Absicherung des bescheidenen Lebensstandards eingesetzt. Eine gewisse Freiheit für kleine Unternehmungen wurde ebenfalls zugelassen. In dieser Zeit des „Gulaschkommunismus“ durfte man nur die führende Rolle der Partei

nicht in Frage stellen. Letztendlich konnte ein echter Systemwechsel erst nach Antritt Gorbatschows als erster Sekretär der KPDSU, eingeleitet werden.

Nach der Wende

Die politische Wende konnte in Ungarn ohne Reibungen friedlich innerhalb kürzester Zeit vollzogen werden. Die Umstellung auf die Marktwirtschaft hat dagegen tiefe Risse in der Gesellschaft an die Oberfläche gebracht. Viele Funktionäre der früheren Nomenklatur haben auch geschafft, ihre Position statt politisch, jetzt wirtschaftlich, durch Übernahmen der bis dahin von ihnen geleiteten Firmen als Eigentümer abzusichern. Die Klassenunterschiede zwischen Arm und Reich sind nach der Wende noch größer geworden. Die Privatisierung des Landes kann heute als abgeschlossen betrachtet werden. Hingegen wird eine notwendige Änderung der Gesellschaft noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Es wird nicht leicht sein, aus einer Gesellschaft, die derzeit noch Politik ablehnt, eine neue zu formen, die bereit ist, Solidarität zu zeigen und bei den Entscheidungsprozessen aktiv mitzuarbeiten.

Der NATO-Beitritt kann auch als politische Absicherung gegenüber der damals noch bestehenden Sowjetunion bewertet werden. Für den EU-Beitritt dagegen ist eher der Wohlstandswunsch in den Vordergrund getreten. Eine politische Zuordnung der Parteien in Ungarn ist eher nach Parteinaamen und nicht nach Programmen möglich. Der im Jahr 2005 zurückgetretene Ministerpräsident, Ferenc Gyurcsany (Kandidat der Sozialdemokratie) ist Millionär und vertritt liberale Wirtschaftspositionen, wogegen der seit 2010 wieder regierende Viktor Orban von der konservativ-rechtspopulistischen FIDESZ (Verband der Jungdemokraten) z.B. Forderungen für die Einfrierung von Gaspreisen gestellt hat. In Ungarn gewinnt nicht die Ideologie einer Partei, sondern die Unzufriedenheit. Eine erfolgreiche Vertretung der Arbeitnehmer ist nicht gegeben. Dies ist einer der Gründe, warum das Land aus westlicher Sicht als neoliberal bezeichnet werden kann. Es ist zu befürchten, dass die getätigten steuerlichen Begünstigungen für die Ansiedelung von ausländischen Firmen nur ein zeitlich begrenztes Aufflackern bewirkt haben, anstatt einen ständigen wirtschaftlichen Aufstieg zu erreichen und dadurch zur demokratischen Stabilisierung des Landes beizutragen.

Die Finanzkrise löste auch in Ungarn eine Wirtschaftskrise aus, die wiederum droht in einer Gesellschaftskrise zu enden. Um diese Gefahr abwenden zu können, müssen die Arbeitnehmervertretungen eine wichtige Rolle in der Gesellschaft spielen. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, müssen sie verstärkt in die politischen Entscheidungsfindungen des Landes eingebunden werden. Diese Problematik wird in dieser Arbeit in einem eigenen Kapitel erörtert.

Kapitel 2

Die vier Perioden der Arbeitnehmervertretungen

Die Geschichte der ungarischen Arbeitnehmervertretungen kann in großen Zügen in vier Perioden eingeteilt werden. Obwohl im Fokus dieser Arbeit die Analyse der Situation bis 2005 steht, halte ich es für ein besseres Verständnis auch die früheren Perioden kurz im Überblick vorzustellen

- Bis zum 1. Weltkrieg
- Bis zum 2. Weltkrieg
- Bis zum Beginn der „Wende“ (1988)
- Die Jahre der „Wende“

Bis zum 1. Weltkrieg

So hat es begonnen

Bereits in den 30-er Jahren des 19. Jahrhunderts wurden in Folge der zugespitzten Situation der gewerblichen Zünfte trotz Verbote die ersten Burschenverbände gegründet. Obwohl die meisten Quellen zur ungarischen Gewerkschaftsgeschichte nicht aufgearbeitet sind, wurden frühe Aktionen, wie z. B. der Metallergesellen, in Publikationen dokumentiert. In dieser Zeit waren etwa 136 Tausend Menschen, ca. 1% der Bevölkerung, in den Zunftgewerben oder im Montanbereich beschäftigt.¹ Bis zur bürgerlichen Revolution von 1848 konnte unter feudalen Verhältnissen eine kapitalistische Entwicklung nicht Platz greifen. Die Arbeitsbedingungen der Gesellen und Lehrlinge waren äußerst unmenschlich. Gearbeitet wurde täglich von 14-16 Stunden, inklusive Sonntag. Obwohl die ungarische Arbeiterschaft zahlenmäßig noch klein war, nahm sie bei den Protestaktionen 1848 an der vordersten Front teil. In dieser Zeit trat die Arbeiterschaft noch nicht als eigene politische Kraft auf und vorrangige Forderung war die Auflösung des Zunftsystems².

¹ Vgl. Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 7.

² Vgl. Tibor Erényi, Sándorné Gábor: A magyar forradalmi munkásmozgalom története (Geschichte der revolutionären ungarischen Arbeiterbewegung). Verlag: Kossuth, Budapest 1972, Band 1, 3. Auflage, S. 9.

Die größte Errungenschaft der Revolution war die Beendigung des Leibeigenschaftswesens. Da die Revolution in Ungarn von liberalen Adeligen angeführt wurde, die sich weder für das Ziel einer Bodenreform noch für die Auflösung der Zünfte eingesetzt haben, blieben diese Forderungen unerfüllt.

Am 13. Mai 1848, nach Tag- und Nachtverhandlungen, wurde die erste Druckerlohnregelung vereinbart, die durchaus als erster Kollektivvertrag angesehen werden kann. Nach der Niederschlagung der Revolution wird Ungarn von 1849 bis zum Ausgleich im Jahre 1867 wie eine Kolonie des Habsburgerreiches behandelt. Die absolutistische Zwangsherrschaft einerseits, die ungelösten Problem des Großgrundbesitzes andererseits, hinderten weiterhin die kapitalistische Entwicklung und damit auch die Stärkung der Arbeiterschaft. Die ersten Kontakte zur internationalen Arbeiterbewegung entstehen durch die Walz. Die Gesellen haben nicht nur fachliche, sondern auch politische Erfahrungen erworben. Aufgrund dieser Entwicklung wurde János Hrabje, ein Tischler von Pest, im Jahr 1865 durch die von Karl Marx initiierte erste sozialistische Internationale betreut, um die Arbeiterorganisationen in Ungarn zu gründen und zu harmonisieren. In dieser Zeit existierten bereits Selbstbildungs- und Unterstützungsvereine, die zum Teil die Thesen des deutschen Sozialisten Ferdinand Lasalle und zum Teil die Ideen der bürgerlich Liberalen verfolgten. Hrabje nimmt zu diesen Vereinen Kontakte auf und schaltet sich in deren Arbeit ein. In diesem Sinne wird in Pest 1868 die erste ungarische sozialistische Organisation unter dem Namen: „Allgemeiner Arbeiterverein“ gegründet. Als Vorsitzender wird Hrabje gewählt. Im März 1868 wird in Pozsony (Pressburg) und anschließend im August in Pest eine Versammlung mit 10.000 Teilnehmern abgehalten. Hier wird zuerst die rote Fahne als Kampfsymbol der sozialistischen Arbeiterbewegung ausgerollt.

Das Forderungsprogramm des Allgemeinen Arbeitervereines zeigt bereits eine politische Entwicklung. Unter anderem wurden gefordert: freie Vereinsgründung, Versammlungs- und Pressefreiheit, allgemeines Wahlrecht, Auflösung des Heeres, Bewaffnung des Volkes, Trennung zwischen Staat und Religion, die Enteignung des Kirchenbesitzes sowie auch die Einführung der kostenlosen Schulbildung.³

³ Vgl. Tibor Erényi, Sándorné Gábor: A magyar forradalmi munkásmozgalom története (Geschichte der revolutionären ungarischen Arbeiterbewegung). Verlag Kossuth, Budapest 1972, Band 1, 3. Auflage, S. 16.

Als Zeichen dieser Entwicklung ist im April 1870 die Zeitung: „Általános Munkás-Ujság“ und deren deutschsprachige gleichlautende Ausgabe „Allgemeine Arbeiter-Zeitung“ erschienen. Ein Jahr später wird erneut eine Wochenzeitung „Testvériség“ gemeinsam mit „Brüderlichkeit“ (erneut wortgleich) herausgebracht.

Die Bewegung nimmt Formen an

Im Frühjahr 1874 wurde an der „inneren“ Grenze der Monarchie auf der ungarischen Seite in Neudörfel (Lajtaszentmiklós) im Zuge eines ersten Arbeiter-Kongresses ein sozialdemokratisches Programm für die gesamte Österreichisch-Ungarische Monarchie verabschiedet. Unter anderem sind der Sturz der Klassenherrschaft und das Selbstbestimmungsrecht der Völker gefordert worden.⁴ Die II. Internationale trug zur Stärkung der internationalen Arbeiterbewegung bei. Das hat sich auch auf Österreich-Ungarn ausgewirkt. Es ist am 15. September 1889 zu einem Treffen zwischen einer Delegation der gerade entstandenen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs (SDAP) mit ihrem Vorsitzenden Viktor Adler und dem ungarischen Arbeitnehmervertreter Pál Engelmann (Spengler-Arbeiter) gekommen. Der 1. Mai wurde auch in Ungarn im Jahr 1890 gefeiert. An der Versammlung im Budapester Stadtwäldchen nahmen mehr als 60.000 Arbeiter teil. Der kommende Kongress der Ungarischen Allgemeinen Arbeiterpartei am 7. Dezember 1890 wurde bereits unter dem neuen Namen „Magyar Szociáldemokrata Párt“ - MSZDP (Ungarische Sozialdemokratische Partei) einberufen. Die Zahl der Arbeiter betrug im Jahre 1876 etwa 360.000, wovon etwa 70.000 Fabrikarbeiter waren. Deren Zahl erreichte 478.000 im Jahre 1890 und stieg bis 1900 auf 700.000. Trotz dieses Anstiegs verblieben 58% der Arbeiter weiterhin im Kleingewerbe.⁵

Die erste Arbeitnehmerorganisation nach 1848 wurde im Jahr 1862 von den Druckerarbeitern gegründet. Dieser folgten die Organisationen der Schuhmacher (1868), der Textilarbeiter (1871), der Metallarbeiter (1877) und der Schneidergesellen (1890). Die Angestellten der Öffentlichen Verwaltung gründeten im Jahre 1869 den Ersten

⁴ Vgl. Tibor Erényi: Munkásmozgalom az Osztrák Magyar Monarchiában (Arbeiterbewegung in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie), S. 3. Kempelen Farkas digitales Fachbibliothek (<http://www.tankonyvtar.hu/>), unter <http://www.tankonyvtar.hu/historia-2000-0910/historia-2000-0910-081013-4>. download: 22.01.2009 17:10

⁵ Vgl. Tibor Erényi, Sándorné Gábor: A magyar forradalmi munkásmozgalom története (Geschichte der revolutionären ungarischen Arbeiterbewegung). Verlag: Kossuth, Budapest 1972, Band 1, 3. Auflage, S. 12.

Allgemeinen Angestellten Verband. Die Gründungen der Fachverbände wurden ab 1868 durch den bestehenden „Általános Munkásegylet“ (Allgemeinen Arbeiterverein), dessen Anführer die Sozialisten waren, vorangetrieben. Klassenkämpferische Organisationen, die vom Staat mit der Sozialdemokratie in Verbindung gebracht wurden, waren verboten. Vereinsrecht der Arbeiter wurde nur für Wohlfahrts- oder für kulturelle Zwecke zugelassen. Diese Vereine waren Tarnung für verbotene gewerkschaftliche Aktivitäten. Die Bildung spielte in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle. Büchereien und Leseräume wurden gegründet. Um die Arbeiterschaft besser informieren zu können, erschienen hintereinander die Zeitschriften der Fachverbände. Die erste Fachverbandszeitschrift, die „Typographia“, wurde von den Druckerarbeitern herausgegeben.

Neben den sozialen Unterstützungen spielte bei den Fachverbänden auch die umfassende Freizeitgestaltung für die Mitglieder (Männer Gesangsvereine, Schauspielgruppen, Fischerei-Organisationen usw. wurden gegründet) eine wesentliche Rolle. Anstelle der örtlichen Fachvereine wurden bereits die Landesfachvereine gegründet. Die MSZDP (Ungarische Sozialdemokratische Partei) forderte bereits bei ihrem ersten Kongress die engere Zusammenarbeit der Fachverbände mit Einbeziehung der Frauen und der Hilfsarbeiter. In diesem Sinne wurde der Gewerkschaftsrat 1891 gegründet. Herausragende Rolle spielte dabei der Drucker Samu Jászai, der auch als erster Obmann gewählt wurde. Der industrielle Aufschwung der 1890-er Jahre hat auch die zahlenmäßige Stärkung der Fabrikarbeiter nach sich gezogen. Das quantitative Anwachsen der Mitgliederzahlen ermöglichte es erste soziale Ergebnisse zu erreichen. Die Streikbewegungen in der Rüstung und in der Bergwerkbranche haben erreicht, dass die Regierung im Jahre 1891 den Sonntag gesetzlich als arbeitsfrei erklärt hat und die verpflichtende Arbeiterversicherung eingeführt wurde. Diese Erfolge stärkten einerseits das Selbstbewusstsein der Arbeiterbewegung, andererseits zeigte es die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Gewerkschaften. Nach einer Zählung aus dem Jahr 1895 waren in der Monarchie 6,563.329 Menschen in der Industrie bzw. Gewerbe beschäftigt, wovon 88.818 also 1,35% organisiert waren.⁶

⁶ Sozialdemokratische Partei Österreichs, Landesorganisation Wien (Hg.): WEB Lexikon der Wiener Sozialdemokratie, Stichwort „Freie Gewerkschaften“ (<http://www.dasrotewien.at/page.php?P=12026>) download: 08.12.2007, 10:41.

Am 21-22 Mai 1899 wurde vom Fachrat (ein siebenköpfiges Gremium, wobei je ein Ungar und ein Deutscher als Schriftführer fungierten) der erste landesweite Gewerkschaftskongress einberufen. Daran nahmen von 37 Budapester Organisationen 70 Delegierte teil und die 24 Organisationen der Provinz entsandten 32 Delegierte. In dieser Zeit gab es im Lande 126 Fachvereine.⁷ Dieser Gewerkschaftskongress formuliert bereits weitere Forderungen wie: Die Arbeitszeit der 14-16 Jährigen darf täglich max. 6 Stunden betragen, Verbot der Nacharbeit für Frauen. Die tägliche Arbeitszeit für Erwachsene soll 10 Stunden nicht übersteigen und eine wöchentliche Arbeitsruhe von 36 Stunden wurde ebenfalls gefordert. Das Organisieren und Unterstützen von Streiks war verboten!⁸ Ab 1907 fungierten die Gewerkschaften als Fachorganisationen, ergänzt durch die „Freien Verbände“. Die Aufgabe dieser illegal betriebenen freien Verbände war das Organisieren und die Lenkung von Streiks. Die finanziellen Rücklagen bildeten die Formel abonniert Fachblätter, deren Preis nicht gesetzlich festgelegt war. „Die Arbeiter der Gewerkschaften haben das Parteiprogramm angenommen und als Zeichen der Parteizugehörigkeit wurde bei den Freien Verbänden die Parteisteuer einbezahlt.“⁹

Die voranschreitende Industrialisierung des Landes um 1900 führte zu starkem Anwachsen der Industriearbeiterschaft. Um deren Interessen zu vertreten, haben die Gewerkschaften die Notwendigkeit einer verstärkten landesweiten Zusammenarbeit erkannt. In diesem Sinne wurde 1901 der II. und 1904 der III. Kongress der Gewerkschaften abgehalten. Nur als Beispiel für die Stärkung der Gewerkschaft: Gut $\frac{3}{4}$ der im Jahr 1904 an den Fachrat gemeldeten 325 Streiks mit einer Beteiligung von 31.472 Arbeitern endeten mit einer Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterschaft! Die Regierung (István Tisza) hat das Recht zum Streik nicht anerkannt, jedoch die von den illegalen Freien Verbänden organisierten Arbeitsniederlegungen wurden zur Kenntnis genommen. Bereits der IV.

⁷ Vgl. Villamosenergia-ipari Dolgozók Szakszervezeti Szövetsége (VDSZSZ): (<http://vdszsz.hu>) Stichwort: Munkaszabgalmaktol a szakszervezetekig (Von der Arbeiterbewegung bis zur Gewerkschaft). <http://www.vd.hu/cikk.php?cikk=3162&szid=272> S. 2. download: 22.01.2009 14:25 ebenfalls, Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 14.

⁸ Vgl. Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 17.

⁹ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 20.

Kongress im Jahr 1908 schlug den Fachgewerkschaften vor, nur mehr einjährige Kollektivverträge abzuschließen, um flexibler reagieren zu können.

Langsam ist die Zeit reif geworden auch die Frauen zu organisieren um ihre Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Frauen waren zumeist in der Tabak-, Textilindustrie wie bei der Ton- und Lehmverarbeitung beschäftigt. Nach Volkszählungen betrug deren Beschäftigten- Anteil in der Industrie im Jahr 1880 10% und stieg auf 15,5 % im Jahr 1885 und erreichte 19% um die Jahrhundertwende. Ein Großteil der Arbeiterinnen gehörte zu der Arbeiterschaft, die keinerlei Ausbildung besaß, und dies machte auch das Organisieren der Frauen besonders schwierig. 1905 betrug die Anzahl der organisierten Frauen 3.014, wovon die meisten (1.020) die Druckereiarbeiterinnen stellten. Insgesamt gab es in dieser Zeit 71.173 organisierte Mitglieder. Als Forum für Frauen diente die Zeitschrift „Arbeiterin“ der Freien Verbände. Für lange Zeit war auch nicht geklärt, wer die Frauen organisieren soll, die Gewerkschaft oder die Sozialdemokratische Partei? Gewisse Abneigung gegenüber den Frauen zeigten innerhalb der Gewerkschaften die Männer, die vorrangig ausgebildete Facharbeiter in ihren Reihen sehen wollten. (Das durchschnittliche Einkommen der Frauen betrug im Jahr 1910 etwa 50% der niedrigsten Männer-Lohnkategorie.)

Unaufhaltsam Richtung Krieg

Ein sprunghafter zahlenmäßiger Anstieg der Frauen als Industriearbeiterinnen erfolgte auch in der ungarischen Reichshälfte durch den Ausbruch des 1. Weltkrieges. Innerhalb der Gewerkschaft stieg deren Mitgliederzahl von 1915 bis 1916 um 24%, aber zwischen 1916 bis 1917 bereits um 487%.¹⁰

Der Krieg führte in den militarisierten Betrieben zur einseitigen Auflösung der Kollektivverträge. Die Arbeitslosigkeit der Vorkriegszeit wurde in der Folge der Mobilmachung stark verringert. Die Gewerkschaften hatten Sorgen, verboten zu werden, und führten deshalb nur selten Protestaktionen durch. Trotzdem haben die Arbeitgeber Angst gehabt. Um die Kriegsindustrie nicht zu gefährden, wurden „Beschwerdekomitees“

¹⁰Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 35.

(parallel zur österreichischen Reichshälfte) ins Leben gerufen. Dabei wurden die Gewerkschaften, erstmals in der ungarischen Rechtspraxis, als ausschließliche Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt. Damit wurden die Gewerkschaften innerhalb der Beschwerdekomitees Partner des Staates und des Arbeitgebers! Ab 1916 ist es gelungen, die bis 1915 sinkende Zahl der gewerkschaftlich Organisierten erneut zu steigern. (1916: 55.338, aber 1917 bereits 215.222 Mitglieder) Die neuen Mitglieder haben die bisherige Gewerkschaftsstruktur stark verändert. Sie mussten nun auch die Interessen der Frauen und der Arbeiter ohne Ausbildung wie auch der Jugendlichen intensiver vertreten. (Den höchsten Organisationsgrad mit 91% haben die Druckerarbeiter erreicht!) Die immer stärker werdende Gewerkschaftsbewegung forderte unter dem Eindruck der russischen Oktoberrevolution nicht nur „Frieden jetzt“, sondern auch eine „neue Ordnung“ (31. Dezember 1918; 721.437 Mitglieder)¹¹. Gleichzeitig bildeten sich in den Betrieben Arbeiterräte wie beim Militär Soldatenräte, die gleichzeitig gewerkschaftliche Aufgaben vertreten haben.

¹¹Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, S. 35.

Bis zum 2. Weltkrieg

Vakuum und Turbulenzen bis Trianon

Am 23. Oktober 1918 wurde die von Sándor Wekerle angeführte Regierung gestürzt. Am 25. Oktober wurde der Ungarische Nationalrat (Magyar Nemzeti Tanács) von drei Parteien (48-er Unabhängigkeitspartei, Ungarische Sozialdemokratische Partei und Radikale Landespartei) gegründet. Am 31. Oktober zogen revolutionäre Lieder singende Arbeiter, begleitet von Soldaten, die an Stelle der Kokarde, Herbstrosen („Astern-Revolution“) in ihren Mützen gesteckt hatten, durch die Straßen. Die Herbstrose sollte den neuen, besseren Ungarn symbolisieren.

Die neue Macht hat die Staatsform „Republik“ beschlossen und wollte die Grundlagen einer demokratischen Ordnung mit sozialer Verantwortung schaffen. Die „Schlüsselministerien“, die die Arbeiterschaft betrafen, wie Handel-, Industrie-, Arbeitsrecht-, Volkswohlfahrt aber auch das Verteidigungsministerium, wurden von den Sozialdemokraten übernommen. Eine Reihe von Maßnahmen wurden verabschiedet: Allgemeine und geheime Wahl, Pressefreiheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, einschließlich Gewerkschaftsfreiheit, sowie die Durchführung der Bodenreformen usw. Auch ein achtstündiger Normalarbeitstag, staatliche Arbeitslosenunterstützung wie auch die rechtlich verbindlichen Kollektivverträge wurden beschlossen. Die Verwirklichung des beschlossenen Programms gestaltete sich wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage des Landes zunehmend zögerlich. Die Unzufriedenheit stieg. Diese Situation wurde von der sich an die Rätebewegung stützenden am 24. November 1918 gegründeten Partei der Ungarischen Kommunisten zu Agitationen nach sowjetischem Muster innerhalb der Arbeiterschaft genutzt. Die radikalen Forderungen der Kommunisten fanden bei den Arbeitern der Eisen-, Metall- und bei der Druckerindustrie immer mehr Zustimmung. Dies führte bei einigen Berufen zur Gründung von kommunistischen Gruppen. Die Spaltung der Arbeiterschaft hat die Sozialdemokratie in der Károlyi Regierung geschwächt und damit die Arbeit zusätzlich erschwert. Nachdem klar geworden ist, dass Károlyi nicht mehr in der Lage war, das Land aus der Krise zu führen, nahmen die Sozialdemokraten unter der Führung von Ignác Bognár, ein Sekretär der Druckergewerkschaft, Kontakte zu Béla Kun, dem Anführer der Kommunisten, auf. Der Grundgedanke war, „dass die Kommunisten sich etwas nach rechts

und die Sozialdemokraten sich nach links bewegen sollten“.¹² Hier wurde die Idee der Gründung einer gemeinsamen sozialistisch-kommunistischen Partei geboren. Die später zusammengerufenen Arbeiterräte und Gewerkschaftsfunktionäre akzeptierten diese Entscheidung, weil die Gewerkschaftsfunktionäre angenommen haben, dass weder in der Verfassung, noch in der Art des Regierens eine wesentliche Änderung zu erwarten sein würde. Nach den gemeinsamen Vorstellungen sollte die politische Einheit die Grundlage der neuen Ordnung der zwei Arbeiterparteien bilden. Am 19. März 1919 fand gleichzeitig eine Protestkundgebung sowie die Übergabe der Vyx-Note¹³ (weitere Verkleinerung des Staatsgebietes) statt, diese Ereignisse zwangen Károlyi zum Rücktritt und führten zur Bildung der Räterepublik. (Symbolische Erstentscheidung: Die Margaretheninsel in Budapest wurde für Alle geöffnet.)

Mit der Gründung der Räterepublik haben sich die Aufgabenbereiche der Arbeitnehmervertretungen grundsätzlich verändert. Die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen wurde nun von der staatlichen Führung übernommen. Die wesentlich von sozialdemokratischen Gewerkschaftern und Arbeiterräten angeführte Arbeitnehmervertretung sollte dagegen bei der Übernahme der Betriebe in Gemeinbesitz mitwirken und für die weitere störungsfreie Arbeit sorgen. Auch die Räterepublik konnte ihr Vorhaben nicht verwirklichen. Ihr Bestehen hat 133 Tage gedauert, wovon nur 26 friedlich verlaufen sind. Ende April marschierten rumänische und tschechoslowakische Truppen in Ungarn ein und die Gewerkschaften haben sich einheitlich für den Widerstand entschieden. Ohne deren Hilfe hätte die Mobilmachung nicht wirken können. Größere Berufsgruppen wie Eisen-, Druckerei- oder Bauarbeiter haben sogar eigene Militäreinheiten gebildet. Es ist wesentlich hier zu erwähnen, dass die von der Gewerkschaft angeführte Armee nicht nur das System, sondern vor allem auch ihre Heimat verteidigte. Die Vorstellungen der Rätebewegung über eine gerechte Gesellschaft waren mitreißend, jedoch fehlte sowohl die wirtschaftliche, aber vor allem die außenpolitische Grundlage.

¹² Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, S. 37.

¹³ Das Protokoll der Friedensverhandlung von Trianon wurde durch den französischen Oberstleutnant Vyx überreicht.

Konsolidierung auf mittlerem Niveau

Am 1. August 1919 wurde unter der Führung von Gyula Peidl eine „Gewerkschaftsregierung“ gegründet. Die Regierung hat die Aufgabe gehabt einen friedlichen Übergang von der Räterepublik in eine bürgerliche Demokratie zu ermöglichen. Trotz vorheriger Verhandlungen wurde diese Regierung von der Entente nicht anerkannt und die rumänischen Einheiten marschierten am 4. August in Budapest ein. In der Folge kam Miklós Horthy¹⁴ durch einen von der Entente unterstützten Putsch an die Macht. Die aus Horthys Gnaden eingesetzte „Friedrich-Regierung“ stellte noch im September die Verhältnisse wieder her, die noch vor dem 30. Oktober 1918 geherrscht hatten, auch was die Bewegungsfreiheit der Partei betraf. Die Vergeltungen und Verbote der neuen Regierung, gepaart mit der neuen Wirtschaftskrise, bewirkten anstelle einer Schwächung sogar noch eine Stärkung, da sich die Arbeitnehmervvertretungen zusammengeschmiedet haben. Die jetzt neuerlich zu unpolitischen Tätigkeiten eingeschränkten Gewerkschaften erreichten bei der Arbeiterschaft ein neues Gefühl der Zusammengehörigkeit. Trotz Verfolgung blieb die Mitgliederzahl bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften Ende 1919 mit 212.408 hoch. Die Stärkung der Gewerkschaft führte zu Diskussionen über eine Trennung der Gewerkschaft von der Partei. Letztendlich wurden den Gewerkschaften mehr Rechte auch in der Führung der Partei eingeräumt. Von der neu gewählten 11 köpfigen Parteileitung waren nun 7 Gewerkschaftsfunktionäre. Damit hat sich die Gewerkschaft voll hinter die erneuerte „Magyar Szocialdemokrata Párt“ - MSZDP (Ungarische Sozial Demokratische Partei) gestellt. Das bedeutete: Die Nichtbefolgung der Parteientscheidungen hätte eine Ausschließung auch aus dem gewerkschaftlichen Fachrat nach sich gezogen.

¹⁴ Miklós Horthy (1868-1957) stammte aus einer protestantischen Familie des Kleinadels. Er war 1909 bis 1914 Flügeladjutant Kaiser Franz Josephs I. Während des Ersten Weltkriegs stieg er bis zum Konteradmiral auf. Er war der letzte Befehlshaber der K&K Kriegsmarine. Noch während der Räterepublik, mit Hilfe der Entente, richtete er eine Gegenregierung in Szeged ein und marschierte am 16. November 1919 in Budapest ein. Die Nationalversammlung wählte ihn am 1. März 1920 zum Reichsverweser. (Staatsform Ungarns wurde erneut Monarchie) Seine Machtübernahme wurde mit dem „Weißen Terror“ gegen Sozialisten, Kommunisten und Juden begleitet. Um die revisionistischen, irredentistischen Ziele Ungarns zu erreichen, nämlich die historischen Grenzen des Landes wieder herzustellen, ließ er sich wenige Jahre später auf ein Bündnis mit dem nationalsozialistischen Hitler-Deutschland ein. Jedoch wurde er am 16. Oktober 1944 von den Deutschen abgesetzt und verhaftet, weil er mit der Sowjetunion einen Waffenstillstand abschließen wollte. Nach dem Krieg ging Horthy ins Exil nach Portugal (Estoril), wo er auch im Jahre 1957 verstarb. Seine sterblichen Überreste wurden 1993 nach Ungarn überführt.

Weil die MSZDP bei den Parlamentswahlen von 1920 nicht teilnehmen durfte, wurde unter erschwerten Voraussetzungen die Weiterführung der legalen Arbeitnehmervertretung von den Gewerkschaften wahrgenommen. Trotz regierungsseitiger Repressalien war ein Rückgang bei den Mitgliederzahlen bis zum Vollzug des Friedensvertrages von Trianon (Die Gebietsabtretungen wirkten sich auf die Mitgliederzahlen aus), kaum zu vermerken. Die Gewerkschaften waren sich ihrer Verantwortung bewusst und auch bereit „kluge Kompromisse“¹⁵ anzuwenden, wie dies am 24. Oktober 1920 beim Landes-Fachratskongress als Taktik der kleinen Schritte formuliert wurde. Bei dieser Tagung wurde die Organisationsfreiheit verstärkt gefordert. Diese „Bewegungsfreiheit“ ist sowohl für die Gewerkschaft wie auch für die MSZDP notwendig geworden. Das starke Lebenszeichen bei der Arbeiterschaft auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongress am 4. Dezember 1921 hat auch ihre Wirkung auf die Regierung nicht verfehlt.

Die Regierung hat als erstes Zeichen der Verhandlungsbereitschaft die 1. Mai-Feier genehmigt. In diesem Sinne begannen die Verhandlungen zwischen der „Bethlen-Regierung“ und der MSZDP, die von Károly Peyer¹⁶ angeführt wurden. In vielen entscheidenden Fragen konnten Vereinbarungen getroffen werden. Der MSZDP wurde erlaubt, Veranstaltungen zu organisieren, ähnlich wie den anderen Parteien. Die Abhaltung des wöchentlichen Mittwoch-Parteitages in Budapest wurde nach einmaliger Anmeldung für alle Zeiten zugelassen, jedoch war dazu in der Provinz weiterhin ein fallweises Ansuchen erforderlich. Die Arbeit der Gewerkschaften blieb genehmigt, aber sie durften sich nicht mit der Politik befassen. (eine gewerkschaftliche Organisation für Mitarbeiter der Bahn, Post und öffentlicher Dienst wurde nicht zugelassen)

Letztendlich hat damit die Regierung die MSZDP als politische Kraft anerkannt und die Arbeit der Gewerkschaften und die unter sozialdemokratischer Führung stehenden Institute

¹⁵ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, S. 42.

¹⁶ Karoly Peyer (1881-1956) war bereits mit 16 Jahren Mitglied der Gewerkschaft. Ab 1903 war er Leitungsmitglied der Metallergewerkschaft. 1921 übernimmt er die Leitung der MSZDP und trifft eine Vereinbarung mit dem Ministerpräsident Bethlen. Ab 1922 war er Abgeordneter im Parlament. 1944 wurde er von der Gestapo verhaftet und nach Mauthausen gebracht. Nach 1945 sitzt er über die Gewerkschaft gemäß Parität erneut im Parlament. Auf Druck der Kommunisten wird er 1947 aus der MSZDP ausgeschlossen. Seine parlamentarische Immunität wird aufgehoben und um der Verhaftung zu entgehen hat er Ungarn Anfang 1948 verlassen. In Abwesenheit wird er wegen Spionage und Konspiration zu 8 Jahren verurteilt. Peyer wurde 1989 rehabilitiert.

zugelassen. Mit diesem „Bethlen-Peyer Pakt“ wurde die MSZDP als oppositionelle Kraft in das System integriert. Die MSZDP verfügte demnach ab 1922 bis zur deutschen Besetzung des Landes im Jahre 1944 über eine parlamentarische Vertretung. Der Pakt wurde Seitens der sozialdemokratischen Emigranten sowie auch von den Kommunisten abgelehnt. Die Veröffentlichung des vollen Textes erfolgte erst im Jahre 1924. (Die Mitglieder wurden bis dahin über einige Passagen des Vertrages nicht informiert wie z.B.: kein Bündnis mit liberalen bürgerlichen oder demokratischen Parteien und Abbruch der Kontakte zur „Sozialdemokratischen Emigration“.) Die Gewerkschaften haben sich auf Fragen der Arbeiterschaft, wie Arbeitsvermittlung, Arbeitslohn, Arbeitszeit, Arbeitsintensität usw. konzentriert. Gefordert war die gesetzliche Verankerung des Existenzminimums wie auch die Schaffung einer paritätischen Institution in den Arbeitnehmer betreffenden Bereichen, um Lösungen auf friedlichem Weg zu erzielen. Die vom gewerkschaftlichen Fachrat erarbeiteten Vorschläge wurden durch Sozialdemokratische Mandatare bei der Nationalversammlung im Parlament eingebracht.

Obwohl es sich zum Teil um einen problematischen Kompromiss handelte, hat dieser „Pakt“ vieles bewirkt. Durch sorgsames Umgehen mit den Mitgliedsbeiträgen konnten nicht nur Bauten für Gewerkschaftszentren realisiert werden, sondern auch Arbeiterquartiere und Erholungsheime.

Die Kandidaten des Gewerkschaftlichen Fachrates konnten bei den Wahlen der Selbstverwaltung der Sozialversicherung (gegründet 1920) sowohl 1929 (121 Mandate) wie auch 1935 (116 Mandate) die Mehrheit erringen. Diese Mandatsmehrheit hat das Kontrollwesen und dadurch das Ansehen der Gewerkschaft weiter ausgebaut. Die Verbindungsschiene zur Gewerkschaft und Partei wurde wieder über die Freien Verbände organisiert. Die Gewerkschaften durften zwar offen keine politische Tätigkeit ausüben, es gelang ihnen jedoch, die Mitglieder über die Vertrauensleute zu mobilisieren. Die Freien Verbände waren als Kollektiv Mitglied der MSZDP. Als finanzielle Grundlage dienten weiterhin die obligatorischen Fachblätter. Die organisierten Arbeiter wurden zur MSZDP über die Freien Verbände angeschlossen. Eine Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft hat gleich eine Mitgliedschaft bei der Partei bedeutet. Eine individuelle Mitgliedschaft als

Zeichen des politischen Willensausdruckes gab es auch ab 1920 durch eine persönliche Beitrittserklärung.

Ohne die Unterstützung der Gewerkschaft hätte die MSZDP die Wahlkampagne zur Nationalversammlung im Jahr 1922 nicht so erfolgreich abwickeln können. Die Partei hat 278.124 Stimmen erhalten und zog mit 24 Abgeordneten als zweite Kraft gleich hinter der Regierungspartei ins ungarische Parlament ein. Über die Arbeit der Abgeordneten wurden die Mitglieder durch die „Népszava“ (Volksstimme) informiert. Der VII. Gewerkschaftskongress, der am 25. März 1923 abgehalten wurde, forderte erneut die gesetzliche Festlegung von Minimalgehältern, wobei die Kosten der Lebenserhaltung mitberücksichtigt werden sollen. „Der Arbeiter darf nicht als Ware betrachtet werden, dessen Preis die Gehaltsdiktatur der Arbeitgeber festsetzt.“¹⁷ Der VIII. Kongress der Gewerkschaften am 28. März 1926 mahnte, dass die Gehaltskürzungen zur Zerstörung des Verbrauchermarktes führen werden und dies unweigerlich die Vernichtung der Arbeitskraft nach sich ziehen wird. Im Schatten der immer stärker um sich greifenden Weltwirtschaftskrise sahen die Arbeitgeber jetzt die Zeit gekommen, die früher getätigten Zugeständnisse zurückzunehmen. Zum Beispiel wurden die Kollektivverträge der Steinmetze für Null und Nichtig erklärt. Die Gehälter wurden um 25% gekürzt. Den Bergarbeitern gelang es jedoch nach 9 Wochen Kampf ihre 8 Stunden Tagesarbeitszeit erfolgreich zu verteidigen. In dieser zugespitzten Situation wurde der IX. Kongress am 23. März 1930 einberufen. Jetzt standen nicht mehr wirtschaftliche, sondern bereits politische Forderungen auf der Tagesordnung. Unter anderem wurde die Wiedereinführung der Arbeitslosenversicherung, weiters zusätzliche Arbeitszeitverkürzung, wodurch mehr Arbeitsplätze entstehen können, gefordert. Um die Forderungen zu unterstützen, wurde am 1. September 1930 eine Protestkundgebung mit über 100.000 Teilnehmern abgehalten. Das Motto der Veranstaltung lautete „Brot und Arbeit“ und dabei wurde auch die „Internationale“ gesungen. Die Kundgebung wurde von der Polizei mit Hilfe aus der Provinz nach Budapest mobilisierter Gendarmerie blutig niedergeschlagen. Besonders erwähnenswert ist die Feststellung von Károly Peyer im Zuge des außerordentlichen Kongresses im Februar 1931 bezüglich der außenpolitischen Kooperation der ungarischen

¹⁷ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 53.

Regierung mit faschistischen und autoritären Staaten wie Mussolinis Italien: „nicht nur die verfehlte Wirtschaftspolitik, sondern auch die gefährliche Außenpolitik der Regierung, die die Krise weiter steigert, bringt Ungarn in die Nähe einer Staatengruppe, die das Land früher oder später in eine Katastrophe mitreißen wird“.¹⁸ Unabhängig von dieser Aussage hat die Gewerkschaft versucht durch Mäßigung der Aktionen eine brutale Reaktion der Regierung zu vermeiden. Die für viele aussichtslose Situation bewirkte eine steigende Verbitterung bei der Bevölkerung und löste damit eine Reihe von Hungerkundgebungen aus. Bei diesen nicht genehmigten Kundgebungen versuchte die illegale Kommunistische Partei durch Stimmungsmache für sich Einfluss zu gewinnen. Ein Teil der Eisenbahner-, Bau- und Schustergewerkschaften zeigten Sympathien für die radikalen Forderungen der Kommunisten. Die Existenz der Gewerkschaften stand auf dem Spiel. Um die Gewerkschaft nicht zu gefährden wurden die Kommunisten aus ihren Reihen ausgeschlossen. Daraufhin wurden die Gewerkschafter von den Kommunisten als „Sozialfaschisten“ bezeichnet und gründeten ihrerseits die oppositionellen „Roten Gewerkschaften“.

Ab 1933 begann die industrielle Produktion wieder zu steigen. Das langsam einsetzende wirtschaftliche Wachstum erleichterte eine Steigerung der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft. Im Jahr 1930 gab es 88.780 Mitglieder und diese Zahl stieg bis 1937 auf 114.205. (Die Auflistung der Mitgliederzahlen siehe Anhang) Die Arbeitslosenzahlen gingen zurück und von der Regierung wurden einige Maßnahmen beschlossen, die das Umfeld der Arbeiterschaft betroffen haben. Als Nebeneffekt sollte die Geschlossenheit hinter der Gewerkschaft aufgeweicht werden. Dies bewirkte, dass sich auch die Gewerkschaften an die veränderte Lage anpassen mussten. Die Gewerkschaften waren bei der Durchsetzung der betreffenden Gesetzesvorhaben bemüht, die Verzögerungstaktik der Arbeitgeber zu durchbrechen. Hier seien einige Beschlüsse aufgelistet: Die Einhaltung der Minimalgehälter wurde für alle Arbeitgeber verpflichtend festgesetzt. Demnach wurden bis 1938 die Löhne der Arbeiter auf diese Weise für 80 % geregelt. Das Gesetz hat auch die Arbeitszeit geregelt. Bei den Arbeitern durfte die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden und bei den Angestellten 44 Stunden nicht überschreiten. Den Arbeitnehmern gebührt eine Mittagspause von 15 Minuten und die Überstunden müssen extra bezahlt werden. Eingeführt wurde der bezahlte

¹⁸ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 56.

Arbeiter-Urlaub im Ausmaß von einer Woche, Voraussetzung dafür war eine mindestens einjährige Firmenzugehörigkeit. Von den 997.000 Versicherten wurde dieses Kriterium im Jahr 1937 jedoch nur von 69.000, also etwa von 7%, erfüllt! Erwähnenswert ist die Einführung der finanziellen Unterstützung für die Kindererziehung (damals einzigartig in Mittel-Europa)

Die Regierungen Gyula Gömbös und nach dessen Tod ab 1938 Béla Imrédy haben nicht aufgehört Versuche zu unternehmen, den Wirkungsbereich der Gewerkschaften einzuschränken. Ihr Ziel war es, nach italienischem Muster ein korporatives Fachständesystem zu schaffen, worin sowohl Arbeitnehmer wie Arbeitgeber gemeinsam vertreten sein sollten. Mit der Gründung der „Freizeitinstitute der Arbeiter“ (Munkás szabadidő szervezet) wollte die Regierung die Bedeutung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter- Kultur- und Sportvereine auch ohne deren direkte Verbote in den Hintergrund drängen. Weil all diese Überlegungen nicht zu dem erwünschten Ergebnis, nämlich die Schwächung der Arbeitnehmervertretung, geführt haben, wurden die Repressalien gegen die Gewerkschaft von der Regierung weiter verstärkt.

Am Weg zum Krieg ist die Gewerkschaft unerwünscht

1938 wurden mit dem neuen Pressegesetz außer der Volksstimme und 2-3 gewerkschaftlichen Informationsblättern sämtliche Veröffentlichungen der Arbeitnehmervertretungen verboten. Weiters wurde durch eine Verordnung den Gewerkschaften die Vermietung ihrer Lokalitäten an die MSZDP verboten. (Mit dieser Maßnahme wollte die Regierung die finanzielle Parteiunterstützung untergraben.) Einen weiteren Schlag gegen die Gewerkschaft brachten die im Parlament verabschiedeten „Judengesetze“. Innerhalb von 48 Stunden nach dem Inkrafttreten des 2. Judengesetzes mussten die Gewerkschaften 134 jüdische Funktionäre und 23 Angestellte kündigen. (Der jüdische Anteil der Leitung betrug einen durchaus bemerkenswerten Anteil, etwa 12-14%, war aber kleiner gegenüber der offiziellen Regierungspropaganda wonach „die Juden die Leitungspositionen in der Gewerkschaft beherrschen“.) Nur durch vorsichtiges Taktieren und Beschränkung auf Fachliches konnte die Gewerkschaft ihre Existenz in dieser Zeit bewahren und sich für die Arbeitnehmer durch die Sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament einsetzen.

Die ab 1938 eingeleitete und immer weiter gesteigerte militärische Rüstung hat einen begrenzten wirtschaftlichen Aufschwung bewirkt. Dies und der größere politische Druck führten gleichzeitig zu einer Minderung der Mitgliederzahlen. In der Industrie betrug die Organisationsdichte im Jahr 1941 etwa 9%, wovon sich wiederum etwa 80% auf die Hauptstadt konzentrierte. (Die höchste Landesdichte wurde mit 56,2% bei den Druckereiarbeitern erzielt)¹⁹ Am 27. Juni 1941 wurde die Kriegserklärung gegenüber der Sowjetunion durch den ungarischen Ministerpräsident László Bárdossy proklamiert. Die Wirkung der Kriegskonjunktur war nur von kurzer Dauer. Bereits ab September 1941 wurden die Lebensmittelkarten und die „Fleischfreien-Tage“ eingeführt. Ab jetzt, unter den Kriegsbedingungen als Verbündete Hitler-Deutschlands, kämpften die Gewerkschaften nicht mehr für die Erhaltung der Organisation, sondern immer stärker um die Existenz ihrer Mitglieder und Funktionäre. Unabhängig davon hat die Gewerkschaft nicht aufgehört, sich weiterhin für die Einhaltung der Minimal-Gehälter, für höheren Lebensstandard, Arbeitslosenabsicherung und gegen die Ausschaltung aus der Arbeitsvermittlung einzusetzen. Auf dem am 19. März 1942 abgehaltenen außerordentlichen Gewerkschafts-Kongress erhob Károly Peyer seine Stimme nicht nur für die Anliegen der Arbeiter, sondern auch gegen den Krieg. Die Wirkung blieb nicht aus. Kaum zwei Wochen später wurden die mehrheitlich aus Gewerkschaftsfunktionären zusammengesetzten Sonderbataillons 401 und 402 an die Front geschickt. Am 27. August 1943 hielt Peyer im Parlament erneut eine mutige Rede gegen die herrschende Politik: „In einem Land kann man nicht ohne Freiheit leben und Hass und Rache dürfen nicht den Grund des Lebens bilden. Es darf nicht sein, dass zwischen den Mitmenschen Unterscheidungen gemacht werden“. Ab 19. März 1944 wurden zwar die Gewerkschaften nicht verboten, jedoch die Sozialdemokratische Partei und die kulturellen Arbeitervereine aufgelöst. Ein Grossteil der Leitung des Fachrates wurde deportiert und die Volkstimme durfte auch nicht mehr erscheinen. Anstelle von Peyer ist Lajos Kabók, ein Sekretär der „Metaller“, getreten.

Die immer drückendere Lage hat nach einem Zusammengehen aller antifaschistischen Kräfte verlangt. So ist zu verstehen, daß am 10 Oktober 1944 Seitens der Sozialdemokraten

¹⁹ Judit Lux; A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 62.

Árpád Szakasits²⁰ und im Namen der Kommunisten Gyula Kállai²¹ eine Vereinbarung getroffen haben, dass die zwei Parteien eine Einheitsfront gegen den Faschismus gebildet haben. Anschließend wurde Kabók von Szakasits informiert, dass über die Zukunft der Gewerkschaft keine Entscheidung getroffen wird, weil dafür die Gewerkschaft alleine selbst zuständig ist. Nach dem Scheitern des von Horthy dilettantisch vorbereiteten Versuchs, den Krieg zu beenden, hat Ferenc Szállasi, der Anführer der Pfeilkreuzler (Organisation der ungarischen Faschisten), am 15. Oktober die Macht mit Hilfe Hitlers durch eine Kommandoaktion übernommen. Ab dieser Zeit gab es kein gewerkschaftliches Leben mehr. Terror herrschte im Land und Kabók selbst wurde nach Folterung am 15. Jänner 1945 hingerichtet.

²⁰ Árpád Szakasits (1888-1965) hatte bereits in der Räterepublik wichtige Funktionen inne. Nach deren Sturz war er zwei Jahre inhaftiert. Ab 1927 wird er Sekretär der Sozialdemokratischen Partei. 1939 bis 1944 wird er Chefredakteur der „Népszava“ (Volksstimme). Nach der Fusion der SZDP und MKP im Jahr 1948 wird er Präsident der neuen MDP (Partei der Ung. Arbeiter), anschließend Präsident des Präsidialrates der Volksrepublik Ungarn. Im Zuge der Schauprozesse wird er 1950 verhaftet und eingesperrt. 1956 wurde er freigelassen und rehabilitiert.

²¹ Gyula Kállai (1910-1996) War seit 1931 Mitglied der MKP. Unter Szakasits wird er Redakteur der Népszava (Volksstimme). Ab 1949 wird er anstelle des verurteilten Rajk László Innenminister. 1951 wird er ebenfalls verhaftet und 1954 freigelassen und rehabilitiert. Nach 1956 arbeitet er an der Neuorganisation der MDP, die in MSZMP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) umbenannt wird. Ab 1961 Stv. Ministerpräsident und nach Kádárs Rücktritt wird er ab 1965 selbst Ministerpräsident Ungarns. Zudem war er auch Vorsitzender der Hazafias Népfront (Patriotische Volksfront)

Bis zum Beginn der Wende (1988)

Von der Neugründung bis zur Machtübernahme der Kommunisten

Glücklicherweise ist es einigen gewerkschaftlichen Funktionären gelungen, die Vertreibung, Folter und Internierung zu überleben. Sie waren bereit, sich nach dem Krieg für die Neuorganisierung der Arbeitnehmervertretung einzusetzen. Die Menschen wollten leben und haben erhofft, jetzt bei der Schaffung einer demokratischen, weniger ungerechten Welt mitwirken zu können. An der am 21. Dezember 1944 in Debrecen konstituierten provisorischen Nationalversammlung waren 19 von den 210 Delegierten von der Gewerkschaft entsandt. Bereits bei der zweiten Sitzung dieser Nationalversammlung wurde die Aufgabe der Gewerkschaft in der Wortmeldung von István Oszip folgendermaßen formuliert: Erst dann kann man über eine betriebliche Demokratie reden, wenn betriebliche Entscheidungen nicht mehr getroffen werden können, ohne die Arbeiter darüber zu befragen. Damit sind die Gewerkschaften neben den Parteien bedeutende politische Gestalter geworden. Auch ein Großteil der früheren Fachgewerkschaften wurde neu aufgestellt. Die 42 Fachgewerkschaften, hauptsächlich in Budapest, zählten bereits über achtzig Tausend Mitglieder.

Erst jetzt nach dem 2. Weltkrieg durften sich auch Berufssparten wie Landarbeiter, Eisenbahner oder die Postler gewerkschaftlich agierend organisieren. Weiters wurden Interessensverbände der Ingenieure, Ärzte, Lehrer und auch für die Staats- wie für die Privatangestellten gegründet. Ein „lawinenartiges“ Anwachsen der Mitgliederzahlen brachte mit sich, dass ein Beitritt nicht mehr einzeln, sondern im Kollektiv erfolgte. In der Folge wurde die Mitgliedschaft an vielen Orten in den Betrieben geschlossen organisiert, das heißt eine Beschäftigung wurde an die Mitgliedschaft gekoppelt. Sichtbares Zeichen dieses Vorgehens war, daß die Mitgliedsbeiträge zentral gleich von den Gehältern abgezogen wurden. So betrug die Zahl der organisierten Arbeitnehmer im Jänner 1945 erst 10.140, im Februar 40.552, im März 90.488 und im Dezember desselben Jahres bereits 850.831!²² Am 18. Jänner 1945 haben die Gewerkschaften auf der Pester Seite der Hauptstadt (die Budaer Seite stand noch unter deutscher Besetzung) ihre erste Tagung abgehalten, dabei wurde die Landeszentrale der Ungarischen

Gewerkschaften gegründet. Anschließend erfolgte am 7. Februar 1945 die Neugründung des Fachrates. Sie fand im Geiste der Vereinbarung vom 10. Oktober 1944 statt, wonach der Wiederaufbau der Gewerkschaft von den beiden Arbeiterparteien „brüderlich“ wahrgenommen werden sollte. Als Erster Sekretär wurde István Kossa²³ von den Kommunisten, (Führung der operativen Tätigkeit) und als Präsident wurde Miklós Vas-Witteg von den Sozialdemokraten ernannt. Ab jetzt begann die Rivalität zwischen den Parteien, um einen größeren Einfluss bei der Gewerkschaft für sich abzusichern.

Weil die Fachgewerkschaften mehrheitlich von sozialdemokratischen Gewerkschaftern angeführt waren, beschloss die Kommunistische Parteizentrale eine alte gewerkschaftliche Idee aufzugreifen und den Branchengewerkschaften Vorrang gegenüber den Fachgewerkschaften zu geben. Die Fachgewerkschaften sollten am besten gleich aufgelöst werden. Der erste Sekretär, István Kossa, wurde von der MKP aufgefordert, über die „Erfolge“ der neuen Besetzungen bei der gewerkschaftlichen Führung die Partei ständig zu informieren. In den Bereichen, wo die Chancen der Kommunistischen Kandidaten gering waren, sollten die Ernennungen anstelle einer Wahl durch „dirigieren“ erfolgen. Noch im Jahre 1945 wurden auf Grund eines Regierungsbeschlusses (Ip.M. 50.100/1945) in Betrieben mit über 50 Mitarbeitern Betriebs-Komitees, die an der wirtschaftlichen Führung der Betriebe mitwirken sollten, gegründet. Die Besetzung dieses Komitees erfolgte nach Vorschlägen der Gewerkschaft. In den Betrieben mit weniger Mitarbeitern wurde anstelle des Betriebs-Komitees ein Vertrauensmann eingesetzt, der in Zusammenarbeit mit der Fachgewerkschaft ausgesucht wurde. Der Wirkungsbereich dieser Betriebs-Komitees umfasste alle arbeitnehmerrelevanten Felder, wo die Rechte aus den Arbeitsverhältnissen abgeleitet werden konnten: Familienschutz, Familienwohlfahrt, Freizeitgestaltung. Auch

²² Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 68.

²³ István Kossa (1904-1965) war ab 1923 Mitglied der MSZDP, er wechselte jedoch ab 1931 zur oppositionellen Kommunistischen Gewerkschaft und wird ab 1933 deren erster Sekretär. 1942 wird er verhaftet und mit dem Sonderbataillon 401 an die Front geschickt. 1943 gelingt es ihm zu desertieren und zu der Roten Armee überlaufen. Zuerst Schüler, später Lehrer der Krasnogorsker Schule des Antifaschismus. 1945 wird er von der MKP beauftragt, gemeinsam mit Apró Antal über die Neugründung des Gewerkschaftlichen Rates mit der Sozialdemokratie zu verhandeln und wird auch dessen erster Generalsekretär. Er bekleidete sowohl vor, während und nach der Revolution von 1956 unterschiedliche Ministerposten. Bis zu seinem Tod war er Abgeordneter des Parlaments.

innerbetriebliche Themen wie Arbeitsvoraussetzungen, Arbeitsordnung und Schlichtungen bei den Konflikten gehörten zu ihren Kompetenzen. Nach Vorschlag des Gewerkschaftsrates wurde der verpflichtende Abschluss von Kollektivverträgen in allen Branchen von der Regierung (Ip.M 50.775) verabschiedet. Damals wurden noch die Rahmenbedingungen in einem General Kollektivvertrag zwischen dem Gewerkschaftsrat und dem Landesverband der Industriellen vereinbart.

Die Enteignung und Verstaatlichung der Betriebe begann erst später. (diesbezügliche Entwicklung siehe Anhang, Tabelle 1) All diese Entscheidungen waren im allgemeinen Interesse der Arbeitnehmer und deshalb wurden sie auch von den sozialdemokratischen Gewerkschaftern voll mitgetragen, obwohl sie bereits die Verdrängung aus verschiedenen Leitungspositionen miterleben mussten. Bei der Delegiertenversammlung am 2. Dezember 1945 wurde mitgeteilt, dass die Gewerkschaften nicht mehr unter der Kontrolle des Innenministeriums stehen werden, sondern nur allein dem Gewerkschaftlichen Rat unterstehen und dieser sich wiederum nur vor der Delegiertenversammlung, die die gesamte organisierte Arbeiterschaft des Landes vertritt, zu verantworten hat. Der Generalsekretär des Provisorischen Gewerkschaftsrates, István Kossa, kündigte an, dass ab jetzt die Gewerkschaften als Unterscheidung zur Vorkriegszeit in „Freie Gewerkschaften“²⁴ umbenannt werden. Mit diesen organisatorischen Entscheidungen hätte man annehmen können, dass die Gewerkschaften ihre zustehende Position in der Gesellschaft errungen haben. Einerseits wurde in den Reden betont, dass dies ohne Zusammenarbeit der zwei Arbeiterparteien nicht möglich gewesen wäre. Andererseits, wenn man die Aufteilung der Funktionen bei der Leitung des Gewerkschaftsrates genauer betrachtet, ist klar ersichtlich, dass die Kommunisten ihren Einfluss abgesichert haben. Die Gleichwertigkeit der Parteien war dadurch nicht mehr gegeben. Demnach ergaben sich folgende Führungspositionen: Präsident Ödön Kisházi, Soz. Dem., Vizepräsident Anna Ratkó MKP (Partei der Ung. Kommunisten), Generalsekretär István Kossa MKP, stellvertretende Sekretäre László Piros MKP und Miklos Vas-Witteg Soz. Dem.

²⁴ Dieser Begriff wurde in Westeuropa während des „Kalten Krieges“ gerade von den staatsunabhängigen, nicht kommunistischen Gewerkschaften eingeführt.

Die Auffassung der Kommunisten über die Aufgaben der Gewerkschaft ist immer bestimmender geworden. Die bisherige Praxis der Gewerkschaften wurde von László Rajk²⁵ kritisiert und angemerkt: „Die Gewerkschaften werden vom Geiste des Klassenkampfes geleitet und dieser ist heute gegen die Partei und damit gegen das ungarische Volk gerichtet“.²⁶ Ernő Gerő²⁷ leitete den nächsten Schritt mit seiner Forderung ein, die gelautet hat: „... wir werden so lange keine Ruhe geben und wir sind nicht bereit zu erdulden, dass die alte Führung erneut installiert wird, in der die Sozialdemokraten aus Horthys Gnade eine Monopolstellung genießen konnten und uns unter die Erde zwangen...“²⁸ Um die Einheit der Gewerkschaft nicht zu gefährden, haben die sozialdemokratischen Gewerkschafter gegen diesen Vorstoß der Kommunisten zwar protestiert, jedoch haben sie nichts unternommen um diesen zu verhindern. Warum die Machtübernahme für die Kommunisten so vorrangig war wird verständlich, wenn man die Mitgliederzahlen miteinander vergleicht. Ende 1945 haben die Gewerkschaften in 45 Gewerben etwa 400 Tausend Mitglieder gehabt, wogegen die Kommunisten in der gleichen Zeit nur 150 Tausend Mitglieder vorweisen konnten!²⁹

Selbst die Gewerkschaften haben die Zeit kommen sehen, innerhalb des am 5. März 1946 gegründeten „Linken Block“, an der politischen Macht teilzuhaben. In diesem Block organisierten sich die MKP, SZDP und der NPP Nemzeti Paraszt Párt (Nationale Bauern Partei). In Protestkundgebungen wurde die „Demokratisierung“ der staatlichen Verwaltung gefordert. Motto dieser Kundgebungen war „hinaus mit den Feinden des

²⁵ László Rajk (1909-1949) war seit 1930 Mitglied der illegalen Kommunistischen Partei. Von 1946-48 war er Innenminister und 1949 bis zur seiner Verhaftung Außenminister. Unter seiner Führung wurden die bürgerlichen Parteien schonungslos verfolgt und auch zerschlagen. Er selbst wurde im Zuge von Schauprozessen verhaftet, verurteilt und im Oktober 1949 hingerichtet. 1956, nach der „Entstalinisierung“ unter Nikita Chruschtschow wurde er rehabilitiert.

²⁶ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, S. 69.

²⁷ Ernő Gerő (1898-1980) war seit 1918 Mitglied der Kommunistischen Partei. Nach dem Sturz der Räterepublik floh er nach Wien. Nach seiner Rückkehr wird er in Ungarn verhaftet und verurteilt, jedoch durfte er zwei Jahre später in die Sowjetunion ausreisen. Nach 1945 hatte er sowohl innerhalb der Partei (ZK Mitglied, Generalsekretär) wie auch in der Regierung unterschiedliche Posten inne (Innenminister, Stv-Premierminister). Noch am Abend des Ausbruches der Revolution im Oktober 1956 ersuchte er telefonisch bei Chruschtschow um eine sowjetische Militärintervention. Am 25. Oktober 1956 wurde er als Generalsekretär der Partei abgelöst und mit seiner Familie nach Moskau gebracht. Die Kádár Regierung verwehrte ihm zuerst seine Rückkehr nach Ungarn, später wurde sie genehmigt.

²⁸ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, S.69.

²⁹ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, S.71.

Volkes aus der Regierungskoalition“.³⁰ Die Sozialdemokratie hat diese Forderungen mitgetragen, ohne dabei zu merken, dass dies den ersten Schritt der berühmten und später so oft praktizierten „Salamitaktik“ einleitete.

Der Beschluss des Polit-Büros³¹ (operatives Führungsgremium der Kommunisten) der MKP, wonach die Anzahl der Beschäftigten in der staatlichen Verwaltung (später auch für die Angestellten der privaten Betriebe erweitert) um 10% im Vergleich zum Jahr 1938 verkleinert werden soll, wurde sowohl von der Gewerkschaft, aber auch von den Sozialdemokraten mitgetragen. Die so genannten „B-Listen“, nach denen die Kündigungen ausgesprochen wurden, waren von mehreren Komitees, in denen insgesamt 610 Personen beteiligt waren, zusammengestellt. Diese Kündigungen erfolgten ohne Rücksicht auf Schulbildung oder die Einsatzbereitschaft der Betroffenen, einzig und allein entscheidend war die politische Verlässlichkeit. Proteste der SZDP, wonach bei der Besetzung dieser Komitees ihre Nominierungen nicht berücksichtigt wurden, blieben erfolglos. Um die gewerkschaftliche Arbeit besser beeinflussen zu können, wurde innerhalb der Kommunistischen Partei die Abteilung „Gewerkschaftswesen“ gegründet. Bei deren Beratungen wurden die Ziele der Partei von Antal Apró³², Mitglied des Zentral - Komitees genannt: „...Bereits jetzt wollen die Sozialdemokraten die Vertrauensleute auf Grund der Parität in die Betriebs Komitees wählen lassen. Darüber darf nicht einmal diskutiert werden. Bei dem Vertrauenskörper müssen wir uns die Mehrheit sichern, jedoch dürfen wir uns nicht zu großen Ungleichheiten reißen lassen. Die Sozialdemokraten darf man noch nicht vollständig ausschließen...“.³³ Die starken Meinungsunterschiede der SZDP und MKP über die Rolle der Gewerkschaften wurden

³⁰ Rochus Door: Neueste Geschichte Ungarns. VEB Verlag der Wissenschaften (DDR) Berlin 1981, S. 255 Zitat aus dem III. Parteitag der MDP, ebenfalls Judit Lux: (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, S. 78

³¹ Bei der Konferenz der MKP im Mai 1945 wurde das neue Parteistatut beschlossen, wonach die Partei von einem Zentral Komitee mit 71 Mitgliedern (plus fünf Kandidaten) angeführt wird, die aus ihrer Mitte das Polit Büro (fungiert als Präsidium) und dessen Generalsekretär wählen. Rochus Door: Neueste Geschichte Ungarns. VEB Verlag der Wissenschaften (DDR) Berlin 1981 S.158.

³² Antal Apró (1913-1994) war ab 1931 Mitglied der MKP. War mehrfach verhaftet und interniert. Während des Weltkrieges organisiert er die Beschaffung von Waffen für den Widerstand. Nach 1945 leitet er innerhalb des Zentral Komitees der MKP die Abteilung „Gewerkschaftliche Arbeit“. Gemeinsam mit Kossa István ist er einer der Organisatoren des Gewerkschaftsrates. Von 1948 bis 1951 war er Generalsekretär des Gewerkschaftlichen Landesrates (SZOT). Mit viel Glück war er bei den Schauprozessen nicht involviert. 1956 hielt er die Rede der Rehabilitierung von Rajk. Während der Revolution wechselte er die Fronten (sowohl in der Nagy-, wie in der späteren Kádár - Regierung war er Vizepräsident des Ministerrates). Der Prozess gegen Nagy wurde von ihm persönlich begleitet. Nach 1956 wurde er Präsident der Gesellschaft der Ungarischen Sowjetischen Freundschaft.

³³ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, S. 79.

bei den Vorarbeiten zum Gewerkschaftsgesetz offensichtlich. Der von der Sozialdemokratie eingebrachte Vorschlag wurde nicht einmal zur Tagesordnung des Ministerrates zugelassen mit der Begründung: „dieses Dokument steht im Gegensatz zur Demokratie“.³⁴ Die Kommunisten wollten die Rechte, die die Arbeitsverhältnisse betreffen, wie die Einhaltung der Kollektivverträge, an die Betriebs-Komitees übertragen. Dadurch vermischten sich die Arbeitgeber-Aufgaben mit denen der gewerkschaftlichen. Nach Auffassung der Kommunisten konnte es ja in einem sozialistischen Staat keinen Interessensgegensatz zwischen Arbeitnehmer und der Betriebsführung geben. Bei den neuen Verhandlungen um die Kollektivverträge gelang es zwar Verbesserungen zu erzielen, wie die Einführung der bezahlten, täglichen 30 Minuten Mittagspause, weiters die Festlegung der ebenfalls bezahlten 8 Feiertagen im Jahr. (Ostern-, wie Pfingstmontage und Allerheiligen zählten nicht mehr als Feiertag), jedoch die Steigerung der Produktivität wurde als wichtigste Aufgabe der Gewerkschaft genannt.

In der Folge verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage des Landes zusehends. Die Ausmaße der Inflation (bis heute einer der höchsten Inflation der Weltgeschichte) erreichte astronomische Werte, 1 Dollar waren 29.667.000.000.000.000 Pengö wert.³⁵ In diese Phase fällt am 1. August 1946 die Einführung des Forint als neue Währung. Ermöglicht wurde sie einerseits durch Umstrukturierungen und Reduktion der Wiedergutmachung an die Sowjetunion (von 200 auf 130 Millionen US \$), andererseits durch die Freigabe der ungarischen Goldreserven von den USA. (Ungarn durfte zwei Jahre später die Hilfeleistungen des Marshall-Planes auf sowjetischen Druck nicht annehmen.)

Das Präsidium des Gewerkschaftsrates forderte noch im Jahr 1947, dass bei den Verstaatlichten Betrieben die Direktion mindestens zu einem Drittel von der Gewerkschaft nominiert werden soll. Inzwischen sind die Neuwahlen für die Bestellung der Betriebskomitees aktuell geworden. Nachdem es den Kommunisten gelungen ist, sowohl in der Wirtschaft als auch im politischen Leben, ihre Positionen weiter

³⁴ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 81.

³⁵ Vgl. Ignác Romsics: Magyarország története a XX. Században (Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert). Verlag Osiris, Budapest 2005, S. 306.

auszubauen, wurde von ihnen die Bedeutung der Betriebskomitees neu bewertet. Da die rechtlichen Grundlagen nicht an das veränderte Umfeld angepasst wurden, konnte der Wirkungsbereich auch nicht genau definiert werden. Auch die Tatsache, dass einzelne Personen gleichzeitig in verschiedenen Funktionen tätig waren, hat vieles unüberschaubar gemacht. Konkrete Aufgaben bei der Interessensvertretung der Arbeitnehmer konnten sie nicht wahrnehmen, jedoch haben die Gewerkschaften in verschiedenen Organen des Staates formelle Sitze erhalten. So saßen sie auch im Landesplanungsinstitut (etwa 700 Beschäftigte) beziehungsweise wurde auch der Generalsekretär der Gewerkschaft für die Sitzungen des Wirtschaftsrates in beratender Funktion eingeladen.³⁶ Die Kommunisten und Sozialdemokraten gründeten gemeinsam mit dem Gewerkschaftsrat den Rat der Planwirtschaft. Dementsprechend wurden in den Betrieben auch die Planungskomitees ins Leben gerufen und mit den Befugnissen der früheren Betriebskomitees ausgestattet. (Verordnung: 10520/1947)

Bei dem zweiten Landeskongress der Betriebskomitees war als vorrangigste Aufgabe angesehen zu erörtern, wie man die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für den „Dreijahresplan“ motivieren könnte. Richtiger Weise wurde zwar das Dilemma der Gewerkschaft von István Kossa erkannt, nämlich: „wir haben zu sehr die gewerkschaftliche Arbeit den Parteien überlassen. Die Massen sahen ihre Interessen deshalb nicht mehr in der Gewerkschaft, sondern durch die Partei vertreten“³⁷, jedoch wurde es so hingenommen. Im November 1947 befasste sich das Politbüro der MKP erneut mit der Gewerkschaft, wobei festgestellt wurde: es kann nicht zielführend sein, wenn sich die Partei in die Angelegenheiten der Gewerkschaft einmischt, jedoch wurden die kommunistischen Funktionäre innerhalb der Gewerkschaft aufgerufen, ihren Einfluss weiter auszubauen. Währenddessen hat sich die Lage der Arbeiter weiter verschlechtert.

Anfang 1948 wurde der Anhang des im Vorjahr beschlossenen Kollektivvertrages veröffentlicht, der vom Gewerkschaftsrat und vom Minister für Industrie unterschrieben wurde. Durch ihn wurden die schon früher eingeführten Arbeitsnormen weiter gesteigert

³⁶ Vgl. Iván Berend: *Terelőuton 1944-1990* (auf Umleitungen). Verlag Vince, Budapest 1999, S. 107.

³⁷ Judit Lux: *A Szakszervezeti Tanács száz éve* (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, S. 87. Bericht über die Sitzung des Organisationskomitee der Gewerkschaft am 7.10.1949 in Budapest

und damit wurde erneut eine Einkommensminderung herbeigeführt. Der Regierungsbeschluss hat auch den Wechsel des Arbeitsplatzes geregelt. Die Kündigungszeit und die Abfertigung wurden gekürzt. Damit stieg die Unzufriedenheit der Arbeiter weiter an. Die Orientierungslosigkeit der Gewerkschaft in dieser Situation zeigt am besten die Rede von István Kossa: „...Das Verhältnis der Werktätigen zur Arbeit ist heute kein Zwang mehr, ...sondern weit über die Erhaltung der eigenen Familie hinaus dient die Arbeit der Gesellschaft, also der gesamten Nation. Im Sozialismus gehört uns die Leitung des Staates, ebenso wie die Führung der Betriebe. Wozu ist dort noch eine Gewerkschaft? Im Sozialismus werden die Gewerkschaften nicht mehr für die Erhöhung der Gehälter, sondern für die Steigerung der Produktivität kämpfen, wodurch auch ein höheres Einkommen erreicht werden kann. Das ist die richtige Aufgabe, wonach sich die Gewerkschaft zu orientieren hat.“³⁸ Damit wurde die Gewerkschaft trotz formeller Einbeziehung in der Praxis konsequent entmacht.

Entgegen der Erwartung und den Repressionen und des massiven Wahlbetruges, (einerseits durch Teilnahmeverbot von Personen, denen man zum Teil ungerechtfertigt „schuldhaftes Verhalten“ vor oder während des Krieges vorwarf [ca. 150.000 Personen], andererseits durch mehrfach abgegebene „blaue“ Stimmzettel [ca. 200.000]), ist es den Kommunisten bei den letzten freien Parlamentswahlen³⁹ von 1947 erneut nicht gelungen, ihren Anteil wesentlich zu steigern. Sie kamen auf 22% der abgegebenen Stimmen. Unabhängig vom Wahlergebnis wurde der Druck von Moskau aus verstärkt. In diesem Sinne begann die Durchsetzung der „Sozialistischen Industrialisierung“, die Umstellung auf die zentralistische Planwirtschaft. Die Konsolidierung sollte auch durch einen von „unten“ organisierten „Arbeitswettbewerb“ unterstützt werden. Die Gewerkschaften haben dies als Hauptaufgabe zugeteilt bekommen. Damit ist die Unabhängigkeit der Arbeitnehmervertretung weiter gesunken und führte letztendlich zur vollen Verzerrung ihres Aufgabengebietes.

³⁸ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 88.

³⁹ Um die sowjetische Zustimmung für eine Mehrparteien- Wahl zu bekommen, wurde bereits bei der Wahl von 1945 vereinbart, dass die Kommunisten jedenfalls in der Regierung vertreten sein werden. Sie haben seither in der Konzentrationsregierung den Innenminister gestellt. Von dieser Position aus konnte die planmäßige Verfolgung der anders Denkenden, durch falsche Beschuldigungen und daraus folgenden Verhaftungen, realisiert werden.

Den Kommunisten waren jedoch die Sozialdemokraten bei der Verwirklichung dieses Vorhabens im Weg, deshalb wurden auf allen Ebenen Angriffe gegen sie gestartet. Die Entfernung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre aus ihren Positionen erfolgte nach den Plänen des kommunistischen Politbüros. Innerhalb der Gewerkschaft wurde ein eigenes Komitee gegründet, mit dem Ziel, eine Liste „der Rechtsabweichler“ zusammenzustellen.

Bei der Besetzung dieses Komitees waren die Kommunisten bereits in der Mehrheit. Die Entscheidung über den Namen dieser Liste wurde von der Gewerkschaftsabteilung der MKP und vom Generalsekretär des Gewerkschaftsrates (István Kossa) getroffen. Diese Liste wurde zur Durchführung an den Gewerkschaftsrat übergeben. An Hand dieser Listen wurden massenhaft gewählte Funktionäre, zum Teil mit 30-40 jähriger Praxis, die in der Arbeiterbewegung die Gewerkschaftsarbeit als Berufung betrachtet haben, entfernt. (Auch Károly Peyer, der führende Sozialdemokratische Gewerkschafter der Zwischenkriegszeit wurde ein Opfer dieser „Säuberungen“.) Ein an deren Stelle tretender junger Parteikader verfügte weder über gewerkschaftliche Kenntnisse noch über entsprechende Praxis. Dadurch haben sie, vielleicht auch ohne ihre Absicht, zum Verlust der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit beigetragen. So konnte József Harustyák am 20-21 März 1948 auf dem abgehaltenen Kongress den Gewerkschaftsfunktionären mitteilen, dass wir „jetzt nach der Bereinigung in den Reihen der Gewerkschaft die planmäßige Produktion, wie auch deren Steigerung, in Angriff nehmen können.“⁴⁰

Diese Maßnahmen konnten nur deshalb durchgeführt werden, weil gleichzeitig auch auf der politischen Ebene die Zurückdrängung der anderen Parteien erfolgte. Die politischen Mitbewerber wurden entweder zur Fusion angeregt, um später schrittweise verdrängt zu werden, oder sie wurden auf Grund falscher Beschuldigungen gleich verurteilt, bzw. in die Emigration gezwungen. Die Bezeichnung „Salamitaktik“ für diese Vorgangsweise stammt von Rákosi⁴¹ selbst.⁴² Die dabei getroffenen wirtschaftlichen und politischen

⁴⁰ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 91.

⁴¹ Mátyás Rákosi (1892-1971) trat zuerst 1910 der SZDP bei. Während des 1. Weltkrieges war er, bis zu seiner Gefangennahme, an der Ostfront. In der Sowjetunion ist er ein überzeugter Kommunist geworden. Nach dem Krieg kehrt er nach Ungarn zurück und

Maßnahmen kann man schwer voneinander trennen, da die Ausschaltung der wirtschaftlichen Grundlage gleichzeitig auch die politische Kaltstellung der Gegner bedeutete. Diese Schritte wurden so dosiert, dass immer nur eine kleine Schicht betroffen war. Dadurch konnten sich die Betroffenen kaum wehren, denn die verschonte Mehrheit schwieg und war froh, nicht involviert zu sein.

So hielt Rákosi bereits im Oktober 1947 die Existenz zweier Arbeiter-Parteien für einen überflüssigen Luxus.⁴³ In diesem Sinne und auf Initiative der MKP hin haben zum selben Zeitpunkt, aber an verschiedenen Orten, am 12. Juni 1948 sowohl die Sozialdemokraten wie die Kommunisten Parteitage abgehalten, wobei die Vereinigung beschlossen wurde. Aus der Fusion ist die MDP (Partei der Ungarischen Werktätigen) entstanden, zu deren ersten Sekretär Mátyás Rákosi gewählt wurde. Als Präsident der neuen Partei wurde Árpád Szakasits von den Sozialdemokraten ernannt, damit wurde er gleich auf ein Abstellgleis gestellt. Bereits bei den Vereinigungskonferenzen auf unteren Ebenen wurden 25 Tausend Mitglieder der früheren Sozialdemokraten mit dem Hinweis, „Rechtsabweichler“ ausgeschlossen. Dieser Ausschluss bedeutete für den Betroffenen gleichzeitig auch seinen Mitgliedschafts- und damit auch den Funktionsverlust in der Gewerkschaft.

wird unter Kun Béla ein Gestalter der revolutionären Räterepublik. Nach der Niederschlagung der Räterepublik flüchtet er nach Österreich, jedoch um seiner Auslieferung vorzukommen reist er erneut in die Sowjetunion. Ende 1924 wurde Rákosi wieder nach Ungarn geschickt, um bei der illegalen Parteiarbeit mitzuwirken. Der Kongress der ungarischen Kommunisten in Wien (18-25. August 1925) wählte ihn ins Zentralkomitee. September 1925 wurde er in Ungarn verhaftet und vor ein standrechtliches Militär-Gericht gestellt und zu 8 ½ Jahren Gefängnis verurteilt. 1934 kommt er trotzdem nicht frei, sondern wird für seine Tätigkeit während der Räterepublik zu lebenslangem Gefängnis verurteilt. 1940 wurde er nach einer Friedensinitiative der Sowjet – Regierung als Tausch gegen die von Russland eroberten Fahnen der ungarischen Revolution von 1848-49, an die Sowjetunion ausgeliefert. Nach Ungarn kehrte er mit der roten Armee zurück und übernahm die Leitung der MKP. Nach der Fusion der Kommunisten mit der Sozialdemokratischen Partei übernahm Rákosi als Generalsekretär der MDP (Partei der Werktätigen Ungarns) die Führung. Nach dem Tod von Stalin wurde er wegen seines Führungsstils vom Zentralkomitee kritisiert und zur Aufgabe seines Amtes als Ministerpräsident gezwungen. Rákosi verließ Ungarn und blieb in der Sowjetunion, wo er 1971 in Gorkij verstarb. Rákosi trägt die Hauptverantwortung für die Ruinierung des Ansehens der Kommunistischen Partei und für die Etablierung eines Terrorregimes. Mehr als eine Million Strafprozesse mit 390 Tausend Verurteilungen prägten seine Zeit. Durch erfundene Beschuldigungen wurden nicht nur „Klassenfeinde“, sondern auch viele Kämpfer der Arbeiterbewegung unschuldig zu Tode gequält oder gleich hingerichtet.

⁴² Vgl. Ignac Romsics: Magyarország története a XX.Században (Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert). Verlag Osiris, Budapest 2005, Seite 246.

⁴³ Vgl. Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 94.

Der am 25. März 1948 verabschiedete Verstaatlichungsschritt⁴⁴ (siehe Anhang Nr.5) führte auch zur Ablöse der früheren kleineren Privatunternehmungen. Zur gleichen Zeit erfolgte im Zuge der Schulreform vom 16. Juni 1948 auch die Verstaatlichung der konfessionellen Schulen, die fast ein Drittel der allgemeinen Schulen des Landes ausmachten. (Ebenfalls auch in das Volkseigentum übernommen wurden die Theater, Kinos, Verlage, Zeitungen, Zeitschriften, Museen und der Rundfunk.)

Die Kommunisten haben die Gewerkschaft beauftragt, Arbeiter, die sich politisch verlässlich für die Führung eignen, vorzuschlagen, dabei hat die fachliche Qualifikation nur eine Nebenrolle gespielt. Sie wurden jedoch einer Schulung unterzogen. Bereits ab Frühjahr 1948 wurden die Lehrgänge für Betriebsführung ins Leben gerufen, wobei die meisten Teilnehmer nicht genau wussten, was mit ihnen geplant war. Auf Grund eines Regierungserlasses wurden diesen Leuten, im Rahmen eines Kongresses im Haus der Metaller die Ernennungen als Betriebsführer überreicht. Von den 300 neu ernannten Direktoren kamen nur 80 zu ihren bisherigen Arbeitsstätten zurück, wogegen die anderen in ihnen noch unbekannten fremden Arbeitsfeldern eingesetzt wurden. Etwa 70% von den jetzt Ernannten waren früher Arbeiter.⁴⁵ Die früheren Eigentümer wurden von den neuen Direktoren mit Hilfe der Betriebskomitees entfernt. Mit der Übernahme der Betriebe durch die von der MKP ausgesuchten Personen ist jedoch die kontrollierende Funktion der Betriebskomitees überflüssig geworden. Der Wirkungsbereich der gewerkschaftlichen Vertrauenspersonen wurde auf die Verwaltung der Mitgliedsbeiträge und auf das Vorschlagsrecht für Auszeichnungen eingeschränkt. Die Betriebskomitees haben die Aufgabe der Produktionssteigerung mit Hilfe des Arbeitswettbewerbes erhalten. Damit ist klar geworden, dass es für eine Arbeitnehmerinteressen vertretende autonome Gewerkschaft unter den gegebenen politischen Strukturen keinen Platz mehr gab.

⁴⁴ Ursprünglich waren Entschädigungen in Aussicht gestellt, jedoch weil die Eigentümer gleich beschuldigt und verurteilt wurden, oder das Land verlassen haben, wurden keine Zahlungen geleistet.

⁴⁵ Vgl. Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 92.

In die Rolle des Antriebsriemens gedrängt

Die Gewerkschaft musste sich auf ihre neue Rolle zwischen der Partei und den Staat als „Antriebsriemen“⁴⁶ einstellen. Nach der Verstaatlichung haben auch die Kollektivverträge ihre Funktion verloren und sind ein Mittel für den Arbeitswettbewerb geworden. Die Beschlüsse des Polit-Büros der MKP am 4. Juni 1948, zeigten offen und deutlich, dass die Gewerkschaften der Partei dienen müssen. Unter anderem wurden die folgenden Punkte als Thesen genannt:

- 1) Die Partei ist die Speerspitze der Arbeiterklasse.
- 2) Die Gewerkschaften sollen als wichtigste Basis der Partei fungieren.
- 3) In der Arbeit der Gewerkschaften müssen sowohl die wirtschaftlichen wie die politischen Richtlinien der Partei zur Geltung kommen.
- 4) Über die Gewerkschaft muss die Politik der Partei verwirklicht werden.
- 5) Sie muss eine verbindende Rolle zwischen der Partei und dem Volk spielen.
- 6) Die Gewerkschaften sollen die Schulen des Sozialismus werden.
- 8)...sie müssen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Produktionssteigerung mobilisieren.
- 9)...deren alltägliche Arbeit muss zur ständigen Festigung der Arbeitsdisziplin beitragen! Zuletzt noch die scheinheilige Feststellung:
- 10) Die Gewerkschaften müssen ihre Unabhängigkeit bewahren!⁴⁷

Zur Veranschaulichung wie ernst diese Thesen gemeint waren, seien hier einige Zeilen aus einem Buch zitiert, welches in der Zeit der Kádár Ära veröffentlicht wurde; „In Ungarn werden Stellung und Ansehen der Gewerkschaften auch durch ihr Verhältnis zum sozialistischen Staat bestimmt. Der sozialistische Staat verwirklicht die Klassenziele der Arbeiterklasse, deshalb müssen die Gewerkschaften den Staat mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften stärken und mit den Organen des Staates

⁴⁶ Die Zeit zwischen der Machtübernahme der Kommunisten bis zum Beginn der politischen Reformen wurde von der Historikerin Judit Lux als Periode des Antriebsriemens charakterisiert. A Szakszervezeti Tanács száz éve S. 93.

⁴⁷ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 94.

zusammenarbeiten. Als Eigentümer der Produktionsmittel ist der Staat zugleich auch der Arbeitgeber...“.⁴⁸ Unter solchen Voraussetzungen ist auch der Parteibeschluss zu werten, wonach ab jetzt der Gewerkschaft die Kontrolle des vereinigten Landes-Sozialversicherungsinstitutes (OTI - Országos Társadalombiztosítási Intézet) übertragen wurde. Der Gewerkschaftsrat hat die Aufgabe der Neuausrichtung und Umorganisation der sozialen Unterstützung wie die Ausarbeitung der Zuteilungsrichtlinien für die vereinheitlichten Erholungsheime erhalten. Das in Ungarn seit Jahren von den Kommunisten forcierte Vorhaben, wonach alle Mitarbeiter eines Betriebes bei derselben Gewerkschaft organisiert sein sollten, konnte jetzt verwirklicht werden. Gleichzeitig wurden auch die verwandten Berufe zusammengezogen und neu organisiert. Damit wurden die Gewerkschaften nicht mehr nach Fach- sondern industriezweigmäßig als Branchen-Gewerkschaft ausgerichtet. Gemäß dieser Neuordnung gehörten z.B. sowohl der Saaldiener, wie auch der Minister für Unterrichtswesen der Lehrgewerkschaft an. Ausnahmen bildeten sowohl die Eisenbahner wie die Postler, die nicht durch die Gewerkschaft „Verkehr und Transport“, sondern je nach Beruf, erfasst und organisiert wurden. Demnach wurden aus 50 Berufs-Organisationen 19 landesweite gewerkschaftliche Organisationen geschaffen. Gleichzeitig mit dieser Umstellung wurde der Großteil der noch verbliebenen Gewerkschaftsfunktionäre entfernt. Die neue Führung wurde, ohne darüber die Mitglieder zu befragen, von den Kommunisten eingesetzt. Diese Vorgangsweise hat bei den Mitgliedern die Stimmung weiter verschlechtert. Das gewerkschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl durch die Verstaatlichung des gewerkschaftlichen Besitzes ist weiter gesunken. Die Arbeiterheime und die Kulturhäuser, die aus mühsamen Spendenaktionen der Arbeiter errichtet wurden, waren auf einmal nicht mehr die Heime der Gewerkschaften. Mit der Aufgabenfokussierung auf innerbetriebliche Angelegenheiten wurden die Gewerkschaften in die Betriebe „eingesperrt“.

Die früheren (Wohn-) Ortsgruppen konnten ohne die materiellen Mittel und ohne Mitglieder nicht mehr die branchenübergreifende Kontaktpflege wahrnehmen. Diese Änderungen, die eine neue Epoche der Gewerkschaftsbewegung eingeleitet haben, wurden nach außen hin auch mit der Umbenennung des Gewerkschaftsrates als zentrales

⁴⁸ Márton Buza: Die Gewerkschaften in Ungarn. Verlag Népszava, Budapest 1988, Seite 37.

Leitungsorgan der Gewerkschaft in SZOT – „Szakszervezetek Országos Tanácsa“ (Landesweiter Rat der Gewerkschaften) sichtbar gemacht.

Die in erster Linie für die Erreichung der Ziele des 3 Jahresplanes eingespannte Gewerkschaft wurde wegen dessen Scheiterns von der kommunistischen Partei verantwortlich gemacht. Das Polit-Büro stellte in seiner Veröffentlichung am 24. Juli 1950 fest: „Die Unterschätzung der Rolle der Partei führte zwangsweise dorthin, dass innerhalb der Gewerkschaft die konterrevolutionäre, rechtsstehende Sozialdemokratie Einfluss gewinnen konnte. Dabei wurde nicht berücksichtigt, dass die rechtsstehenden Sozialdemokraten eingeschworene Feinde unserer Heimat, und somit Feinde des arbeitenden Volkes sind, und im Sold der kriegshetzenden Imperialisten stehen“.⁴⁹ (In dieser Zeit waren von den 1580 mittleren gewerkschaftlichen Funktionären nur mehr 16, die vor 1945 bereits eine Rolle bei der Gewerkschaftsbewegung gespielt haben.)

In diesem „Drei-Jahresplan“ war eine Lebensstandardsteigerung zwischen 1947-49 von 80% vorgesehen und damit gleich die Erreichung der letzten „Friedensjahre“. Nach offiziellen Meldungen betrug die Steigerung etwa 37%, nach späteren Veröffentlichungen war sie zwischen 10-20%.⁵⁰ Hier seien nur zwei Gründe des Scheiterns erwähnt: Erstens, durch die Verschlechterung der internationalen Lage, mit Beginn des Kalten Krieges, wurde die Produktion von den Konsumgütern Richtung Schwerindustrie (Rüstung) verlagert. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die Armee mit etwa 300.000 Bewaffneten bereits höher lag als am Ende des 19. Jahrhunderts das gemeinsame Heer der Monarchie in Friedenszeiten. Etwa 25% der Staatsausgaben wurden für das Militär ausgegeben.⁵¹ Zweitens, die bisherigen Unternehmensführungen wurden wegen des Misstrauens abgesetzt und durch Kaderpersonal, oft ohne der notwendigen Qualifikation, ersetzt. Von den 388 neu ernannten Direktoren im Jahr 1949 waren 374 Arbeiter. (Durch die Ausschaltung der Mittelschichten, nach dem Holocaust erneut, ist ein tiefes Vakuum in der Gesellschaft entstanden.)

⁴⁹ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 99.

⁵⁰ Ignác Romsics: Magyarország története a XX. Században (Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert). Osiris Verlag, Budapest 2005. Seite 319.

⁵¹ Vgl. Ignác Romsics: Magyarország története a XX. Században (Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert). Osiris Verlag, Budapest 2005. Seite 345.

Wie weit die Führung der Gewerkschaft jegliche Unabhängigkeit bereits verloren hatte beweist am besten ihre Haltung bei der außerordentlichen Sitzung des SZOT am 29. Juli 1950, wobei sie sich für die Kritik des Politbüros noch bedankt hat und diese als „hart und gerecht“⁵² bezeichnete. Dies konnte nur deshalb erfolgen, weil die obere Führung der Gewerkschaft, die sich aus Parteifunktionären zusammensetzte, weiterhin in die Macht integriert werden wollte. Natürlich blieb die Hinnahme der Beschuldigungen bei den Mitgliedern der Gewerkschaft nicht ohne Auswirkung. Die Resignation zeigte sich auch daran, dass z.B. bei den Metallern der Anteil von denen, die ihre Mitgliedsbeiträge schon länger als drei Monaten nicht mehr bezahlt haben, etwa 28% erreichte. Auch die Veranstaltungen der Gewerkschaft in den Betrieben wurden von nicht mehr als 10% der Arbeitnehmer besucht.

Angekettet an die MDP

Um das scheinbare Regierungs-Koalitionssystem, ohne Opposition, endgültig zu liquidieren, haben die Kommunisten die Unabhängigkeitsfront aus dem Jahr 1944 (diese war damals ein Sammelbecken gegen den Krieg), unter dem Namen „Volksfront der Ungarischen Unabhängigkeit“, im Februar 1949 erneut ins Leben gerufen. An die „Hazafias Népfront“ (Patriotische Volksfront) haben sich auch einige der noch bestehenden Parteien angeschlossen, die die bisherigen „Säuberungen“ überstanden und jetzt die Chance gesehen haben, als „Trittbrettfahrer“ an die Macht zu kommen. Diese waren: Polgári Demokrata Párt (Bürgerliche Partei der Demokraten), Kisgazda Párt (Kleinwirte Partei), Nemzeti Paraszti Párt (Nationale Bauern Partei) und die Magyar Radikális Párt (Ungarische Radikalen Partei). Sie haben der MDP versichert, sich „an dem aktiven Ausbau des Sozialismus“ voll zu beteiligen. Beim ersten Kongress der Volksfront wurde deren Leitung ohne Diskussion beschlossen. Ihr erster Präsident wurde Mátyás Rákosi selbst und der Innenminister László Rajk wurde Generalsekretär.

Bei der Wahl am 15. Mai 1949 standen keine Parteien mehr zur Wahl, sondern die Kandidatenliste der Volksfront, die von den Kommunisten erstellt wurde. Nach

⁵² Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 99.

offizieller Veröffentlichung betrug die Wahlbeteiligung 96,04%, wobei die Kandidaten der Volksfront 96,27% der abgegebenen Stimmen erhielten.

Wie der Generalsekretär der Volksfront László Rajk (gleichzeitig Innenminister) feststellte: „Der Kreis ist geschlossen, wer ein anderes Ziel als den Bau des Sozialismus verfolgt, ist bereits ein Feind des ungarischen Volkes und deshalb ist er nicht als konstruktive Opposition zur Regierung zu betrachten.“⁵³ Die oberste gewerkschaftliche Leitung hat sich, akzeptierend dieser Idee des „demokratischen Zentralismus“, an die oberste Parteileitung angepasst. Dies konnte umso leichter erfolgen, als die Leitungsmitglieder der Gewerkschaft gleichzeitig auch Partei-funktionäre waren, die innerhalb der Gewerkschaft Parteiarbeit zu verrichten hatten. Weil sich die Gewerkschaften in die Angelegenheiten wie Entlohnung, Arbeitszeit oder die Verbesserung der Arbeitsvoraussetzungen nicht einmischen durften, blieben nur Aufgaben, die sie vom Staat aufgetragen erhielten. Sie waren beschränkt auf Arbeitsschutz, Sozialversicherung und auf die Verwaltung der Werkserholungsheime. Das Erscheinungsbild der Interessensvertretung war die Integrierung der Funktionäre in die Macht und die weit verzweigte Bürokratisierung. Die bis in die Betriebe hineinreichende Machtabhängigkeit hat die Umstellung nach sowjetischem Muster vervollständigt. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, dass zwischen den Arbeitern und deren vermeintlicher Vertretung der Graben weiter vertieft wurde. Diese Entfremdung wurde zwar auch von der gewerkschaftlichen Leitung erkannt, es gab jedoch keine Chance, um unter den gegebenen Voraussetzungen effiziente Änderungen einzuleiten.

Erst nach dem Tod von Stalin im Jahr 1953 gab es erneut Hoffnung die Diktatur aufzuweichen. Das Zentralkomitee der MDP hat bei seiner Sitzung am 27. Juni 1953 hinter verschlossenen Türen die begangenen Fehler - sowohl in der Methode des Regierens, als auch im wirtschaftspolitischen Leben - erörtert, jedoch wurde über die Sitzung nichts veröffentlicht. Erst über die abgehaltene Sitzung durch die Rede von Imre

⁵³ Ignác Romsics: Magyarország története a XX. Században (Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert). Osiris Verlag, Budapest 2005, Seite 295.

Nagy⁵⁴ konnte die Bevölkerung indirekt informiert werden. Die Rede des Ministerpräsidenten blieb nicht ohne Wirkung. Bei der erweiterten Sitzung des gewerkschaftlichen Landesrates wurde unter anderem festgestellt: Die Tätigkeit der Gewerkschaft ist eingeeengt und einseitig geworden. Die Betreuung der Arbeiter wurde in den Hintergrund gerückt. Gerade deshalb konnte es dazu kommen, dass sich wegen der Nichteinhaltung der Kollektiv Verträge, weiters durch die Vernachlässigung des Arbeitsschutzes und durch die nicht geklärten Gehaltsfragen die Lage der Industriearbeiter stark verschlechtert hat. Es blieb nicht nur bei Feststellungen, sondern auch Aktionen wurden eingeleitet. Die Gewerkschaften konnten bei der Modifizierung des Arbeitsgesetzes maßgeblich mitwirken. Einige antisoziale Bestimmungen konnten gestrichen werden. Die betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen haben begonnen, für die den Mitarbeiter direkt betreffende Anliegen Abhilfen zu bewirken. So wurde zum Beispiel auf die unhaltbare Situation der Textilarbeiter hingewiesen, bei denen in der Folge der hohen Arbeitnorm während der Nachtschicht vermehrt gesundheitliche Schäden aufgetreten sind. Dazu kommt noch, dass bei den Investitionen, auf Moskaus Wunsch hinauf, die Schwerindustrie Vorrang hatte und die Modernisierung der Textilindustrie vernachlässigt wurde. Deshalb waren z.B. bei den Goldberger Textilwerken durchschnittlich 70 bis 80 Jahre alte Maschinen im Einsatz und sogar einige mit über 100 Jahren liefen auch noch.

Konkrete Erleichterung brachten die im Jahr 1954 durchgeführten Preisreduktionen und Gehaltserhöhungen. Bei der Sitzung des SZOT- Präsidiums am 26. Oktober 1954 wurden all diese Änderungen positiv bewertet, aber konstruktive Kritik durfte nicht fehlen. „Viele Funktionäre der Gewerkschaft haben vergessen, dass der Kontakt zu den

⁵⁴ Imre Nagy (1896-1958) Gelernter Schlosser. Ab 1914 ist er an der Ostfront, wo er 1916 in Gefangenschaft geriet. Als sowjetischer Bürger dient er in der Roten Armee. 1919, während der ungarischen Räterepublik, ist er in Ungarn und nach deren Niederschlagung flüchtet er in die Sowjetunion. 1921 ist er wieder in Ungarn und wird Mitglied der Sozialdem. Partei. Wegen seiner extremen Auffassungen wird er aus der Partei ausgeschlossen. 1927 wurde er inhaftiert, anschließend emigrierte er erneut in die Sowjetunion. (er wurde Mitarbeiter Bucharins) Ende 1944 kehrte er nach Ungarn zurück. Zwischen 1947 und 1949 war er Parlamentspräsident. 1953 hat er versucht, politische und wirtschaftliche Reformen einzuleiten. 1955 verlor er alle seine Ämter und wurde aus der Partei ausgeschlossen. Während der Revolution von 1956 wurde er von den Aufständischen zum Ministerpräsidenten bestellt. Er setzte sich für den Abzug der sowjetischen Truppen, für das Mehrparteiensystem, wie für einen Kommunismus "mit menschlichem Antlitz" ein. Nach der Niederschlagung der Revolution flüchtet er in die jugoslawische Botschaft, wird jedoch an die Sowjets ausgeliefert und von ihnen verhaftet. Am Ende des Prozesses am 15 Juni 1958 wurde er verurteilt und anschließend hingerichtet.

Mitarbeitern die Grundlage jeglicher gewerkschaftlichen Tätigkeit ist.“⁵⁵ In diesem Sinne wurden die Vorbereitungen für das Plenum getroffen, aber das Zentral Komitee der MDP eingeschaltet und die Vorbereitungen gestoppt. Das Plenum wurde abgesagt, der Chefredakteur der Zeitschrift „Munka“ (Arbeit) János Lánkos im Rahmen eines Disziplinarverfahrens entlassen. Der eingeschlagene Weg der Gewerkschaft Richtung Reformen wurde gestoppt und sie wurde zurück in die Rolle des Antriebsriemens gedrängt. Im März 1955 wurde seitens der Gewerkschaft bei der Präsidiumssitzung des SZOT die Rückkehr zur dogmatischen Führung mit Gehorsam unterstützt und der eingeschlagene Weg der Reformen kritisiert. „Es ist nicht zielführend, dass sich die Gewerkschaften in der letzten Zeit hauptsächlich mit Interessensvertretung beschäftigt haben und die produktionsunterstützende Tätigkeit vernachlässigt wurde“.⁵⁶

Ein kurzes Tauwetter

Erst im Sommer 1956 schien ein politisches Tauwetter aufzukommen. Kontakte zu Jugoslawien wurden aufgenommen und dadurch hat man die Möglichkeit gehabt auch die Arbeit der dortigen Arbeiterräte kennen zu lernen. Dazu kamen noch die Nachrichten über die Arbeiterbewegungen in Polen. Die Wirkung blieb nicht aus und es ist wieder ein kritischer Beitrag in der Zeitschrift „Munka“ aus den Federn von Dezső Horn erschienen. Dieser Artikel hat den SZOT veranlasst, die ungarische Gewerkschaftsarbeit einer kritischen Wertung zu unterziehen und Reformvorschläge auszuarbeiten. Unter anderem wurde ein Plan über die Arbeit der unabhängigen betrieblichen Gewerkschaftsorgane ausgearbeitet. Dieser hätte eine Mitsprache der Arbeiter bei der Produktion und Organisation innerhalb des Unternehmens ermöglicht. Die Idee bezüglich Gründung von Arbeiterräten wurde seitens der Parteileitung abgelehnt, weil sie mit ihren Befugnissen im Widerspruch zu dem weiterhin bestehenden System der zentralen Produktionsplanung gestanden hätten. In diese Diskussionsphase hat sich die Partei eingeschaltet. Das Zentral Komitee der MDP hat

⁵⁵ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 102.

⁵⁶ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 102.

weiterhin an der Unantastbarkeit der „Einpersonenführung“ festgehalten und deshalb hat das Präsidium des SZOT am 1. September 1956 den Plan zur Einführung der Arbeiterräte verworfen. „...die Gewerkschaft soll gut funktionieren, dann ist ein zusätzliches Organ in einem Betrieb überflüssig“.⁵⁷

In Verbindung mit den Ereignissen in Polen begannen sich auch in Ungarn die unzufriedenen Arbeiter immer deutlicher zu artikulieren. Der Druck von unten ist bereits am 9. September während des XI. SZOT-Plenum's hörbar geworden: „Wichtigste Voraussetzung für die Weiterentwicklung unserer Arbeit ist die reale Einbindung der Mitglieder in die Gewerkschaftsleitung...Die Kontakte der Leitungsorgane zu den Massen ist daran zu messen, ob sie sich in ihren Sitzungen mit den wahren Anliegen der Arbeiter befassen.“⁵⁸ Die Umsetzung des Plenumsvorhabens wurde immer deutlicher gefordert.

Die am 23. Oktober 1956 begonnene Protestkundgebung endete noch am selben Tag in einem Volksaufstand. Am 24. Oktober erschien in der Zeitung „Népszava“ ein Aufruf des SZOT-Präsidiums mit Forderungen nach einem „sündenfreien“ Sozialismus und nationaler Unabhängigkeit. Das konnte die Revolution nicht mehr aufhalten und deshalb hat sich der SZOT am 26. Oktober aufgelöst. An seiner Stelle ist das provisorische Komitee des Landesbundes der Freien Ungarischen Gewerkschaften getreten. Die Vorstellungen des Komitees wurden in der Zeitschrift „Népakarát“ (Volkswille) veröffentlicht. Die neue Führung hat die Interessensvertretung der Arbeiter als vorrangigste Aufgabe bezeichnet. Die Unabhängigkeit von den politischen Parteien wurde proklamiert und der Austritt aus dem Weltgewerkschaftsbund beschlossen (Ungarn war Gründungsmitglied). Die einheitliche Gewerkschaftsbewegung wurde beibehalten, und sie hat die neu formierte Regierung Nagy unterstützt. Die Arbeiter wurden aufgefordert, Arbeiterräte als Selbstverwaltung der Arbeiter zu gründen, weil diese „unmittelbar zum Ausdruck bringen, dass die Arbeiter die verantwortlichen Eigentümer der Betriebe sind“.⁵⁹ Noch im November haben die unterschiedlichen

⁵⁷ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates).Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, S. 103.

⁵⁸ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates).Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, S. 103.

⁵⁹ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates).Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, S. 104.

Fachorganisationen ihre Programme formuliert (u.a. gesetzliche Verankerung des Streikrechts), aber auch politische Forderungen wurden genannt. (z.B. Austritt aus dem Warschauer Pakt). Auf Empfehlung des Fachrates hin (anstelle des SZOT's) hat die Regierung die Institutionalisierung der Arbeiterräte (A 2/1956/XI.16) beschlossen. Ab dieser Zeit wurde von unten, auf betriebliche Initiativen, eine Reihe von Arbeiterräten gegründet. Die Gewerkschaften haben die Gründung der Arbeiterräte unterstützt, aber ihren Wirkungsbereich in der Betriebsführung angesiedelt gesehen.

Am 1. November 1956 hat die Nagy-Regierung unter anderem den Austritt Ungarns aus dem Warschauer-Pakt und die Neutralität des Landes proklamiert. Noch am selben Abend wurden János Kádár und Ferenc Münnich (beide Mitglieder der Nagy-Regierung) in einer Kommando-Aktion mit einer russischen Militärmaschine nach Moskau gebracht und dort haben sie direkt von Chruschtschow eine Liste des neuen Phantom-Kabinetts erhalten und unter den Schirm der Sowjetarmee die Macht übernommen. Um bei der Bevölkerung gewisse Sympathie zu gewinnen, ist die neue Regierung unter dem Namen „Magyar Forradalmi Munkás Paraszt Kormány“ (Revolutionäre Arbeiter und Bauernregierung Ungarns) angetreten.

Erneut an der kurzen Leine

Obwohl die Revolution am 4. November mit Hilfe des Sowjet - Militärs blutig niedergeschlagen wurde, konnte noch am 14. November die Zentrale der Arbeiterräte gegründet werden. Die Regierungsbildung Kádárs hat gleichzeitig das Ende der gewerkschaftlichen Erneuerung gebracht. Trotz inneren Widerstands konnte nicht verhindert werden, dass sich die Gewerkschaftsführung an das Restaurationsvorhaben der „Magyar Szocialista Munkás Párt“ - MSZMP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei - als Nachfolgerin der umbenannten und neu gegründeten MDP) voll anschloss. Bereits am 11. Dezember wurden die Gewerkschafter in den Betrieben, wo es Arbeiterräte gab, aufgefordert, die „nicht passenden“ Funktionäre zu entfernen. Die vor kurzem ins Leben gerufene Zentrale der Arbeiterräte wurde aufgelöst, aber die Institution der Arbeiterräte selbst wurde noch nicht angetastet.

Das am 25. Jänner 1957 abgehaltene X. Plenum der Gewerkschaften hat den Bewegungsspielraum auf Jahrzehnte festgelegt. Im Rahmen der Tagung hat János Kádár selbst das Wort ergriffen und er hat der Idee einer unabhängigen Gewerkschaft und dem Streikrecht eine Absage erteilt. Sowohl die Leitung der MSZMP, als auch die Leitung der Gewerkschaft haben erhofft, die Unzufriedenheit mit der neuen politischen Situation durch Maßnahmen die den allgemeinen Wohlstand heben, mäßigen zu können. Die Rechnung ist aufgegangen. Viele haben angenommen, dass die positive Entwicklung in der Folge durch die gewerkschaftlichen Aktivitäten erreicht wurde. Neben dem Festhalten am Zentralismus wurde die Berücksichtigung des fachlichen Spezifikums in Aussicht gestellt. Die Arbeitswettbewerbe wurden forciert, aber sie sind nicht mehr verpflichtend. „Wer formell daran nicht Teil nimmt, aber seine Arbeit ernst nimmt und für die Lösung der Aufgaben des Unternehmens Verantwortung trägt, steht trotzdem im Bewerb“.⁶⁰

Im Namen des Präsidiums hat Sándor Gáspár⁶¹ bei der Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre festgestellt: Es ist nicht notwendig, die gewerkschaftliche Arbeit auf neuen Grundlagen zu stellen. Gáspár hat die produktionsunterstützende Rolle erneut als wichtigste Aufgabe genannt. In die Wirtschaftslenkung kehrte sogar verstärkt das frühere System des Planerlasses zurück. Dies hat das Ende der noch existierenden Arbeiterräte bedeutet. Dazu kam noch, dass die MSZMP die nicht geklärten Rechtsverhältnisse zwischen den formal noch immer existierenden Arbeiterräten und der Gewerkschaft dazu benützt hat, sie gegeneinander auszuspielen. Deshalb herrschte am 16. August 1957 beim XI. Plenum des SZOT die Meinung vor, dass die Arbeiterräte geändert werden müssen und deren Befugnisse an die betrieblichen gewerkschaftlichen Organe übertragen werden sollen. Jetzt konnte das Politbüro der MSZMP die Auflösung der Arbeiterräte und gleichzeitig die Gründung der Betriebsräte beschließen. Formell wurde diese

⁶⁰ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 110.

⁶¹ Sándor Gáspár (1917-2002) begann als Monteur bei den Steyr Werke in Budapest. Zuerst wird er 1936 Mitglied der MSZDP und ab 1940 der MKP. Von 1952 bis 1957 zuerst Stv. Generalsekretär, später Präsident des SZOT. Zwischen 1946 – 1956 war er Mitglied des Zentralkomitees. Während der Revolution im Jahr 1956 hat er sich für Mehrparteiensystem und für eine unabhängige Gewerkschaft ausgesprochen. Trotzdem wurde er engster Vertrauter von János Kádár. Pfl egte Kontakte in alle Richtungen, es gelang ihm kontinuierlich an der Macht zu bleiben. Von 1957 bis 1988 zuerst Generalsekretär, anschließend Präsident des SZOT. Mitglied des Polit Büros der MSZMP. Zwischen 1978 und 1989 war er Präsident des

Entscheidung mit dem Erlass des Präsidialrates der Nationalversammlung im November 1957 besiegelt. Die Betriebsräte hatten Mitsprache bei der Auf- und Zuteilung des Firmengewinnes und waren bei Sitzungen um Entscheidungen der Betriebe bezüglich Investitionen, Funktionsstrukturen, oder in Entlohnungsfragen beratend anwesend. (Die Betriebsräte als „Ersatz“ für die Arbeiterräte existierten bis 1966)

Ganz zurück geht es nicht mehr

Die MSZMP hat die Gewerkschaften ermahnt, dass „sie keine produktionsvernachlässigende, gegenüber Arbeitsdisziplin gleichgültige, nur Lohndemagogie verfolgende Organisation“,⁶² werden dürfen. Noch in scheinbar bedeutungslosen Fragen ist es üblich geworden, die Meinung der zuständigen Parteiorganisation einzuholen. Der Generalsekretär des SZOT war gleichzeitig Mitglied des Polit-Büros, damit ist die direkte Lenkung durch die Partei weiterhin eine Selbstverständlichkeit geblieben.

Trotz des starken Druckes Seitens der Partei und von der obersten Gewerkschaftsführung her hat man versucht, auf unterer Bereichsebene innerhalb der gegebenen Rahmen gewisse Unabhängigkeit zu bewahren. So hat sich diese Ebene engagiert eingesetzt und konnte dadurch Verbesserungen in Sozial-, Gesundheits- und Arbeitssicherheitsfragen für ihre Mitglieder durchsetzen. Die täglichen Probleme der Kollegen wurden ernst genommen, wie Unterbringung der Kinder von Firmenbeschäftigten in Kinderkrippen oder in Kindergärten. Auch die Werksarbeiter hatten Interesse daran, dass die Vertrauenspositionen mit gut ausgebildeten Leuten besetzt werden, die in Belangen von Arbeitsrecht und Sozialversicherung, aber auch in kulturellen Bereichen gut informiert waren. Über diese Vertrauensleute wurden die Kollegen selbst, sowohl bei der Allgemeinbildung wie in der beruflichen Weiterbildung, gefördert. Diese von gewerkschaftlichen Grundorganisationen durchgeführten Aktivitäten standen zwar nicht direkt im klassischen gewerkschaftlichen Betätigungsfeld, jedoch wurden sie von der Belegschaft positiv angenommen. Bei manchen Berufsgruppen kehrten sie trotz der

Weltgewerkschaftsbundes und gleichzeitig Nationalratsabgeordneter. Mit der nahenden Wende wurde er aus allen Funktionen hinausgedrängt.

⁶² Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 110.

zentralen Anweisungen auf fachlichen und kulturellen Ebenen zu ihren alten Traditionen zurück. So ist auch die Abhaltung der „Johannes-Tage“⁶³ der Druckereiarbeiter, oder das „Junialis“ (Festmonat der Eisenbahner), wie die Sportveranstaltungen der unterschiedlichen Fach- und Berufsgruppen zu betrachten. All diese Aktivitäten halfen bei der Belegschaft das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Um so erstaunlicher war, dass bei der 100 Jahres Feier der Gewerkschaft der Druckereiarbeiter im Jahr 1962 selbst der Partei- und Regierungschef János Kádár nicht nur teilgenommen hat, sondern er hat auch noch eine Rede gehalten, worin er die Gewerkschaft der Druckereiarbeiter als nachahmenswertes Beispiel für die anderen Berufe hinstellte. Dieser Erfolg der Druckereiarbeiter konnte nur deshalb unabhängig von Machthabern gelingen, weil die alten Sozialdemokratischen Gewerkschafter (Béla Schmidt, József Pusztai) stillschweigend die alten Evidenzlisten aufbewahrt haben und dadurch konnten sie viele Kollegen mobilisieren. Dieses Beispiel zeigt, dass trotz der von oben zentralistisch geführten Ordnung, durch mutigen Einsatz der Einzelnen, eine kleine Bewegungsfreiheit innerhalb des Systems erreicht werden konnte.

Noch im Jahr 1962 hat sich das Polit-Büro erneut mit der Stellung der Gewerkschaft innerhalb der Gesellschaft befasst. Das Streikrecht im Arbeitsgesetz zu verankern wurde erneut abgelehnt. Diskutiert wurde auch über die Bezeichnung: „Freie Gewerkschaften“. Weil damit auch eine Interpretation von der Partei unabhängig möglich schien und sie wurde für nicht sinnvoll erachtet. Bei dem gemeinsamen Aufbau des Landes wurde den Gewerkschaften erneut das Organisieren und Kontrollieren der Sozialversicherung und des Arbeitsschutzes, sowie die Urlaubsverwaltung der Mitarbeiter als Hauptaufgaben zugeteilt. Im Grunde genommen sind diese Aufgaben ein Teil der Staatsaufgaben, wobei die wirtschaftlichen Vorhaben Vorrang haben und unterstützt werden müssen. Nachdem in diesem Spektrum die Betriebsräte keinen Platz mehr hatten, gehörten sie eben aufgelöst. Die Parteilinie hat sich beim XX. Kongress der Gewerkschaften am 9-12 Mai 1963 voll durchgesetzt, als die Produktionsunterstützung als Hauptaufgabe genannt wurde. Indirekt wurde damit auch die Unterstützung des dritten Fünfjahresplanes beschlossen. Die Verbindung zwischen der Partei der MSZMP und der Gewerkschaft

⁶³ Die Johannes-Tage der Druckerarbeiter werden in Ungarn seit 1860, mit Ausnahme der Zeiten der Diktaturen, zu Ehren von Johannes Gutenberg abgehalten.

wurde vom Generalsekretär des SZOT, Sándor Gáspár, folgendermaßen formuliert: „...Die Gewerkschaften vollziehen ihre Tätigkeiten selbständig, jedoch nach ideologischen und politischen Vorgaben der Partei...“⁶⁴

Die ersten Gehversuche

Inzwischen ist der Lebensstandard der Arbeitnehmer weiter gesunken und damit ist offensichtlich geworden, dass die zentrale Planung nicht geeignet ist, die Effizienz der wirtschaftlichen Produktion maßgeblich zu steigern. Deshalb hat das Polit-Büro beschlossen, einen Plan für die Reformen der Wirtschaftsmechanismen innerhalb von zwei Jahren ausarbeiten zu lassen. Das Zentralkomitee hat sich demnach am 26. Mai 1966 an den Polit-Büro Beschluss angeschlossen und das zentrale Planwirtschaftssystem durch den von „Wirtschafts-Indikatoren gesteuerten Lenkungsmechanismus“ abgelöst. Mit der Umstellung auf den neuen Wirtschafts-Mechanismus wurde auch die sozialistische „Mehrsektorenwirtschaft“ legalisiert und gleichzeitig die Rolle des Handels anerkannt.

Um den geplanten Reformen den Weg zu bahnen mussten an die 70 Verordnungen erlassen werden. Auch aus heutiger Sicht war das Vorhaben bemerkenswert und deshalb sollen auch auszugsweise einige Punkte hier erwähnt werden.

Das System des „Neuen Wirtschaftsmechanismus“ kann vor allem als ein Versuch charakterisiert werden, um die Aufgaben der Planung mit den Funktionen des Marktes zu kombinieren.⁶⁵ Die drei wichtigsten Prinzipien dieses „regulierten Marktmechanismus“ wären gewesen:

- Größere Selbständigkeit der Betriebe
- Reform des Preissystems
- Materielle Anreize durch Neuregelung der Gewinnverwendung

Der allgemeine Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird dabei weiterhin von der zentralen Planung, insbesondere was die Investitionen angeht, gesteuert. Dies wird jedoch nicht mehr allein durch administrative Direktiven, sondern durch ein

⁶⁴ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, S. 114.

⁶⁵ Diese Überlegungen wurden sogar von den sonst nicht so freundlichen Beobachtern der sozialistischen Staaten im Westen wie „Die Welt“ (1.6.1970) oder „Der Spiegel“ (26.7.1971) als „kleines Wirtschaftswunder“ bezeichnet.

„System ökonomischer Regler“ wie: Preis, Gewinn, Zinsen, Kredit, Prämie und Lohn bestimmt. Demnach können die Betriebe innerhalb zentraler Plandaten ihre Tätigkeiten autonom ausarbeiten.⁶⁶

Als Voraussetzung für das Gelingen der Reformen wurde die grundlegende Änderung des Preissystems angesehen. Die Warenangebote sollten in der Zukunft in drei Preiskategorien eingeteilt werden.

- Festpreise für Grundnahrungsmittel, einige Massenbedarfsgüter und wichtige Rohstoffe (etwa 20 % aller Waren)
- Preise mit staatlich festgesetzten Ober- und Untergrenzen (etwa 50 % der Produkte)
- Freie Preise, die den Marktbedingungen entsprechend fluktuieren (etwa 30 % des Warenangebots- z.B. Kosmetika)

Dadurch, dass die Unternehmen die Verwendung der Gewinne selbst entscheiden, sollen sie drei Fonds bilden (die Proportionen werden dabei vorgegeben). Es sind die Investitions-, Rücklagen- und Partizipationsfonds. Aus dem letzteren sollten einerseits soziale und kulturelle Einrichtungen finanziert und andererseits die Prämien an die Beschäftigten geleistet werden. Die Prämienzahlungen sollten wieder nach drei Klassifikationen der Mitarbeiter erfolgen.

- Die erste Gruppe bilden die Spitzenführungskräfte (nach Schätzungen weniger als 1% des Personals, bei denen die Prämien bis zu 80% des Gehaltes betragen können).
- Die zweite Gruppe bilden die mittleren Fach- und Leitungskräfte (durchschnittlich etwa 8 % des Personals), ihre Prämien dürfen maximal 50 % des Gehaltes ausmachen.
- Die übrigen Lohnempfänger bilden die dritte Gruppe, deren Zulagen bis zu 15 % des Monatslohnes betragen können.

Bemerkenswert sind auch die eingeräumten Sanktionierungsmöglichkeiten im Falle, wenn das Unternehmen Verluste erwirtschaftet. So können die Grundbezüge der ersten

⁶⁶ Vgl. Ernst Piehl: FES, Wirtschaftsreformen und Gewerkschaften in Ungarn (Teil 1), <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1972/1972-04-a-224.pdf> download: 20.10.2009, 16:02. Seite 228.

Gruppe um 25%, die der zweiten Gruppe um 15 % und der letzteren jedoch gar nicht reduziert werden.⁶⁷

Interessanter Weise stand die oberste Führung der Gewerkschaft, mit Sándor Gáspár an der Spitze, der Ablöse der zentralen Planwirtschaft kritisch gegenüber. So hat sie gefordert, dass in den Bereichen wie Energiesektor, Schwerindustrie, Transport und Nachrichtenwesen verpflichtende Vorgaben weiterhin vom Staat getroffen werden müssen. Abgelehnt wurde, dass die Löhne an den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens gekoppelt und davon abhängig gemacht werden sollten.

Änderungen der Parteisichtweise führten zu einer neuen Rollendefinierung der Gewerkschaften. Demnach gehörte zur ihrem Tätigkeitsbereich neben der Machtunterstützung nun auch die Interessensvertretung der Arbeitnehmer. Rezső Nyers, der Initiator der Wirtschaftsreformen, hat dies folgendermaßen formuliert: „Fallweise können zwischen der Regierung und dem SZOT Meinungsunterschiede auftreten, aber diese müssen unter Berücksichtigung der Interessen des gesamten Volkes durch Verhandlungen gelöst werden.“⁶⁸ Im Sinne der gemeinsamen Wegsuche wurde noch im Jahr 1966 zwischen Ministerrat und dem SZOT beschlossen, wonach den Gewerkschaften bei den Wirtschafts- und Investitionsplanungen wie auch bei den Preisfestlegungen ein Mitspracherecht gewährt wird. Dem folgte im Jahr 1967 die Modifizierung des Arbeitsgesetzes.⁶⁹ Die Gewerkschaften wurden berechtigt, Kollektivverträge auszuhandeln und diese auch abzuschließen. Die Teilnahme der Gewerkschaft beim Arbeitsgericht wurde ebenfalls zugesagt. Die Zuteilung des betrieblichen Sozialfonds ist in eine alleinige Entscheidungshoheit der Gewerkschaft übergegangen. Auch ein Vetorecht auf Betriebsebene wurde vereinbart, jedoch die Durchführungsbestimmungen blieben ungeklärt und deshalb kam es in der Folge kaum zu deren Anwendung. Theoretisch konnten jetzt die Gewerkschaften im Betrieb auf allen Ebenen eine eigene Meinung bilden, jedoch in der Praxis ist diese sehr formell geblieben.

⁶⁷ Vgl. Ernst Piehl: FES, Wirtschaftsreformen und Gewerkschaften in Ungarn. (Teil 1), <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1972/1972-04-a-224.pdf> download: 20.10.2009, 16:02. Seite 229.

⁶⁸ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 115.

⁶⁹ Vgl. Ernst Piehl: Wirtschaftsreformen und Gewerkschaften in Ungarn (Teil 1). <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1972/1972-04-a-224.pdf> download: 20.10.2009, 16:02. Seite 230.

In Anbetracht des gesamten Komplexes haben in kritischen Fragen letztendlich weiterhin die Ministerien die Entscheidungen getroffen.

Beim XXI. Kongress des SZOTs vom 3. bis 6. Mai 1967 ist die Reformbereitschaft der MSZMP sichtbar geworden. Dies zeigt auch die Modifizierung der Grundstatuten der Gewerkschaft. Schritte wurden unternommen, um die Organisation „von unten“ aufzubauen. Vereinbart wurde, dass die SZOT Kongresse erst nach Abhaltung der Branchenkongresse einberufen werden sollen, die ebenfalls in einem Vier – Jahresrhythmus stattfinden. Sowohl die Delegierten zum SZOT Kongress wie auch zu den unterschiedlichen Körperschaften sollen bei den Branchenkongressen gewählt werden. Es wurden zwar die Befugnisse des Präsidiums eingeengt, aber gleichzeitig ist die Bedeutung des Sekretariats gestiegen. In der Wirklichkeit wurde jedoch der überreglementierte, monolithische, „demokratische Zentralismus“ in der Gewerkschaft einzementiert. Der SZOT verfügte über Vollmacht, und somit waren dessen Beschlüsse für alle Organisationen verbindlich. Sogar in Detailfragen der Branchen waren das Präsidium und das Sekretariat bestimmend. Dieses Hineindirigieren durch freigestellte Gewerkschaftsfunktionäre hat den Bürokratieaufwand erheblich vergrößert und den damit verbundenen finanziellen Aufwand der Gestaltungsmöglichkeiten eingeengt. Die Ausgaben wurden zum Großteil aus den Einnahmen der Mitgliedsbeiträge finanziert.

Das Jahr 1968 brachte eine interessante Entwicklung. In diesem Jahr wurde die Finanzgebarung der Gewerkschaft geändert. Auf Grund eines Beschlusses haben die Grundorganisationen anstelle der bisherigen 35%, ab sofort 50% der Mitgliedsbeiträge für sich behalten können.⁷⁰ Diese Maßnahme hat die Unterstützungsmöglichkeit an Ort und Stelle vergrößert. Dies wurde auch mittels termingerechter Einzahlungen der Mitgliedsbeiträge durch die Belegschaft honoriert. Nicht nur die Finanzierung wurde geändert, auch das Auftreten der Funktionäre auf Betriebsebene ist menschlicher geworden. Die Arbeiter haben von den örtlichen Gewerkschaftsfunktionären erwartet, dass sie für Gehaltserhöhungen das Wort ergreifen. Dadurch hat die Teilnahme an Arbeitswettbewerben und die Brigadebewegung auch materielle Vorteile gebracht. Es

⁷⁰ Vgl. Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 117.

gelang einigen Funktionären auf Betriebsebene die höheren Stellen zu umgehen und dadurch echte Interessensvertretung wahrzunehmen. Die alle zwei Jahre stattfindende Wahl der Vertrauensleute auf Betriebsebene hat deren Einsatz zusätzlich gefordert. Dies war eine signifikante Überlebensstrategie der Gewerkschaft in dieser Zeit.

Währenddessen wurden auf mittleren- und höheren Ebenen weiterhin serienweise an Beschlüssen und Meldungen gearbeitet. Diese wurden zwar immer weniger berücksichtigt und dienten hauptsächlich als Daseinsberechtigung. Trotzdem konnten sich die höheren Ebenen der Einführung neuer Technologien und Investitionen nicht verschließen und dadurch war es ihnen möglich für ein höheres Einkommen der Mitglieder einen verstärkten Lobbyismus zu betreiben. All dies hat zu mehr Unabhängigkeit auf betrieblichen und genossenschaftlichen Ebenen geführt und damit ein Freiwerden neuer Energien begünstigt. In der Folge sind die Realeinkommen gestiegen, dies führte zur Verdreifachung des Konsums. Die Lebensweise hat sich infolge der Mechanisierung der Haushalte ebenfalls verändert. Anschaffungen von Fernsehgeräten sind erreichbar geworden und für manche waren sogar Pkws leistbar. Erst jetzt sind Reisen in das westliche Ausland möglich geworden.⁷¹ Damit hat zwar ein kaum bemerkbarer Abbau der Zentralmacht begonnen, obwohl am System nichts verändert wurde. Durch die mehr als 80 %ige MSZMP Mitgliedschaft innerhalb der Gewerkschaftsführung war der Parteieinfluss weiterhin abgesichert.

Zurück zum Start

Die von der Partei und der Regierung eingeleiteten Wirtschaftsreformen führten zu sektorial unterschiedlichen Entwicklungen. In der kollektivierten Landwirtschaft wurde der Nebenerwerb „Háztáji“ (private Bewirtschaftung der „Hausnahen-Umgebung“) zugelassen. Neben den landwirtschaftlichen Genossenschaften sind durch Zusammenschluss von Kleingewerbetreibenden industrielle Genossenschaften entstanden.

⁷¹ Einige Daten, um die Reiseproblematik zu verstehen: Im Jahr 1954 waren insgesamt 3040 Leute im Ausland; u.a. Sportler und Funktionäre, jedoch waren davon nur 95 Privatpersonen! Im Jahr 1958 waren es 15.500 und im Jahr 1963 bereits 120.000 Personen, die ausreisen durften. Kurz vor der Wende im Jahr 1986 durften schon 708.000 das Land verlassen. Vgl. Paul Lendvai : Die Ungarn. Verlag Bertelsmann, München 1999, S. 507.

Sowohl der landwirtschaftliche Nebenerwerb, wie auch die industriellen Produktionsgenossenschaften haben die Chance marktorientiert zu produzieren ergriffen. Weil die verstaatlichten Unternehmen diese Möglichkeit nicht hatten, führte dies zu einer ungleichen Einkommensentwicklung. Obwohl die vergrößerte Auswahl und die bessere Qualität in den Geschäften auch der Arbeiterschaft Vorteile brachten, führten die sichtbaren Einkommensunterschiede zwischen den Sektoren zu Spannungen. (Es gab mehr Fleisch, aber die, die dafür gearbeitet haben wurden kritisiert, ohne dabei den dahinter stehenden Einsatz zu bemerken.) Die entstandene Unzufriedenheit der Arbeiter in den Großbetrieben hat die Gewerkschaftsleitung veranlasst sich einzuschalten. Jedoch haben sie nicht die Entscheidungsfreiheiten auch für die Großbetriebe gefordert, sondern durch höhere Steuern und Abgaben die Zurückdrängung des zu florieren beginnenden Sektors. Sowohl beim XXII. SZOT Kongress im September, wie bei der Sitzung des Zentral-Komitees der MSZMP im November 1972 sind die Forderungen, um die endlich langsam greifenden Reformen zu stoppen, immer lauter geworden.⁷²

Weder die Parteiführung noch die Gewerkschaftsleitung hat erkannt, dass eine echte Interessensvertretung die Unterstützung der Reformen in Vorbereitung auf Marktbewegungen und auf den Wettbewerb benötigt hätte. Beide haben die Auffassung vertreten, dass Markt und Wettbewerb mit dem Bau des Sozialismus unvereinbar sind. Deshalb wurden Beschlüsse verfasst, in der Annahme, mit ihnen die Arbeiterklasse zu verteidigen. Demnach wurde eine Lohnsteigerung unter den Arbeitern, im Allgemeinen aber bei den Werktätigen, im Besonderen in den großen verstaatlichten Unternehmungen als Hauptaufgabe gesetzt. Die Bedeutung der bevorzugten Großunternehmungen basierte nicht auf deren wirtschaftlichen Erfolge, sondern auf Grund politischer Beschlüsse. Die aus Kalkül durchgeführten Gehaltserhöhungen sollten die Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft heben und waren sie durch Produktivitätssteigerung nicht gedeckt. Die so schwerpunktmäßig unterstützten Konzerne in Dunaújváros (bis 1956 Sztálinváros), Komló, Miskolc, Ózd und Csepel symbolisierten das System der Planwirtschaft und damit sind sie die „Wachposten der Arbeitermacht“ geworden. Damit kehrten die MSZMP und das SZOT-Präsidium zu der Kaderpolitik der 50-er Jahre zurück. Die

⁷² Vgl. Judit Lux : A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates).Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 119.

Slogans „Schutz der Arbeiterklasse,, diente dabei noch als demagogische Beilage. Die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse hat sich jedoch als problematisch erwiesen, nachdem die Führung selbst auch aus der früheren Arbeiterschaft rekrutiert wurde. Um dies zu lösen wurde unabhängig von der Einstufung (vom Schlosser bis Minister) der Sammelbegriff „politische Arbeiterklasse“ eingeführt.

Gleichzeitig wurde eine Kampagne gegen das „Kleinbürgertum“ gestartet, also gegen Personen, die ihr Einkommen nicht aus der Arbeit des „sozialistischen Sektors“ bezogen haben. Diese Agitation gegen das „kleinbürgerliche Einkommen“ hat aber nicht mehr gegriffen. Immer mehr Menschen haben versucht „nebenbei“ etwas dazu zu verdienen. Pfusch und Trinkgelder sollten zur Steigerung des Lebensstandards beitragen.⁷³ Eine „Nebenerwerb“- Steigerung konnte jedoch nur auf Kosten des Haupterwerbes erfolgen. Der Nebenerwerb stand voll im Wettbewerb, deshalb haben die Leute begonnen sich im Haupterwerb zu schonen, beziehungsweise innerhalb der Hauptarbeitszeit anderwärtige Tätigkeiten auszuüben. (Nach damaligen Arbeitstechnik-Untersuchungen haben sich die Männer während der hauptberuflichen Arbeitszeit etwa zu einem Drittel mit dem Nebenerwerb befasst.)⁷⁴

Der einerseits veralteten Technik, andererseits dem Desinteresse der Mitarbeiter und dadurch mangelnde Effizienz und Qualität der erzeugten Produkte, stand die Absicht der Partei und Gewerkschaftsführung gegenüber, den Arbeitern höhere Gehälter zu zahlen. Um aus diesem Dilemma herauszukommen wurden im Westen immer mehr günstige Kredite aufgenommen. Auf diese Weise ist Ungarn innerhalb des Ostblocks ein Musterland des „Gulaschkommunismus“ geworden. Jedoch ist damit eine Situation entstanden, die ab dem Jahre 1973 durch den ersten „Ölschock“ noch zusätzlich verschärft wurde, durch die sich für den Staat eine dramatische Entwicklung abzeichnete.

Die Zeit der Zerrissenheit

Es wurde versucht mit weiteren Kreditaufnahmen das Konzert-Gehaltsniveau im Interesse der politischen Stabilität möglichst hoch zu halten, wodurch zwangsweise die

⁷³ Man kann davon ausgehen, dass in dieser Zeit ist die Praxis mit der heute üblichen „Schmiergelder“ entstanden.

interne Verschuldung dieser Unternehmungen weiter angewachsen ist. Als finanzieller Ausgleich wurde gleichzeitig in den Bereichen Gesundheit, Unterrichtswesen wie bei der Rücklagenbildung für die Pensionen der Sparstift angesetzt. Ebenso wurden die Preise auch für die Grundnahrungsmittel wie für die allgemeinen Dienstleistungen erhöht, dadurch ist der Lebensstandard allgemein beträchtlich abgesunken.

Das diametrale Vorhaben, Interessensvertretung der Arbeitnehmer und gleichzeitig die Produktionssteigerung zu unterstützen, hat die schon bisherige Spaltung innerhalb der Gewerkschaft zwischen „oben“ und „unten“ weiter verschärft, wie dies der Beschluss des Polit-Büros im Jahr 1974 auch zeigte. „Oben“, nachdem die Leitung mit der Parteiführung stark verschmolzen war, hat man außer Phrasen, wie die erneute Beteuerung der gewerkschaftlichen Selbständigkeit, kaum inhaltliche Entscheidungen getroffen. Gerade wegen dieser Verwobenheit ist es schwer vorzustellen, dass bei diesen Beratungen zwischen Regierung, Partei- und Gewerkschaftsleitung ernsthafte Diskussionen in wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fragen entstehen konnten. Die Parteiführung hat die Höherwertigkeit der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung verkörpert, sie hat aber, zwar nur auf Papier, sogar die berechnete Existenz der privaten Interessen akzeptiert.

Währenddessen wurde „Unten“ bereits erkannt, dass es auf unterschiedlichen Ebenen und Bereichen auch unterschiedliche, also eigene Interessen, geben kann und diese zueinander durchaus in Widerspruch stehen können.

Als Forum der „betrieblichen Demokratie“ wurden bei den Konzernen und Großunternehmungen „Hauptvertrauenskörperschaften“ gebildet. Die Aufgabe dieser Körperschaften war es, die Zusammenarbeit zwischen den betrieblichen Sozialpartnern zu regeln. Man sollte sich dabei nicht zu viel vorstellen. Diese Körperschaften konnten nicht viel anders sein als die Zeit, in die sie hineingeboren wurden. Trotz ihrer Widersprüchlichkeit haben sie damit bereits das System der wahren Marktverhältnisse erahnen können.

⁷⁴ Vgl. Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 121.

Die wichtigste Aufgabe der Vertrauensleute war ihr Einverständnis bei der Festlegung des persönlichen Grundgehaltes der Arbeiter. Sie durften Meinungen und Vorschläge in Fragen des Lebens- und Arbeitsumfeldes vorbringen. Sie haben die Einhaltung der betriebsbezogenen Erlasse und Bestimmungen, insbesondere bei der Geltendmachung der Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche, überwacht. Ebenso besaßen sie Vetovorschlagsrecht, worüber dann das betriebliche Gewerkschaftskomitee zu entscheiden hatte.

Die Inhalte der Kollektivverträge waren nicht die Ergebnisse von freien Verhandlungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressensvertretungen, sondern sie wurden vom Staatsapparat festgelegt und ließen nur geringen Verhandlungsspielraum zu. Die „betriebliche Demokratie“ diente weiterhin in erster Linie den Arbeitgebern als Forum für ihre wirtschaftlichen Interessen, um sich Geltung zu verschaffen. Nachdem bei den innerhalb des Forums stattgefundenen Produktionsbesprechungen keine inhaltlichen Antworten auf die von Arbeitnehmern vorgetragenen Anliegen gekommen sind, haben sie das Interesse an der Teilnahme bei diesen Foren auch verloren. Aus diesem Grund ging die Teilnahme der Mitglieder bei den gewerkschaftlichen Betriebsversammlungen von 71% auf 60% zurück,⁷⁵ obwohl die Rechte der Gewerkschaft laut Papier größer geworden sind. Trotz des so entstandenen Desinteresses gegenüber der Gewerkschaft sind jedoch die Mitgliederzahlen weiterhin konstant geblieben. Sie ist ihren vom Staat übertragenen Funktionen, wie Arbeitsschutz und Urlaubsabwicklung, nachgekommen und es war vielen Mitgliedern auch unklar, was sie sonst noch von der Gewerkschaft zu erwarten hätten.

Besonders ab der zweiten Hälfte der 70-er Jahre haben die Branchen-Gewerkschaften unter den für Arbeitnehmer immer schwieriger werdenden finanziellen Verhältnissen versucht, kulturelle und sportliche Aktivitäten zu forcieren und dadurch die Bindung zu den Arbeitnehmern aufrecht zu halten. Unter der Gewerkschaftsaktivität auf Betriebsebene stand die Bemühung, die Kollegen zur Weiterbildung anzuregen, im Vordergrund. An den Lehrgängen der letzten Jahre nahmen, nach SZOT –

⁷⁵ Vgl. Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 125.

Zentralratsbericht, etwa 340.000 Kollegen teil.⁷⁶ (In der Folge ist es der verstärkten Arbeiterbildung zu verdanken, dass Viele von ihnen nach der Wende unter den veränderten Verhältnissen die Orientierung leichter geschafft haben.)

Bei den Beratungen der Gewerkschaft, egal ob auf Hoch- oder Höchstebene, blieb jedoch nichts anderes übrig als am Ende die Vorschläge des Zentralkomitees zu beschließen. So standen auch wieder beim XXIII Kongress des SZOT im Jahre 1975 mit der Produktionssteigerung zusammenhängende Aufgaben im Mittelpunkt. Es wurde jedoch erkannt, dass dies ohne der aktiven Mitbeteiligung der Arbeiter nicht zu realisieren sei. Deshalb wurden der Wirkungsbereich und die damit verbundene Verantwortung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute vergrößert. (70% der betrieblichen Gewerkschafts-Aktivisten waren Vertrauenspersonen) Die so erweiterten Kompetenzen waren jedoch weiterhin nur formell und nicht mit der Demokratisierung der Bewegung verbunden. Kein Wunder also, dass die gewerkschaftlichen Organe ohne Rückhalt die Konflikte mit der Partei gemieden haben. Die ständige Erwähnung der erweiterten betrieblichen Demokratie hat sich auch als abgedroschene Sprechblase erwiesen. Die Mitglieder haben zu Recht den Eindruck gewonnen, die Beschlüsse werden sowieso ohne sie gefasst. Ein Eindruck der Untätigkeit konnte auch deshalb entstehen, weil von den Anstrengungen, die manche Gewerkschafter an den Tag legten, nichts veröffentlicht wurde.

Die Situation in der sich die Gewerkschaft befand, wurde beim XXIV. SZOT Kongress im Jahr 1980 folgendermaßen formuliert: „wir sind zwar ein selbständiger, jedoch nicht unabhängiger Machtfaktor geworden“.⁷⁷ Bezüglich Wirtschaftspolitik ist anstelle von „mehr“ jetzt das „besser“ getreten. Damit wurde die Wettbewerbsfähigkeit als Problem zugegeben und in den Vordergrund gerückt. Auch die Gewerkschaften haben jetzt ihre eigenen Vorstellungen über Wirtschaftspolitik ausgearbeitet und diese als Kontrastprogramm den staatlichen und parteipolitischen Ideen der MSZMP gegenübergestellt. Einen Durchbruch konnten sie jedoch damit nicht bewirken. Die

⁷⁶ Piehl Ernst: FES, Wirtschaftsreformen und Gewerkschaften in Ungarn (Teil 1) hinw. SZOT-Zentralrat, Rechenschaftsbericht, <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1972/1972-04-a-224.pdf> download: 20.10.2009, 16:02. S.106.

⁷⁷ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 127.

Zielsetzungen der Wirtschaftslenkung, diese durch Einführung neuer Unternehmensformen zu beleben, stoßen auf ideologisch unüberwindbare Barrieren.

An den versteinerten Standpunkten der MSZMP über die Rolle der Gewerkschaft konnte nichts geändert werden. Deshalb wurde noch im Jahr 1983 festgehalten, dass grundsätzliche Änderungen in der Gewerkschaftspolitik nicht notwendig seien. Weiterhin wurde die Transmissionsrolle der Gewerkschaft beteuert und diejenigen, die bereits die Demokratisierung der Institution Gewerkschaft gefordert haben, wurden zurückgedrängt. Der SZOT, also die oberste Leitung der Gewerkschaft, hat noch immer nicht erkannt, dass Machtinteressen und die Interessen derjenigen, die von der Macht ausgeschlossen sind, nicht gleichzeitig und gemeinsam vertreten werden können.

Kein Wunder also, dass diese Sturheit des SZOT in den unteren Funktionärsebenen Frustration ausgelöst hat. Waren sie doch über Jahrzehnte bemüht, den Erwartungen des Staates und der MSZMP voll zu entsprechen, obwohl sie gewusst haben, dass die Aufgaben, die von ihnen verrichtet wurden, nur eine Peripherie der echten Arbeitnehmersvertretung darstellen. Glücklicherweise ist aus der Frustration in manchen Branchen ein aktiver Widerstand entstanden. So zum Beispiel war die Leitung der Gewerkschaft der Druckerarbeiter im Interesse der Kollegen des Fachbereiches bereit, mit der obersten Führung des SZOT in Konflikt zu treten. Sowohl die Partei wie der SZOT haben solche „renitenten“ gewerkschaftlichen Organisationen durch Weigerung von Gehaltserhöhungen, Streichung des Prämienrahmens oder durch Investitionskürzungen bestraft. Bedauerlicherweise konnten nicht alle Reformversuche der Branchenorganisationen an die Öffentlichkeit gelangen.

Trotz Verschweigens war nicht mehr aufzuhalten, dass die breite Bevölkerung immer stärker eine, von der Partei unabhängige, reformierte Gewerkschaftspolitik gefordert hat. (Die Nachrichten über die Solidarnosc in Polen haben viel dazu beigetragen.) Auf Branchenebenen wurden immer öfter Analysen und Expertisen veröffentlicht, die die entstandene Krise nicht mehr allein durch wirtschaftliche Maßnahmen lösen wollten,

sondern sie haben gleichzeitig nach gesellschaftspolitischen und ideologischen Reformen verlangt.

Nur der SZOT zeigte weiterhin seine Unbeweglichkeit. Noch im Jahr 1986 beim XXV. Kongress wurden erneut die Parteivorstellungen durch das Plenum beschlossen. Die gewerkschaftliche Unabhängigkeit wurde in den Reden zum x-ten Mal hervorgehoben, aber der Nonsens der Doppelgleisigkeit ist unverändert geblieben.

Die Jahre der „Wende“ (1988-1990)

Der Staat und die Gesellschaft, die sich im Wandel befanden

Ab Mitte der achtziger Jahre näherte sich der Kalte Krieg langsam seinem Ende zu. Die bis dahin kurze Leine der Sowjetunion zu ihren Satelliten ist lockerer geworden. Dies ermöglichte es, dass auch innerhalb der Staatspartei MSZMP eine jüngere Garde der zweiten und dritten Reihe begann, das sture Korsett der Partei aufzubrechen und dadurch eine Erneuerung einzuleiten. Im Mai 1988 war sich innerhalb der MSZMP die Gruppe der „Reformkommunisten“ noch einig János Kádár und Sándor Gáspár zu stürzen, aber diese Einheit ist damit bald am Ende gewesen. So hat im November des selben Jahres der neue Ministerpräsident Károly Grosz in seiner Rede in der Budapester Sporthalle noch mit Anarchie und „weißem Terror“ versucht vor einer Wende zu warnen, aber am 30. Jänner 1989 hat Imre Pozsgay, Mitglied des Zentralkomitees und Staatsminister, (er war der populärste Reformkommunist seiner Zeit) im Radio die Revolution von 1956 bereits als Volksaufstand bezeichnet! (Bis dahin war der Aufstand im Jahr 1956 offiziell als Konterrevolution geführt). Mit dieser Aussage wurde gleichzeitig die Legitimation des herrschenden Systems in Frage gestellt! Diese Feststellung löste noch im Februar innerhalb des ZK der MSZMP eine heftige Diskussion aus. Am Ende der Tagung wurde sowohl die Wertung Pozsgay's wie auch die Absicht, das Land durch einen friedlichen Übergang in eine Mehrparteien - Demokratie zu führen, angenommen. Dieser Beschluss war der Beweis, dass in der Partei die Reformkräfte die Führung damit endgültig übernommen haben. Um dieses Vorhaben zu sanktionieren wurde der Parteitag der MSZMP am 5. Oktober 1989 einberufen, der am 10. Oktober mit der Gründung der „Magyar Szocialista Párt“ - MSZP (Ungarische Sozialistische Partei) endete. (Um die Einheit der Partei weiterhin zu wahren, traten alle Gruppierungen der neuen Partei bei. Dies hat jedoch die Chancen des „Reformkommunisten“ Pozsgay's bei der Wahl zum Präsidenten der Republik gewählt zu werden zunichte gemacht).

Die Probleme, die den Staat belastet haben, sind der MSZMP zu groß geworden, um sie alleine lösen zu können. Es ist klar geworden, dass die, sich inzwischen formierten, oppositionellen Kräfte in die Reformprozesse im Sinne eines „Nationalen Dialogs“ eingebunden werden mussten.

Um sich bei den Verhandlungen am „Nemzeti Kerek Asztal“ (Nationalen Runden Tisch) gegenüber der MSZMP erfolgreich durchsetzen zu können, wurde der „Ellenzéki Kerekasztal“ - EKA, (Oppositioneller Runder Tisch) am 22. März 1989 mit den nachfolgenden Parteien gegründet:

MDF Ungarisches Demokratisches Forum (gegründet am 27. Sept. 1987)

FIDESZ Verband der Jungdemokraten (gegründet am 30. März 1988)

SZDSZ Verband der Freien Demokraten (gegründet am 13. November 1988)

weilers: die Ung. Volkspartei, Ung. Sozialdemokratische Partei, wie auch die Demokratische Liga Unabhängiger Gewerkschaften (die Liga wurde am 19. Dez. 1988 gegründet)

Der Start der Verhandlungen des „Nationalen Runden Tisches“ erfolgte am 13. Juni 1989. Für viele gilt dieses Datum als Beginn der Herauskristallisierung des zukünftigen Rechtsstaates. Der „Runde Tisch“ war eigentlich ein Viereck, wobei an einer Seite die MSZMP⁷⁸, an der zweiten Seite der EKA (Oppositioneller Runder Tisch), an der dritten Seite die Vertreter der unabhängigen Organisationen (z.B. der Liga und SZOT) und an der vierten Seite die Beobachter der Verhandlungen Platz genommen haben.

Die oppositionellen Parteien verfolgten zwar unterschiedliche Ziele, jedoch wurden sie mit der Absicht vereint, gemeinsam die bisherige autoritäre Regierungspartei abzulösen. Die Solidarität formte diese Kräfte in eine Einheit. Diese Einheit des „Oppositionellen Runden Tisches“ wurde jedoch bereits beim Abschluss der Verhandlungen im Rahmen des „Nationalen Runden Tisches“ am 18. September 1989 aufgelöst. Der SZDSZ wie auch der FIDESZ waren nämlich nicht bereit, das Abschlussdokument zu unterschreiben, weil es eine extra Passage innehatte, wonach die Wahl des Präsidenten der Republik durch das Volk und noch vor den Parlamentswahlen erfolgen sollte. (Formell hat der EKA bis 27. April 1990 existiert.)

Ebenso unterschiedliche Ziele verfolgten die zwei gewerkschaftlichen Dachorganisationen (Liga und SZOT) an der „Dritten Seite“ des „Nationalen Runden Tisches“.

⁷⁸ Kurz nach Ende der Verhandlungen am Nationalen Runden Tisch wurde am 6. Oktober 1989 der XIV. Kongress der MSZMP einberufen, der mit der Gründung der MSZP geendet hat.

Der SZOT⁷⁹ ist unter dem Zeichen seiner „frisch erworbenen“ Unabhängigkeit bei den Verhandlungen selbstbewusst aufgetreten. Von Anfang an war er gegenüber den anderen Parteien bestrebt, einen gleichrangigen Platz einzunehmen. Im Rahmen des „Nationalen Runden Tisches“ wollte er über Themen, die umfassende sozialpolitische, infrastrukturelle Forderungen beinhalten, verhandeln. Dieses Forderungspaket des SZOT hätte nicht nur seine Mitglieder, sondern die ganze Gesellschaft betroffen. Ebenso waren darin entsprechende Fragen eingearbeitet, die die direkten gewerkschaftlichen Interessensvertretungen angehen. Ein bedeutender Teil des Paketes hat solche sozial- und gewerkschaftspolitische Forderungen beinhaltet, die auch von uns bekannten Gewerkschaften üblicherweise gestellt werden. Die Einbeziehung der sozialpolitischen Forderungen mit dem Schutz der gewerkschaftlichen Interessen hat auch in späterer Folge bei den Nachfolgeorganisationen des SZOT eine große Rolle gespielt und war nicht unwesentlich im erfolgreichen Kampf gegen die Antall – Regierung. Dieses Forderungspaket fand auch bei der breiten Bevölkerung Zustimmung und damit hat der „Magyar Szakszervezetek Országos Szövetsége“ - MSZOSZ (Nachfolger von SZOT) den Grundstein für seinen Sieg bei der Wahl zum Selbstverwaltungskörper im Jahr 1993 gelegt.

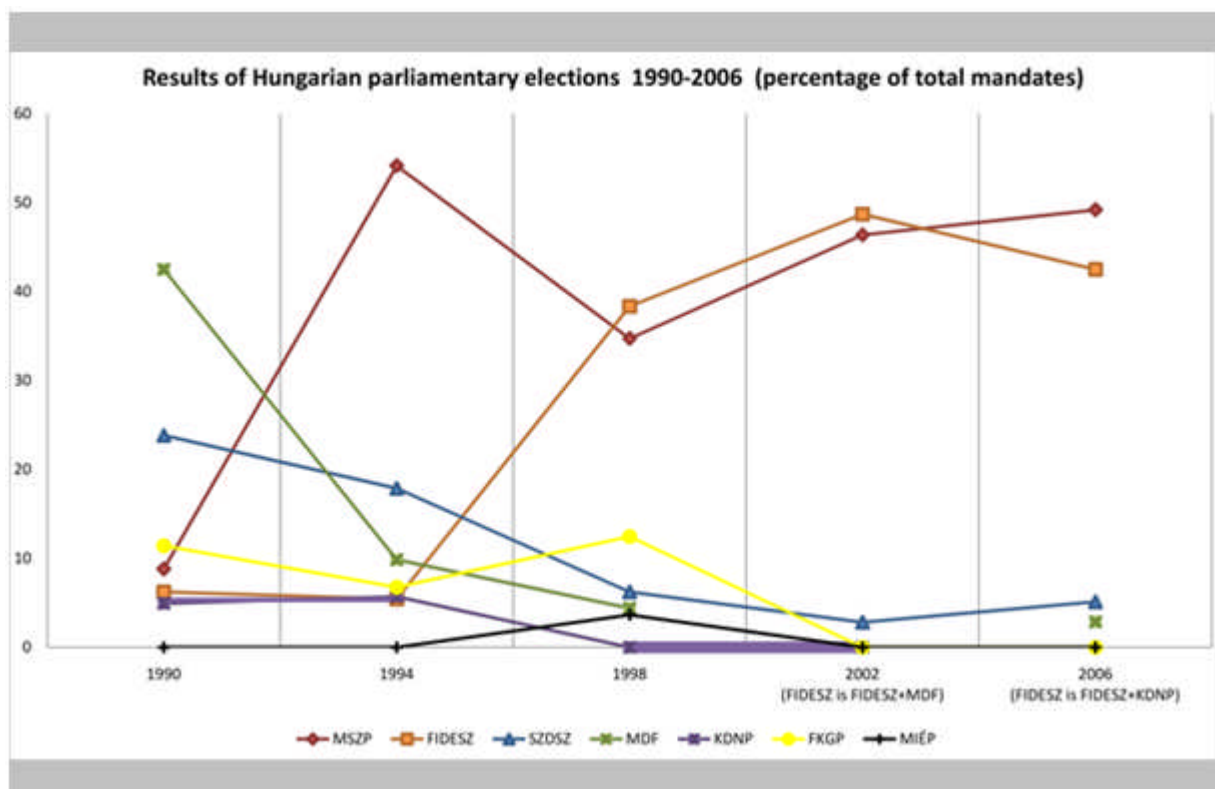
Die Liga war einer der Gründungsmitglieder des „Oppositionellen Runden Tisches“ (EKA) und als solches war sie einer der Verhandlungspartner, jedoch nahm sie wie bereits erwähnt an der „Dritten Seite“ Platz. Die MSZMP wollte sie zuerst nicht akzeptieren, aber sie musste dem Druck des „Oppositionellen Runden Tisches“ nachgeben. Die Liga hat während der Verhandlungen eine „selbstbeschränkende“ Haltung angenommen. Sie hat den politischen Zielen der EKA Forderungen, den Übergang in die Demokratie friedlich über Verhandlungen zu verwirklichen, den Vorrang gegeben. Um die Erreichung dieser Ziele nicht zu gefährden, wurden die Organisations- wie Interessenschutz- Vorstellungen der Liga hinten angestellt. Als in der späteren Folge doch von ihr Vorschläge bezüglich Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus mit dem Ausbau des Korporatismus zu kombinieren, gebracht wurden, ist sie gleich innerhalb der eigenen politischen Opposition auf Widerstand gestoßen.

⁷⁹ Der SZOT hat während der Verhandlungen am „Nationalen Runden Tisch“ an der „Dritten Seite“ teilgenommen und ist, um seine Mitglieder weiterhin halten zu können, zur MSZMP auf Distanz gegangen. Eine Annäherung zu der am 10. Oktober 1989 gegründeten MSZP als Nachfolgerin der MSZMP fand erst nach der Wahl von 1990, die zur Bildung der Antall-Regierung führte, statt.

In den Verhandlungen ist die organisatorische Schwäche, bedingt durch die geringe Anzahl der Mitglieder und dadurch die mäßige Mobilisationsfähigkeit, deutlich erkennbar geworden. In den Jahren des Wechsels hat die MSZMP in vielen Fragen den SZOT Standpunkt verlassen und deshalb hat der SZOT versucht, die Rolle der linken Massenpartei zu übernehmen. In diese Zeit fällt der Austritt des SZOT - Präsidenten, Sándor Nagy, aus der MSZMP hinein. Mit diesem Schritt hat sich der SZOT selbst für die nächste Zeit isoliert.

Weil sich die zwei Interessensvertretungsorganisationen der Arbeitnehmer nicht einmal untereinander wegen der großen „Asymmetrie“ (ideologisch, organisatorisch) einigen und gemeinsam Forderungen stellen konnten, waren sie für die politischen Parteien des „Nationalen Runden Tisches“ während der Verhandlungen nie ein ernst zu nehmender Partner und letztendlich bildeten sie gemeinsam die unbedeutende „Dritte Seite“.

Um die sich ständig ändernden Prozesse zu verstehen, müssen die Ergebnisse der Parlamentswahlen in die Betrachtungen mit einbezogen werden.



http://hu.wikipedia.org/wiki/Jelenkori_magyarorsz%C3%A1gi_orsz%C3%A1ggy%C5%B1l%C3%A9si_v%C3%A1laszt%C3%A1sok Download: 07.02.2010 00:21

Die Ergebnisse der Wahlen haben bisher die Regierungsbildungen folgendermaßen bestimmt.

Grósz Károly	1987. Juni 25.	- 1988. November 24.	MSZMP
Németh Miklós	1988. November 24.	- 1990. Mai 23.	MSZMP/Experten
Antall József	1990. Mai 23.	- 1993. Dezember 12.	MDF
Boross Péter	1993. Dezember 12.	- 1994. Juli 15.	MDF
Horn Gyula	1994. Juli 15.	- 1998. Juli 6.	MSZP/SZDSZ
Orbán Viktor	1998. Juli 6.	- 2002. Mai 26.	Fidesz/MDF/FKGP
Medgyessy Péter	2002. Mai 27.	- 2004. September 29.	unabhängig/MSZP
Gyurcsány Ferenc	2004. Sept 29.	- 2009. April 14.	MSZP
Bajnai Gordon	2009. April 14	- 2010. Mai 29.	MSZP/Experten
Orbán Viktor	2010. Mai 29	-----	FIDESZ/KDNP

Die politische Entwicklung führt immer stärker zur Polarisierung. Der Wechsel der Regierungen erfolgt weiterhin nicht mit demokratischem Verständnis, sondern wird durch gehässige Beschuldigungen begleitet.

Die Rolle der Arbeitnehmervertretungen während des Umbruchs

Die Rahmen des gewerkschaftlichen Pluralismus wurden durch die Gesetzgebung in den Jahren 1988-1989 festgesetzt. Die Gesetze, die die Unternehmens-, Wirtschafts- und Eigentumsrechte regelten, haben für die Interessensvertretungen nur eine sehr enge Bewegungsfreiheit zugelassen. Die Gewerkschaften haben bei der Abwicklung der Privatisierungen keine Mitspracherechte erhalten. Vergebens wurden innerhalb des „Nationalen Runden Tisches“ die arbeitnehmerfeindlichen Züge der Gesetzgebung kritisiert.

Die Folge davon war eine stark gestiegene Arbeitslosigkeit und Enttäuschung über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen. Die Warnungen der Gewerkschaft wurden weder von der Regierung noch von der Opposition aufgegriffen. Bei den Verhandlungen am „Nationalen Runden Tisch“, wo die Gewerkschaften zwar auch an der so genannten (bedeutungslosen) „Dritten Seite“ teilgenommen haben, konnten sie jedoch die Problembehandlung inhaltlich nicht beeinflussen.

Aus diesem Grund hat die Delegation des SZOT (noch vor der Neugründung), mit Sándor Nagy an der Spitze, die Verhandlungen am „Nationalen Runden Tisch“ verlassen. Es ist offensichtlich geworden, dass man sich weder auf mittlerer Ebene, noch bei den Plenarsitzungen über die Folgen der wirtschaftlichen Wandlungen für die Arbeitnehmer Gedanken gemacht hat. Die politische Elite des Landes war sowohl an der Klärung der Lage, als auch an neuen Regelungen der Arbeitnehmervertretungen nicht interessiert. Die politischen Entscheidungsträger der Wende haben die Gewerkschaften als Verkörperung der Reformfeindlichkeit, also für „industrielle Dinosaurier“ gehalten. Die Gewerkschaften waren in dieser Zeit die größten Gegner der stattfindenden Vorgänge, jedoch waren sie nicht mit der notwendigen Gestaltungsmacht ausgestattet.

Ende 1988 wurde vom Parlament kurzer Hand ein das Streikrecht (mit eingeschränkter Streikfreiheit) wie auch die Gründung der „Országos Érdekegyeztető Tanács“ - OÉT (Rat des Landesinteressenausgleiches) beschlossen.

Das im ersten Moment positiv wirkende Streikrecht hatte jedoch seine Tücken, weil es institutionell die Politik von der Arbeit trennte. Dadurch wurde der politische Streik verboten! Damit war das Schicksal und die Zukunft der Gewerkschaften, praktisch die Vertretung der Arbeitnehmerorganisationen, kein Thema mehr beim politischen Feilschen.

Eine gewisse Hoffnung zum Dialog und dadurch zur Verständigung über das Thema Arbeitswelt zwischen den Arbeitnehmer-, bzw. Arbeitgeberverbänden und der Regierung bot der OÉT (Rat des Landesinteressenausgleiches) an.

Die Gründung des OÉT hat jedoch anstelle eines Zusammenrückens der gewerkschaftlichen Dachorganisationen ein zusätzliches Konkurrenzdenken um die Vertretungsrechte bewirkt und in der Folge das Auseinanderbrechen beschleunigt. (Aufbau und Funktionsweise des OÉT werden im Kapitel 3 gesondert vorgestellt)

Die Entstehung von unterschiedlichen Arbeitnehmervertretungen

Die steigenden Preise bei ständig sinkenden Realeinkommen, gepaart mit dem Ende der Beschäftigungssicherheit, führten über die Wirtschaftskrise zu einer Krise der Gesellschaft. Eine übereilte und fehlgeleitete Wirtschaft hat viele negative Vorgänge

gestartet bzw. verstärkt, dadurch ist auch eine Änderung der Gewerkschaftspolitik unvermeidbar geworden. Die Gewerkschaften haben immer lauter eine echte Selbstständigkeit gefordert, wodurch eine wahre Interessensvertretung ermöglicht wurde. Somit hat eine Umwandlung der bis dahin monolithischen Gewerkschaftsstrukturen begonnen.

Selbst die Stellungnahme des SZOT am 10. Juli 1987 hat schon gezeigt, dass sein Programm über die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Entfaltung immer stärker in Widerspruch zu den Vorstellungen des allmächtigen Staates und der Partei stand. So zum Beispiel ist erstmals das verfasste Kommunique des SZOT über die Steuerreform von der Auffassung der Partei abgewichen.⁸⁰ Weil dieses auch schriftlich veröffentlicht wurde, konnten sich die Mitglieder vom Reformvorhaben der Führung überzeugen. Ermöglicht wurde die Veröffentlichung dieses Kommunique auch deshalb, weil innerhalb der MSZMP im Mai 1988 ein Wechsel an der Spitze beschlossen wurde. Die Ära Kádár - Gáspár ist damit beendet gewesen.

Ende 1987 haben die Mitarbeiter der Universitäten- und Forschungsinstitutionen begonnen, die erste, außerhalb vom SZOT und von der Partei deklariert unabhängige, Arbeitnehmerinteressenvertretung zu organisieren. Am Ende der Beratungen und Verhandlungen wurde demnach die „Tudományos Dolgozók Demokratikus Szakszervezete“ - TDDSZ (Demokratische Gewerkschaft der Wissenschaftlichen Arbeiter) am 14. Mai 1988 gegründet.⁸¹ Das Erscheinen einer neuen Organisation hat die Prozesse Richtung Änderungen auch innerhalb der traditionellen Gewerkschaften beschleunigt.

⁸⁰ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 131.

⁸¹ Ein Großteil der wissenschaftlichen Mitarbeiter verblieben vorerst jedoch weiterhin in der Dachorganisation SZOT, sie gründeten aber eineinhalb Monate später selbst innerhalb deren eine Teilorganisation unter dem Namen TUDOSZ.

Am 21. Juni 1988 wurde anstelle von Sándor Gáspár, Sándor Nagy⁸² an die Spitze des SZOT gewählt. Er war einer der aktivsten Forderer nach den Reformen. Mit seiner Wahl ist der Weg frei geworden um die inzwischen veraltete, konservative Führung bei den Branchengewerkschaften abzulösen. Viele haben innerhalb des SZOT erhofft, dass nach Einstellung der Kontrolle durch die Partei die Chancen bestehen, die Reformvorstellungen einer echten Interessensvertretung zu verwirklichen. Jedoch bereits noch im Juni hat das Auseinanderbrechen der größten ungarischen Massenorganisation mit beinahe 4 Millionen Mitgliedern begonnen.

Die neue Führung des SZOT hat sich im Juli 1988 mit einem Aufruf an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gewendet, in dem sie eine Wende, Reformen und Erneuerung sowohl in der Gewerkschaft wie in der Gesellschaft gefordert hat. Die Entwicklung von Marktverhältnissen wurde unterstützt, jedoch nur unter der Kontrolle der Gesellschaft. Weiters wurde eine aktive Arbeitsmarktpolitik und die Einführung des Arbeitslosengeldes verlangt. Die Lohn- und Gehaltsvereinbarungen sollen auf Grund einer Interessensabstimmung festgesetzt werden. Dieser Aufruf betonte auch die Notwendigkeit eines Gesetzes für die Gewerkschaften. Festgestellt wurde, dass die Gewerkschaft nicht nur mehr Demokratie benötigt, sondern auch Funktionäre, die offen für die Interessen der Mitglieder auftreten. „Die Entscheidungsvorbereitung wie auch deren Beschluss soll öffentlich sein. In dem gewerkschaftlichen Apparat sollen Fachleute mit grundiertem Wissen anstelle von Apparatschiks arbeiten“.⁸³ Mit dem Aufruf wurde eine vielschichtige Diskussion ausgelöst. Die Bewegung ist damit an einem Scheideweg angelangt.

⁸² Sándor Nagy, 1946 in Ost-Ungarn geboren. Seine Eltern waren bereits Mitglieder der MSZMP. Nach der Matura in Debrecen studiert er Volkswirtschaft an der Karl Marx Universität in Budapest. Noch während des Studiums tritt er der MSZP bei. Ab 1980 wird er Mitglied des Nationalrates. Seine Funktionärstätigkeit in der Gewerkschaft beginnt im Jahr 1984 als SZOT Sekretär. Im Jahr 1988 wird er Mitglied des Zentral Komitees der MSZMP und Generalsekretär des SZOT. Bei der Neugestaltung des SZOT kommt es zu Spannungen mit der Partei, deshalb ersucht er um die Enthebung von seiner Parteifunktion. Nach der Neugründung der Partei tritt er zuerst nicht bei, weil er damit die Unabhängigkeit der Gewerkschaft von der Partei symbolisieren wollte. Unter seiner MSZOSZ- Präsidentschaft wird das strenge Budget der ersten MSZP Regierung nach der Wende, jedoch unter Protesten, beschlossen. Das Gesetz über die Privatisierung war er nicht mehr bereit mitzutragen und legte deshalb seine Funktionen sowohl in der Partei, wie auch in MSZOSZ 1995 zurück.

⁸³ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 132.

Um hier entgegen zu steuern hat Sándor Nagy den landesweiten Kongress des SZOT für den 2. Dezember 1988 einberufen. Dieser Kongress hat eine Bestandsaufnahme gemacht und die zukünftige Arbeit der Interessensvertretung wurde thematisiert. Es wurde festgestellt, dass ein Scheitern der Gewerkschaftsbewegung als unausweichliche Folge des vier jahrzehntelangen Festhaltens an der von der Partei aufoktroyierten, doppelten Funktion war. Deshalb wurden sowohl der Idee des „demokratischen Zentralismus“, wie auch der Verfolgung der doppelten Funktion eine Absage erteilt. Damit wurde das leninistische-poststalinistische Gewerkschaftskonzept aufgekündigt. Proklamiert wurde die Unabhängigkeit von den Parteien und weiters ist die Erarbeitung neuer Regelungen im Verhältnis zum Staatsapparat beschlossen worden. Ein Vorschlag wurde über die Grundsätze eines neuen Verbandes der Arbeitnehmervertretung sowie über die unmittelbaren Aufgaben angenommen.

Im Rahmen des Kongresses fand hier, unter dem Druck der veränderten Machtverhältnisse, ein von „oben“ eingeleiteter Reorganisationsprozess statt, an dem die Mitgliedschaft keinen aktiven Anteil nahm. Die internen Strukturen wurden formell demokratisiert, ein Teil des Führungspersonals wurde ausgewechselt und die Programmatik den neuen Verhältnissen angepasst. Jedoch all diese Maßnahmen sind zu spät gekommen.

Nach dem Abschlussdokument ist die zukünftige Gewerkschaft eine interessensvertretende, interessensverteidigende Organisation, die kein Teilhaber der Macht ist und auch nicht bereit ist, den politischen Willen weder des Staates noch einer Partei zu vermitteln. Deshalb trägt sie weder für die Regierung noch für die Partei eine Verantwortung über deren Entscheidungen.⁸⁴

Die Gewerkschaften soll man nicht von oben umorganisieren, sondern man soll den Mitgliedern die Möglichkeit zur Selbstorganisation geben. Die Feststellungen dieses Kongresses zeigten zwar in die richtige Richtung, jedoch haben in dieser Zeit die Umwälzungen innerhalb der Gesellschaft die bisherigen Verhältnisse bereits überschritten.

⁸⁴ vgl. Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 133.

Nach dem Landeskongress fanden die vorgezogenen Kongresse der Fach- und Bereichsgewerkschaften statt. Bei den meisten von ihnen, wirklich von „unten“ initiiert, wurde die bisherige Gewerkschaftsstruktur geändert. Neue Bündnisse sind entstanden bzw. mehrere Fachgewerkschaften haben die Unabhängigkeit gewählt. Es war nicht mehr möglich das versteinerte Institut SZOT aufrechtzuerhalten. Damit wurde eine Rückkehr zu den Traditionen der früheren Ungarischen Gewerkschaftsbewegung eingeleitet.⁸⁵

Nach der TDDSZ sind der Reihe nach mehrere kleinere intellektuelle Gewerkschaften entstanden. Die haben am 19. Dez. 1988 eine gemeinsame Plattform unter der Bezeichnung: Független Szakszervezetek Demokratikus Ligája – LIGA (Demokratische Liga der Unabhängigen Gewerkschaften), gegründet.

Im Laufe des Jahres 1989 haben Gruppen von Arbeitern und Angestellten ebenfalls unabhängige Gewerkschaften auf Betriebsebenen gegründet und sich der Liga angeschlossen.

Zweck der Plattform war, den einzelnen, unabhängigen, gewerkschaftlichen Organisationen ein Forum zu geben, um einander zu unterstützen und die gemeinsamen Ziele vereint zu vertreten. Die Liga ist parteineutral und den unabhängigen Einzelgewerkschaften untergeordnet. Die Unabhängigkeit der Mitgliedsorganisationen und die Freiwilligkeit zur Zusammenarbeit stehen bei ihr im Vordergrund. Die Liga wurde maßgeblich von einer sozial-liberalen Gruppe geformt, die sich dem Systemwechsel verschrieben hat. Gewünscht war ein von unten aufgebauter demokratischer Verband und der hat sich gegen den SZOT und seine Bürokratie gestellt.

Am 25. Februar 1989 wurde eine Konferenz unter dem Namen „Arbeitersolidarität 89“ einberufen. Ziel der Organisatoren war eine „blue collar“, eine Gewerkschaft der Arbeiter, ins Leben zu rufen. Auf ihrem Flugblatt war zu lesen: „Wir können von

⁸⁵ vgl. Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 133.

niemandem erwarten, dass er uns gegenüber der Macht vertritt, dies müssen wir für uns selbst tun“.⁸⁶

Der erste Arbeiterrat (Munkástanács) wurde im August 1989 in den Porzellanwerken Herend gegründet. In der Folge entstanden solche in zahlreichen Betrieben im gesamten Land. Ursprünglich haben sie ihr Wirken nicht als Gewerkschaft vorgestellt, sondern als eine neue gesellschaftliche Bewegung, die den Arbeitern eine Alternative bietet (Arbeiterbesitz mit Selbstverwaltung). Diese Gruppierungen wurden mit Hilfe von politischen Organisationen (MDF, 1956 Bewegung, Soz.Dem.) zusammengefasst und unter dem Namen: „Munkástanácsok Országos Szövetsége“ - MOSZ, (Landesverband der Arbeiterräte) am 14. Juli 1989 vereint.

Ab Herbst 1988 haben auch die Mitarbeiter der Forschung und des Universitätsbereiches begonnen, die Möglichkeit einer markanteren, den Interessen der Angestellten angepassten, gewerkschaftlichen Verbandsgründung auszuloten. Am Ende der Verhandlungen am 20. September 1989 wurde die „Értelmiségi Szakszervezeti Tömörülés“ - ÉSZT, (Interessensverband der Intellektuellen) gegründet. Nach eigener Deklaration ist dies eine gewerkschaftliche Vereinigung derjenigen, die „geistige Arbeit“ verrichten.⁸⁷

Ende des Jahres 1989 sind einige Gruppen mit den Chemie-Arbeitern in einen lockeren Verband getreten und so haben sie gemeinsam die „Autonóm Szakszervezeti Szövetség“ - ASZSZ (Konföderation Autonomer Gewerkschaften) gegründet, denen sich später auch einige aus dem SZOT ausgetretene Teilgewerkschaften angeschlossen haben.

Viele haben nicht erkannt, oder wollten nicht erkennen, dass inzwischen auch innerhalb der SZOT-Führung ein ehrlicher Wunsch nach Erneuerung entstanden ist. In diesem Sinne fand der XXVI Kongress des SZOT am 2. März 1990 statt. Das Eröffnungsreferat wurde von Sándor Nagy gehalten. In seinen Ausführungen hat er zuerst an die 100 jährige Tradition der ungarischen Gewerkschaften mit ihren Errungenschaften erinnert.

⁸⁶ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 134.

⁸⁷ Die neu formierten Interessensvertretungen ÉSZT und ASZSZ wurden vorerst als Teilorganisation des SZOT gegründet und bildeten erst nach der Gründung des MSZOSZ eigene Konföderationen.

Anschließend wurde von ihm die Notwendigkeit einer starken Interessensvertretung in den Zeiten der Umwälzungen unterstrichen. „In der zukünftigen Gesellschaft wird die Demokratie als Voraussetzung für jeden einen hohen Wert haben, wenn diese gleichzeitig mit Solidarität, Selbstbestimmung, Gleichwertigkeit und Unabhängigkeit verbunden ist“. Erneut hat Nagy auch auf die Notwendigkeit der Änderung der Wirtschaftsmechanismen hingewiesen, um eine neue Marktwirtschaft einführen zu können. Gleichzeitig wurde von ihm betont, dass „wenn die Machtinnehabenden oder die an die Macht Strebenden eine Umwandlung herbeiführen wollen, die zur Verarmung der Massen führt, dies abgelehnt wird“.⁸⁸ Bestätigt wurde auch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den neuen Konföderationen.

Als Zeichen der Erneuerung und Trennung von der Vergangenheit wurde der SZOT am Ende des Kongresses aufgelöst und unter dem neuen Namen: „Magyar Szakszervezetek Országos Szövetsége“ MSZOSZ, (Landesverband der Ungarischen Gewerkschaften, weitere, häufig verwendete, Selbstbezeichnung: Ungarischer Gewerkschaftsbund) mit neuen Gründungsgrundsätzen aus der Taufe gehoben. Vom Kongress wurde auch die neue Führung gewählt. Sándor Nagy wurde als Präsident und Sándor László und Andrea Szegő als Vizepräsidenten bestellt.

Gerade wegen der Umwälzungen ist eine heterogene Gewerkschaftslandschaft entstanden, wobei auch die Besitzverhältnisse geklärt werden mussten. Festgelegt wurde, daß „der Gewerkschaftsbesitz eigentlich ein Besitz der Mitglieder ist und der bisher extra geführte SZOT Immobilienbesitz musste ebenfalls an die die Mitarbeiter vertretenden Organisationen zurückgegeben werden, vorausgesetzt, dass sie bis zum Beginn des Kongresses bereits eine offizielle Vereinseintragung durchgeführt haben.

Manche Teilgewerkschaften haben am letzten SZOT Kongress nicht einmal mehr teilgenommen und gründeten früher schon selbst eine eigene Dachorganisation unter der Bezeichnung: „Szakszervezetek Együttműködési Fóruma“ - SZEZ (Forum der Gewerkschaftlichen Zusammenarbeit). Andere wiederum wollten das Gründungsdokument des MSZOSZ nicht unterschreiben und sind deshalb aus dem

⁸⁸ Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998, Seite 135.

Landesbund ausgetreten. Einige von ihnen, die sich nach der Gründung des MSZOSZ als Dachorganisation nicht angeschlossen haben, haben ebenfalls zwei Dachorganisationen nämlich, „Autonóm Szakszervezeti Szövetség“ - ASZSZ (Konföderation Autonomer Gewerkschaften) und „Értelmiségi Szakszervezeti Tömörülés“ - ÉSZT (Gewerkschaftliche Vereinigung der Intelligenz), gegründet:

Die einzelnen Konföderationen

In den vorherigen Unterkapiteln wurde die Gründung der Dachorganisationen in zeitlicher Reihenfolge beschrieben. Um das Bild zu vervollständigen, müssen sie jetzt einzeln vorgestellt werden.

MSZOSZ - Landesverband der Ungarischen Gewerkschaften

Der neu gewählte Präsident, Sándor Nagy, hat mit einem neuen Anlauf versucht, die gewerkschaftliche Einheit zu bewahren. Jedoch das Misstrauen der einzelnen Branchengewerkschaften gegenüber dem zentralistisch abgestempelten SZOT hat bereits zur Bildung von neuen Bündnissen geführt. (Nicht unwesentlich war dabei die negative Stimmungsmache der neu formierten Opposition, die den SZOT weiterhin als verlängerten Arm der Staatspartei, MSZP, betrachtete.) In dieser Situation dauerten die Vorbereitungen des XXVI. SZOT Kongresses viel zu lange, um die Risse zu kitten und die Abspaltung zu verhindern. Der Kongress fand letztlich zwischen 2. und 3. März 1990 statt. Am Ende des Kongresses wurde der SZOT unter dem Namen MSZOSZ neu gegründet.⁸⁹ Warum das Abschlussdokument nicht von allen Teilnehmern unterschrieben wurde, kann auf zwei Gründe zurückgeführt werden. Je nach Sichtweise werden die Gründe darin gesucht, daß die Organisation nicht entsprechend berücksichtigt wurde, bzw. ihre Proponenten nicht die erhofften Positionen in der Dachorganisation zugeteilt bekommen haben. So haben die Gewerkschaftsvertreter einiger Branchen die Sitzung verlassen und haben nacheinander eigene Dachorganisationen gegründet (ASZSZ und ÉSZT).

Der MSZOSZ ist vorwiegend ein Verband der innerhalb der marktwirtschaftlichen Sphäre arbeitenden Gewerkschaften. Jedoch befinden sich in dieser Dachorganisation auch

⁸⁹ Rainer Deppe, Rainer Girndt: Transformationspolitik und Gewerkschaften in Ungarn. Gewerkschaftliche Monatshefte der Friedrich Ebert Stiftung Nr. 46/1995, Seite 256.

Gewerkschaften, deren Mitglieder in der öffentlichen Verwaltung bzw. im Unterrichtsbereich tätig sind.

Der Verband verbindet die unabhängigen Gewerkschaften der Fach- Bereichs- oder Industriebranchen. Der organisatorische Aufbau erfolgt schwerpunktmäßig nach Branchen, aber es wurden auch regionale Organisationen geschaffen. Die Teilgewerkschaften haben in ihren Reihen außer den aktiven Arbeitnehmern auch Lehrlinge, Arbeitslose und Pensionisten. Die Organisation erstreckt sich auf das gesamte Landesgebiet. Nach den Reformen ist der MSZOSZ offen in Richtung seiner Mitglieder und dient als Solidargemeinschaft, welche die einzelnen Branchen miteinander verbindet. Um die speziellen Interessen der einzelnen Schichten zu vertreten, wurden innerhalb des Rahmens vom MSZOSZ branchenübergreifende Verbindungen geschaffen: Es sind die koordinierenden Organisationen für die Vertretung der Frauen-, Pensionisten- und Jugendlicheninteressen.

Die Ziele der Interessensvertretung sind unter anderem: Sicherung des ausbildungsentsprechenden Arbeitsplatzes, Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Gleichberechtigung und damit Chancengleichheit für Frauen, Sicherung der Pensionen usw. Besonders Wert gelegt wurde auf den kollektivvertragsmäßigen Schutz der Arbeitnehmer, wie auf die Einhaltung des Arbeitsgesetzes.

Im MSZOSZ sind 38 Gewerkschaften vertreten. Das wichtigste Entscheidungsorgan ist der Kongress, der alle vier Jahre einberufen wird. In der Zwischenzeit wird die Leitung vom höchsten Vertretungskörper, sprich dem Verbandsrat, wahrgenommen. Exekutivorgan des Verbandes ist das Präsidium.

Noch als SZOT ist die Konföderation zur MSZMP auf Distanz gegangen, sie hat jedoch ab 1990 ein Kooperationsabkommen mit der Nachfolgepartei MSZP vereinbart.

Der MSZOSZ konnte von den oppositionellen Parteien nur mit der „Magyar Szociál Demokrata Párt“ - MSZDP⁹⁰ (Ungarische Sozialdemokratische Partei) Kontakte ausbauen.

⁹⁰ Nachdem die Partei SZDSZ die sozialdemokratische Haltung aufgegeben hat und die Kontakte zur internationalen Liberalen suchte, war die neu formierte MSZDP nicht in der Lage diese leer gewordene Position einzunehmen. Die

Bevor diese frühere traditionelle Partei endgültig von der politischen Bühne verschwand, spielte sie für kurze Zeit eine ziemlich unbedeutende Rolle und dadurch konnte sie dem MSZOSZ kaum eine Verstärkung bringen.

ÉSzt - Gewerkschaftliche Vereinigung der Intelligenz

Im Jahr 1989, noch vor dem SZOT Kongress, haben die Mitarbeiter der wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen gemeinsam mit dem Lehrpersonal der höheren Bildungsinstitute die „Értelmiségi Szakszervezeti Tömörülés“ - ÉSZT, (Gewerkschaftliche Vereinigung der Intelligenz) gegründet. Einer der Gründungsmitglieder war die Gewerkschaft der Wissenschaftlichen und Innovativen Mitarbeiter - TUDOSZ, (Tudományos és Innovációs Dolgozók Szakszervezete). Diese Gewerkschaft wurde von Mitarbeitern im Juli 1988 gegründet, welche sich bei der Gründung der „Demokratische Gewerkschaft der Wissenschaftlichen Mitarbeiter“ – TDDSZ (Tudományos Dolgozók Demokratikus Szakszervezete) im Mai 1988 nicht angeschlossen haben.

Die Abspaltung der Konföderationen ASZSZ, SZEf und ÉSZT von der MSZOSZ wurde von László Andor⁹¹ als ein Versuch gewertet, „dem politischen Vermächtnis vergangener Zeiten zu entfliehen, obwohl diese Vorgangsweise nur beschränkten Erfolg haben konnte“.⁹² Mag wohl diese Wertung für die ersten Jahre zugetroffen haben, gelang es jedoch diesen Konföderationen, sich mit der Zeit zu behaupten. Durchaus verständlich, dass diese Dachorganisationen aus Gründen der Unabhängigkeitsbestrebungen in der ersten Periode ihres Wirkens keine offiziellen Verbindungen zur Sozialistischen Partei (MSZP) und zum MSZOSZ gehalten hatten.

langjährigen, sozialdemokratischen Traditionen waren bereits im Gedächtnis der Bevölkerung zu sehr mit der kommunistischen Handlungsweise der Nachkriegszeit vermischt. Deshalb war es unmöglich, während der Wende eine linke Oppositionsrolle einzunehmen. Erst als die Folgen der Privatisierungen die breite Bevölkerung getroffen haben, konnte sich die MSZP, angeführt durch Gyula Horn, erfolgreich in diesem Segment positionieren.

⁹¹ László Andor ist Ökonom und arbeitet im Fachbereich Politische Wissenschaft an der Budapester Universität für Wirtschaftswissenschaften.

⁹² László Andor: Niedergang in Etappen. In Ost-West Informationen, Gewerkschaften im Osten zwischen Reform und Opposition, Vierteljahresschrift Nr. 2/96 Juli 1996, 8. Jg. Seite 11.

SZEF - Forum der Gewerkschaftlichen Zusammenarbeit

Erst am Ende des SZOT Kongresses am 3. März 1990 ist klar geworden, dass bei der anschließenden Gründung des MSZOSZ als Dachorganisation die Gewerkschaft des Gesundheitswesens, die Gewerkschaft der Pädagogen und die Gewerkschaft der öffentlichen Verwaltung nicht bereit waren, sich diesem anzuschließen und gründeten ebenfalls ein eigenes Forum für die Zusammenarbeit: SZEF (Szakszervezetek Együttműködési Fóruma) Diese Vereinigung war zuerst als ein „lockerer“ Aktionsverband gedacht mit dem Ziel, den im Verband erfassten Teilorganisationen ein Forum für regelmäßige Konsultationen zu bieten um eventuelle Aktionen miteinander abzustimmen. In erster Linie war dies eine Verbandsvereinigung der Bundes- und Landesangestellten des öffentlichen Dienstes.

Diese Vereinigung fand in kurzer Zeit bei den Angestellten im öffentlichen Dienst eine breite Zustimmung. Nachdem sich die allgemeine Situation im öffentlichen Dienst ständig verschlechterte, reichte die Konsultationsform der Zusammenarbeit für die einzelnen Gewerkschaften nicht mehr aus, um hier effektiv entgegen zu wirken. Aus diesem Grund wurde anlässlich des ersten Kongresses des SZEF am 4. Mai 1995 die Gründung einer Konföderation beschlossen. Bei den seither alle 4 Jahre abgehaltenen Kongressen wurde die eingeschlagene Richtlinie der Organisation weiter bestätigt. Demnach ist der SZEF im Interesse der Mitarbeiter des allgemeinen „gehobenen“ Dienstes jederzeit zur Konsultation mit jeder Partei und anderen Organisationen bereit, jedoch eine Verpflichtung darf daraus nicht abgeleitet werden. Zwischen den Kongressen werden die Entscheidungen vom Verbandsrat getroffen, der zweimal im Jahr seine Sitzungen abhält.

In der Dachorganisation sind 32 Teilorganisationen erfasst worden, die nach Eigenangaben 257.000 Mitglieder vertreten. Die Angaben über Mitgliederzahlen sind sehr abweichend und müssen deshalb mit Vorsicht betrachtet werden. (Die widersprüchigen Mitgliederzahlen werden im Anhang Nr. 24 dargestellt).

Die Formulierung von Rainer Girndt⁹³ zur Entscheidung eines eigenen Weges als Dachorganisation dürfte zutreffen, nämlich „Die Gründung von SZEF und ÉSZT erfolgte

⁹³ Rainer Girndt ist Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler und er war von 1991 bis 1999 Leiter des Projekts „Gewerkschaftliche Kooperation und Arbeitsbeziehungen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ungarn“. Siehe E-Mail Informationen, dokumentiert im „Quellen- und Literaturverzeichnis“ im Abschnitt D unter E/4. Girndt Rainer FES (Frage 1.)

als Reaktion auf das Verhalten des SZOT, das sich sehr deutlich am traditionellen Facharbeiterideal orientierte und der Interessensvertretung von ArbeitnehmerInnen im Wissenschaftsbereich und von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes nicht genügend Beachtung schenkte“.⁹⁴

ASZSZ - Konföderation Autonomer Gewerkschaften

Die Gewerkschaft der Chemiewerker war seit Jahrzehnten innerhalb vom SZOT organisiert. Auch intern in dieser Organisation der Chemiebranche ist eine Diskussion über die Orientierung entstanden. Nach zwei Kongressen ist klar geworden, dass die Einheit dieser Organisation auch nicht bewahrt werden kann. So wurde die ASZSZ (Autonome Gewerkschaft) gegründet und sie war ähnlich wie die SZEF bis zur Gründung des MSZOSZ innerhalb vom SZOT organisiert. Erst nach dessen Gründung wurde die Abspaltung vollzogen und die eigene Konföderation aus der Taufe geholt. Mit der Zeit wurde die ASZSZ auch immer stärker eine Heimat für die öffentlich Bediensteten des allgemeinen Versorgungsdienstes. (Post, Verkehr usw.).

LIGA - Demokratische Liga der Unabhängigen Gewerkschaften

Noch im Mai 1988 wurde die TDDSZ (Demokratische Gewerkschaft der Wissenschaftlichen Mitarbeiter) gegründet. Sie war auch eine der Mitbegründer der im Dezember 1988 gegründeten „Demokratischen Liga der Unabhängigen Gewerkschaften (in der Folge: Liga). Die weiteren zwei Gründungsmitglieder waren: MODESZ - Mozgókép Demokratikus Szakszervezet (Demokratische Gewerkschaft der Filmschaffenden), PDSZ - Pedagógusok Demokratikus Szakszervezete (Demokratische Gewerkschaft der Pädagogen)

Die Liga war die erste Dachorganisation, die außerhalb und gegen den SZOT gegründet wurde. Bei der Gründung hat die sozialliberale intellektuelle Gruppe innerhalb des SZDSZ

⁹⁴ Rainer Girndt: Vielfalt statt Einheit, in Ost-West Informationen, Gewerkschaften im Osten zwischen Reform und Opposition, Vierteljahresschrift Nr. 2/96, Juli 1996, 8.Jg. Seite 15.

(Verband der Freien Demokraten) eine wesentliche Rolle gespielt, die sich auch zur selben Zeit als demokratische Opposition formierte.

Die Gründung von politischen Parteien war noch verboten, jedoch eine Gewerkschaft außerhalb vom SZOT wurde im April 1988 von dem Zentralkomitee zugelassen. Neben dem verpflichtenden Ziel, nämlich dem politischen Systemwechsel, kann die Gründung der Liga am 19. Dez. 1988 als ein Versuch gewertet werden, im Rahmen des alten Systems eine, in dessen Strukturen nicht passende Organisation, zu schaffen. In ihrer Gründungszeit wurden die unabhängigen Gewerkschaften laut EGB-ETUC (European Trade Union Confederation) Bewertung als eine „aktiven politischen Druck ausübende Intellektuelle Gruppe“ charakterisiert.⁹⁵ Nach dem von der Übergangsregierung⁹⁶ verabschiedeten Vereinsgesetz (1989) sahen die neu formierten Parteien durch Gründung der alternativen Gewerkschaften die Chance, ihr Wählerpotential aus der Arbeitswelt zu vergrößern.

Laut László Bruszt (Gründungsmitglied und in späterer Folge Sprecher der Liga), „war der Kampf für die unabhängigen Gewerkschaften gleichzeitig auch ein Kampf für die Demokratie, deshalb waren die oppositionellen Parteien unsere natürlichen Verbündeten“.⁹⁷

Im Zeitraum Ende 1988 bis Anfang 1989 stand für die Liga die Verabschiedung eines für die Arbeitnehmer annehmbaren Streikgesetzes (Gesetz Nr. VII/1989) im Mittelpunkt. Anschließend war die Liga besonders an zwei Zielen interessiert. Zuerst an der finanziellen Absicherung durch Aufteilung des SZOT Besitzes und weiters, da sich die Liga selbst in Schwierigkeiten befand, in den Betrieben Organisationen auszubauen. Deshalb war die Forderung denkbar logisch, nämlich die bereits dort etablierten SZOT Nachfolge-Gewerkschaften per Gesetz hinauszudrängen. Allein aus diesen Gründen war eine Zusammenarbeit erschwert und nur partiell möglich.

⁹⁵ Vgl. László Kozák: Liga - Szakszervezet történelem (Die Geschichte der Liga) S. 45.

⁹⁶ Die noch von der MSZMP gestellte Regierung wurde unter Németh Miklós in der Folge in eine Experten-Regierung umgewandelt.

⁹⁷ Vgl. László Kozák: Liga - Szakszervezet történelem (Die Geschichte der Liga) S. 52.

Am Anfang der 90-er Jahre verfügte die Liga jährlich etwa über 30 Millionen Forint. Ein Grossteil dieser Gelder wurde von der amerikanischen AFL-CIO Gewerkschaft gespendet, die wiederum aus der vom Kongress verabschiedeten „Democracy Foundation“ genehmigt wurden. Dem ist zu danken, dass die Liga in der Lage war, bereits im Jahr 1993 eine Zentrale mit 26 Mitarbeitern zu errichten.

Die Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge haben sich dagegen in Grenzen gehalten. Sie betrugen z.B. im Jahr 1991 knapp über 2 Millionen Forint. Laut Angaben von László Kozák (Leiter des Liga Bildungsinstitutes) haben etwa von den zweihundert Teilorganisationen 62 überhaupt nichts und ca. genauso viele nur eine symbolische Summe an die Konföderation überwiesen.⁹⁸

Erst nach der Verabschiedung des Gesetzes durch das Parlament betreffend der Wahlen der Selbstverwaltungskörper wurde der Steigerung der Mitgliederzahlen mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Die Ergebnisse der Wahlen von 1993 (Krankenversicherung 13,1% und Pensionsversicherung 10,1%) haben gezeigt, dass der Anteil der Sympathisanten weit über der Anzahl der Mitglieder liegt.

Die Erfolge der Liga bei der Betriebsrats- und den Personalvertretungswahlen des öffentlichen Dienstes im Jahr 1993 waren wesentlich bescheidener (5,66% bzw. 4,9%). Die zwei Jahre später erfolgten Wahlen haben nur eine kleine Steigerung (6,99%) gebracht. Damit konnten die für die Mandaterreichung im öffentlichen Dienst notwendigen 10 % der Stimmen nicht erreicht werden.

In der Liga sind mehrere Berufsorganisationen, wie Verkehr, Bildung, Fremdenverkehr, Energie- und Gesundheitswesen vertreten. Jedoch unter den 16 Branchen sind auch Organisationen der Eisen- und Metall-, sowie der Bau- und Lebensmittelindustrie zu finden. Die Komitee werden durch 22 regionale Organisationen erfasst. Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass die Mehrheit der Branchen dabei kaum einige Hundert Mitglieder aufzuweisen hat! (siehe Anhang, die Tabellen 14. 18 u.22)

⁹⁸ E-Mail Informationen, dokumentiert im „Quellen- und Literaturverzeichnis“ im Abschnitt D unter E/2/1. Kozák László, Liga.

MOSZ - Landesverband der Arbeiterräte

In der Umbruchszeit 1989 entstand eine Bewegung, die an die Arbeiterräte der Revolution von 1956 anknüpfte. Damals dachte man noch nicht an Privatisierungen der Betriebe, sondern an die Übernahme der Betriebsführungen durch die Arbeiter. Für diese Art der Betriebsführung stand Jugoslawien⁹⁹ während der Revolution 1956 als beispielgebend. Die am Ende der 70-er Jahre in Polen entstandene parteiunabhängige Solidarnosc als Arbeitnehmervertretung hat dazu maßgeblich beigetragen, dass diese Idee weiterhin am Leben erhalten werden konnte.

Der Plan, wonach die Arbeiter die Eigentümer der Betriebe werden sollten, konterkarierte die herrschenden Privatisierungsabsichten des Jahres 1989. Zur Verwirklichung dieser Ziele wäre natürlich eine Reform des Staatseigentums durch Demokratisierung und Dezentralisierung notwendig gewesen. Innerhalb dieser Bewegung gab es auch eine Strömung, die nicht die Eigentumsverhältnisse in Frage stellen wollte, sondern die Interessensvertretung der Arbeiter anstelle der bisherigen „kommunistischen“ Gewerkschafter durch betriebsinterne Räte ersetzen wollte. Nach der Wahl von 1990, die den Sieg und damit auch die Regierungsbeteiligung des Ungarischen Demokratischen Forums (MDF) brachte, zog Imre Palkovics (Präsident der Arbeiterräte) als Mandatar des MDF ins Ungarische Parlament ein. Um die Vorteile der Bindung zur größten regierenden Partei zu nützen, wurde die Idee der Arbeiterselbstverwaltung aufgegeben. Eine kleine Gruppe hat in diesem Zusammenhang die Bewegung aus Gründen der Enttäuschung verlassen, welche in der Folge unbedeutend blieb.

Innerhalb vom MOSZ besitzt jede Teilorganisation ein Mandat. (Derzeit gibt es etwa 100 Mandate). Es gab auch hier Überlegungen eine Gewichtung einzuführen, diese wurden jedoch verworfen. Demnach erfolgt die Entscheidungsfindung innerhalb der Konföderation durch gleich gewichtete Abstimmungen.

⁹⁹ Die Annäherung zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien in der Mitte der 50-er Jahre hat auch die Beziehung Ungarns zu seinem südlichen Nachbarn positiv beeinflusst, wodurch in Ungarn auch das Arbeiterrätesystem bekannt geworden ist

Der administrative Aufwand wird, wie bei allen Konföderationen, bedingt durch die bescheidenen Finanzierungsmöglichkeiten, sehr niedrig gehalten. Diese Dachorganisation besteht inklusive Präsident aus 11 Personen, wobei die einzelnen Gremiumsmitglieder gleichzeitig Betriebsräte sein müssen. (Bei Bedarf werden in einzelnen Fällen, je nach Möglichkeit, externe Spezialisten herangezogen). Bei den Teilorganisationen hängt es von deren Größen ab, ob sie sich einen freigestellten Obmann leisten können.¹⁰⁰

Der Mitgliedsbeitrag beträgt bei den Teilorganisationen im Allgemeinen 1% des Bruttolohnes. Ein Zehntel davon wird an die Dachorganisation weitergeleitet!

Den Arbeiterräten wird die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei untersagt. Nach Eigendefinition wird diese Konföderation als „christliche, soziale Gewerkschaft“¹⁰¹ bezeichnet. (Vizepräsident Imre Nagy).

¹⁰⁰ E-Mail Informationen, dokumentiert im „Quellen- und Literaturverzeichnis“ im Abschnitt D unter E/3/2. Nagy Imre, MOSZ.

¹⁰¹ E-Mail Informationen, dokumentiert im „Quellen- und Literaturverzeichnis“ im Abschnitt D unter E/4 Girndt Rainer, FES. (F. 3.)

Kapitel 3

Arbeitnehmervertretungen nach der „Wende“

Die politische, gesellschaftliche Entwicklung nach der „Wende“

Nach der ersten freien Wahl im Jahr 1990 hat sich die neue Regierung konstituiert und gleich eine Hetzkampagne gegen den SZOT gestartet. Zweck dieser Aktion war, die noch beim SZOT verbliebenen Bereichsgewerkschaften zu schwächen, die nach dem Systemwechsel als Hindernis bei den unkontrollierten Privatisierungen im Wege standen. Hier sei vermerkt, dass sowohl das MDF Magyar Demokrata Forum (Forum der Ungarischen Demokraten) wie auch der SZDSZ Szabad Demokraták Szövetsége (Verband der Freien Demokraten), am Anfang die gewerkschaftliche Konföderation „Liga“ unterstützt haben, später jedoch zu ihr auf Distanz gegangen sind.

In der Folge hat die Antall Regierung ihre gegenüber MSZOSZ unverhüllte feindliche Haltung weiter gesteigert. Nur die oppositionelle MSZP-Fraktion hat im Parlament versucht, diesen Regierungsbestrebungen gegenüber der MSZOSZ Arbeitnehmerinteressen energisch entgegen zu treten. Diese Zusammenarbeit der sozialistischen Organisationen wurde auch dadurch symbolisiert, dass László Pasztornak, Obmann der Metallergewerkschaft, über eine MSZP Landesliste ins Parlament (1990-94) gewählt wurde. Gemäß dieser Bindung ist zu verstehen, dass die MSZP – Fraktion den Sitzungssaal bei der Abstimmung zum Gesetz XXVII/1991 über die verpflichtende Offenlegung des Gewerkschaftsbesitzes verlassen hat. Der Druck Seitens der Regierung hörte nicht auf. So ist die Verabschiedung des Gesetzes XXIX/1992 betreffend einer Deklaration über die Freiwilligkeit der Arbeitnehmer, Mitgliedsbeiträge zu zahlen, zu betrachten. Mit diesem Gesetz wurde die Praxis in Frage gestellt, wonach der Arbeitgeber den Mitgliedsbeitrag zur Gewerkschaft direkt vom Lohn des Arbeitnehmers abzieht. Demnach durfte der Arbeitgeber den Mitgliedsbeitrag vom Lohn nur dann einheben, wenn der Arbeitnehmer seinen Arbeitgeber durch eine schriftliche Einverständniserklärung dazu bevollmächtigt hat. Erst bei der Vollziehung des Gesetzes ist klar geworden, dass der Vorwurf der „Zwangsmitgliedschaft“ beim MSZOSZ nur eine politische Behauptung war, nachdem etwa 2 Millionen Arbeitnehmer diese Erklärung abgegeben haben. Damit wurde bewiesen, dass den

populistischen Aktionen der Regierung, den MSZOSZ mit Hilfe der Arbeitnehmer politisch in den Hintergrund zu drängen, eine Absage erteilt wurde.

Noch im Jahr 1992 wurde beschlossen, dass die Ergebnisse der Wahlen zum Selbstverwaltungskörper auch als Basis bei der Aufteilung des bis dahin strittigen ehemaligen SZOT Gewerkschaftsbesitzes dienen sollen. Jedoch noch vor der Wahl mussten noch eine Reihe von Fragen geklärt werden, ob alle Erwachsenen oder nur die Arbeitnehmer wahlberechtigt seien und die Wahlkreise sich nach geographischem Wohnsitz oder nach den Arbeitstätten richten sollen. Ebenfalls wurde vom Parlament das „Gesetzbuch der Arbeit“ (Gesetz XXII/1992 siehe im Anhang unter Information C) verabschiedet, in dem auch die Rechte der Betriebsräte festgelegt und erweitert wurden.

Die Beschlüsse der Regierung ließen erahnen, dass sie gegen die Interessen aller Gewerkschaften Stellung bezogen haben. Sowohl die neuen Gewerkschaften, wie der erneuerte MSZOSZ, sahen sich dadurch gezwungen untereinander eine Vereinbarung abzuschließen. Demnach wurde der SZOT Besitz am 10. September 1992 unter den sechs Dachorganisationen folgendermaßen aufgeteilt: MSZOSZ 43%, Liga und MOSZ gemeinsam 32% und ÉSZT, SZEF und die Autonomen 21%.¹⁰²

Die Regierung hat nach dem gemeinsamen Auftritt der Gewerkschaften die Aufteilung am 21. November 1992 angenommen und dies im Gesetz XIII/1993 im Parlament verabschiedet. Die Selbstverwaltungs- und Personalvertretungswahlen wurden für 21. Mai 1993 ausgeschrieben. (Es gibt bei der Benennung in Ungarn nicht die in Österreich übliche Unterscheidung zwischen Betriebsratswahl oder Personalvertretungswahl.) Durch die Ergebnisse von 1993 wurde der Beweis des Vertrauens der Arbeitnehmer zum MSZOSZ eindeutig erbracht. Demnach konnte er bei der Krankenversicherung 45,22% und bei der Pensionsversicherung 50,1% der Stimmen für sich verbuchen. (tabellarische Erfassung siehe im Unterkapitel; Die Beziehung der Dachorganisationen untereinander, Seite 97) Die Ergebnisse dieser Wahlen dienten zur Korrektur und führten zum endgültigen Abschluss der gewerkschaftlichen Besitzaufteilung.

¹⁰² Nachdem sich die Aufteilung und Zuordnung von Immobilien (Erholungsheimen) der Teilorganisationen für problematisch erwiesen hat, wurden sie in eine „Stiftung der Nationalen Erholungsheime“ überführt. Der Stiftungsrat besteht aus den 6 Vertretern der einzelnen Dachorganisationen und zusätzlich aus 6 Delegierten der Regierung.

Um bei der nächsten Wahl erfolgreich antreten zu können wurde ein Wahlbündnis zwischen MSZOSZ und MSZP getroffen. In der Folge führte die im Jahr 1994 stattgefundene Parlamentswahl zum Regierungswechsel. Nach der Wahl wurde die Regierung von der MSZP gestellt (in Koalition mit dem SZDSZ). Gemäß dem MSZP- MSZOSZ Pakt zogen gleich 9 Gewerkschafter ins Parlament ein.

Die Gründe, warum es der MSZP gelungen ist, ihren Stimmenanteil von 8,55% im Jahr 1990 auf 54,15% zu steigern, sind vielschichtig, jedoch wenn man die wirtschaftliche und soziale Lage des Landes betrachtet ist sie durchaus verständlich. (siehe nächstes Kapitel)

Im Jahr 1995 ist Finanzminister László Békési zurückgetreten, an seine Stelle kam Lajos Bokros. Der neue Minister hat gleich nach seinem Antritt mit drastischen Maßnahmen versucht, der Verschuldung des Landes entgegen zu steuern. (u.a. Einführung der Studiengebühren) Neben den finanztechnischen Maßnahmen wurden von der MSZP Regierung die Befugnisse der Selbstverwaltung eingeschränkt. So z. B. wurden das Arbeitsgericht und die Arbeitsvermittlung unter eine neugegründete staatliche Institution gestellt.

Da die Regierung keine Garantie geben konnte, dass die nächstjährige Inflation unter 20% und der Reallohnrückgang unter 2% bleiben wird, haben die Gewerkschaften das Lohn-Preis Abkommen abgelehnt. (Rücktritt des MSZOSZ Präsidenten Sándor Nagy aus dem Präsidium der MSZP.)

Da die Funktionsperiode der Selbstverwaltungskörper in der Sozialversicherung vor dem Ablauf stand, hat die Regierung noch im Jahr 1997 angeregt, die Vertreter der Arbeitnehmer in diesem Gremium nicht durch Wahl, sondern durch Delegation zu besetzen. Dieser Vorschlag wurde mit dem Argument der Sparsamkeit von MSZOSZ, ASZSZ, SZÉF und ÉSZT unterstützt, weil sie bei einer eventuellen Wahl mit Verlusten rechnen mussten. Die Angriffe gegen die Selbstverwaltungen bewirkten ein Zusammenrücken der Gewerkschaften. Der Präsident der Liga hat dies so kommentiert: „Die Liga ist sich weiterhin im Klaren, welche politischen und ideologischen Unterschiede die Konföderationen von einander trennen, jedoch hat die Interessensvertretung nur durch gemeinsame Auftritte Chancen, um erfolgreich zu kämpfen“.¹⁰³

1998 erfolgte erneut ein Regierungswechsel, der aus folgenden Parteien bestand: FIDESZ, MDF und die FKGP (Partei der Kleinwirte). Eine der ersten Entscheidungen der Orban-Regierung

¹⁰³ Magyar Hírlap (Ungarisches Nachrichtenblatt) 2. Mai 1997, Seite 3.

war die Auflösung der Selbstverwaltungen (populistisch wurde gleichzeitig die Studiengebühr abgeschafft). Da diese Regierung die Gewerkschaften wegen ihrer „linken“ Haltung nicht als Partner betrachten wollte, wurde der OÉT (Rat des Interessenausgleiches) im Jahr 1999 aufgelöst. Bei der letzten Sitzung des OÉT hat der Präsident der Liga dem Regierungschef eine gewerkschaftsfeindliche Haltung vorgeworfen. In seiner Beantwortung hat Orban ausgeführt, dass die Gewerkschaften mit der früheren Regierung in zu engem Kontakt standen und dies motivierte seine Entscheidung. Damit wurde der Interessenausgleich auf Konsultationsebene reduziert und an seiner Stelle wurde, jedoch mit eingeschränkten Befugnissen, der Landesrat des Arbeitswesens gegründet. Die Höhe der Entschädigung im Falle einer rechtswidrigen Entlassung wurde herabgesetzt. Das Gesetzbuch der Arbeit wurde ebenfalls geändert, nämlich der Betriebsrat wurde berechtigt, Kollektivverträge abzuschließen. In derselben Zeit wurde ein über den Sozialpartner weit hinausgehendes Diskussionsforum, der Rat der Wirtschaft, (Gazdasági Tanács – GT) gegründet. Die Gewerkschaften haben nach solchen Beschlüssen der Regierung überlegt, den GT zu verlassen, sie sind jedoch in diesem Gremium geblieben, um die Gesprächsbereitschaft weiterhin anbieten zu können.

Der OÉT wurde im Jahr 2002 nach erfolgten Parlamentswahlen von der MSZP, SZDSZ Regierung erneut ins Leben gerufen.

Wie man sieht, wurden die Prozesse immer von der jeweiligen Regierungskonstellation beeinflusst und deshalb wurde eine kontinuierliche Entwicklung verhindert. Auch die ständigen Wechsel der Regierungen sind selbst ein Beweis, wie schwierig es ist, die Bevölkerung von der Notwendigkeit der manchmal harten wirtschaftlichen Maßnahmen zu überzeugen. Ein Volk, das erst seit kurzer Zeit unter demokratischen Verhältnissen lebt, ist besonders anfällig für populistische Agitationen der Opposition. Die einzelnen Ereignisse müssen deshalb immer in Zusammenhang mit der jeweiligen Regierung betrachtet werden.

Die wirtschaftliche, soziale Lage

Wenn man die politische Wende Ungarns betrachtet, darf man dabei die wirtschaftliche Situation des Landes, in der es sich zu dieser Zeit befand, nicht außer Acht lassen. Einerseits erreichte der ständig wachsende Schuldenstand des Landes bis Ende 1988 etwa US \$ 26 Mrd. und andererseits ist die monolithische, auf COMECON ausgerichtete, verstaatlichte

Schwerindustrie mit dem Ende des Realsozialismus zusammengebrochen. Ungarn hat zum Beispiel Autobusse (Ikarus) für den gesamten RGW Raum (Rat der Gegenseitigen Wirtschaftshilfe), gemäß der von Moskau angeordneten Produktionskonzentrierung gefertigt und plötzlich sind die Aufträge weggebrochen. Die Öffnung der Grenze hat nicht nur einen Massenreiseverkehr den Westen bewirkt (ungarische Einkaufstouristen gaben ihre letzten, bis dahin geheim gesammelten Devisen aus), sondern die Konsumprodukte des Westens haben jetzt Ungarn überschwemmt.

Die Bevölkerung hatte aus gutem Grund (Qualitätsprobleme der Planwirtschaft) wenig Vertrauen in das heimische Angebot und deshalb wurden selbst dann ausländische Produkte gekauft, auch wenn diese nicht besser waren als die heimischen. (Die westliche aggressive, professionelle Werbung fand hier leicht ihre Opfer.)

Kein Wunder, dass dadurch das bis dahin künstlich gehaltene Gleichgewicht (Rubel-Verrechnung innerhalb des COMECON) zwischen Import und Export kippte. Weil kein Eigenkapital vorhanden war, konnte man bei der Privatisierung mit inländischen Investoren auch nicht rechnen. Um die rasant ansteigende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, musste die Grenze für ausländische Investoren geöffnet werden. Um das Land für sie attraktiv zu machen, wurden großzügige Steuerbegünstigungen gewährt. Demselben Ziel diente die, im Vergleich zum Westen, sehr niedrig angesetzte Körperschaftssteuer (siehe Anhang, Tabelle 4). Die Verringerung der Steuereinnahmen hat die Finanzierung des schon bis dahin veralteten und angeschlagenen Gesundheitswesens zusätzlich erschwert. (siehe Anhang, Tabelle 6.)

Bei den übernommenen Unternehmungen wurden gleich Rationalisierungen wie auch die Streichung der sozialen Einrichtungen vollzogen (Zum Beispiel wurde ein Teil der Arbeitnehmer gekündigt und der Firmenkindergarten geschlossen). Bei den meisten Großbetrieben konnte die Schließung trotzdem nicht verhindert werden (Ganz-MAVAG Waggonwerke). Danach folgte ein Zusammenbruch der Zulieferer wie auch der Dienstleistungsbetriebe des umliegenden Umfeldes. Der Zusammenbruch des Bruttoinlandsproduktes (siehe Anhang, Tabelle 3) löste gleichzeitig einen Inflationsschub (siehe Anhang, Tabelle 2) aus.

Da bei den industriellen Großbetrieben hauptsächlich Männer beschäftigt waren, stieg die Männerarbeitslosigkeit gegenüber den Frauen stärker an. (siehe Anhang, die Tabellen 9 und 10) Die Beschäftigtenquote der Frauen lag traditionell niedrig und war durch die Umwälzungen zuerst auch weniger stark betroffen (siehe Anhang, die Tabellen 7 u.8). Noch dramatischer war der Anstieg unter der Roma Minderheit, die bis dahin eher in unqualifizierten Hilfsdienstbereichen beschäftigt war und dadurch wurde sie das dramatische Opfer der Rationalisierungen bei den Privatisierungen (siehe Anhang, Tabelle 11).

Die nachfolgenden Tabellen sollen das Ausmaß und die Geschwindigkeit der wirtschaftlichen Umwälzungen und damit die Veränderungen der Gesellschaft veranschaulichen.

Entwicklung des Beschäftigtenanteiles im Privat- bzw. Verstaatlichtensektor

Jahr	1988	1992	1993	1994	1995	1996
Privat	6,8%	37,9%	45,6%	58,6%	63,6%	68,1%
Verstaatl.		33,2%	21,8%	10,0%	8,5%	7,7%

Quelle: Kolosi-Bedekovics 1996 Erschienen in: Sági Matild, *Változások a foglalkozásszerkezetben, Oktatókutató és Fejlesztő Intézet* (Institut für Unterrichtsforschung und Entwicklung)

<http://www.oki.hu/oldal.php?tipus=cikk&kod=Jelentes97-hatter-Sagi-Tarsadalmi> download:02.02.2010 21:10

Anteil der Selbständigen innerhalb der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung

1982	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
2,8%	4,4%	4,5%	6,0%	6,3%	6,4%	6,4%	7,5%	9,1%	10,4%

Quelle: KSH 1993, Nagy-Sik 1997 Erschienen in: Sági Matild, *Változások a foglalkozásszerkezetben, Oktatókutató és Fejlesztő Intézet* (Institut für Unterrichtsforschung und Entwicklung)

<http://www.oki.hu/oldal.php?tipus=cikk&kod=Jelentes97-hatter-Sagi-Tarsadalmi> download:02.02.2010 21:10

Anteil der gemeldeten Arbeitslosen

1990	1992	1993	1994	1995	1996
0,6%	11,4%	17,1%	15,3%	11,8%	13,4%

Quelle: Kolosi-Bedekovics-Sik 1997 Erschienen in: Sági Matild, *Változások a foglalkozásszerkezetben, Oktatókutató és Fejlesztő Intézet* (Institut für Unterrichtsforschung und Entwicklung)

<http://www.oki.hu/oldal.php?tipus=cikk&kod=Jelentes97-hatter-Sagi-Tarsadalmi> download:02.02.2010 21:10

Innerhalb der Arbeitslosen betrug im Jahr 1995 der Anteil ohne Berufsausbildung 26% und bei den Facharbeitern 15,7%. Nahezu jeder dritte Arbeitslose war unter 25 Jahren. Von der Arbeitslosigkeit waren 57,9% der Roma Minderheit betroffen.

Rat des Landes-Interessenausgleiches (OÉT, Országos Érdekegyeztető Tanács)

Unter solchen Voraussetzungen schien es unerlässlich zu sein, die breite Bevölkerung (Arbeitnehmer) indirekt in die Prozesse der Umwälzungen einzubeziehen. Diese Notwendigkeit haben die Reformkräfte der MSZP letztlich dazu bewegt, nicht nur den SZOT, sondern auch die neu gegründete Liga, die von der EKA Ellenzéki Kerekasztal (Oppositioneller Runder Tisch) entsandt wurde, zu Verhandlungen im Rahmen des Rates des Landes-Interessenausgleiches (OÉT) einzuladen. Dieser von unten organisierte Verband hat sich zwar parteiunabhängig deklariert, jedoch bei der Gründung stand ihm eine intellektuelle Gruppe der sozialdemokratischen Opposition SZDSZ zur Seite.

Die zweite Arbeitnehmervertretung in dieser Runde war vom SZOT und später von dessen, von oben reformiertem Rechtsnachfolger MSZOSZ, delegiert. Auch hier wurde die Unabhängigkeit von der MSZP proklamiert (siehe auch Fußnote Nr. 48). Die Kooperation wurde zwar etwas gelockert, ist jedoch weiterhin aufrechterhalten geblieben.

Mit der Gründung des OÉT (Rat des Landes-Interessenausgleiches) wurde eine Institution geschaffen in deren Rahmen die Regierung und die Interessensvertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände regelmäßig in Form von Dialogen miteinander konsultieren mit der Absicht, Vereinbarungen zu erzielen und diese auch abzuschließen.

Im Jahr 1990 wurde der Rat erneuert und mit den übrigen Konföderationen erweitert und gleichzeitig der Name auf ÉT (Rat des Interessenausgleiches) geändert. Die nach der Wahl von 1998 konstituierte FIDESZ, MDF und FKGP Koalition der Regierung Orban löste den Interessenausgleichsrat (OÉT) auf und ersetzte ihn durch regierungsnahe Gremien (an das Ministerium für Arbeitswesen angesiedelt). Nach dem Sieg der Opposition bei den Parlamentswahlen vom 21. April 2002 wurde die neue Regierung durch die MSZP und ihren Partner SZDSZ gestellt. Von dieser Medgyessy Regierung wurde der Interessenausgleichsrat

am 12. Juni erneut eingesetzt und auch gleich die Grundlage der heutigen ungarischen Sozialpartnerschaft gesetzlich verankert.

Demnach ist der Rat des Interessenausgleiches ein institutionelles Forum, dessen tripartistischer Aufbau und Zuständigkeit folgendes beinhaltet:

Räumlich - Das gesamte Land

Inhaltlich - Alle arbeitsrelevanten Fragen umfassend

Die Teilnehmer sind:

je ein Vertreter der Verhandlungsgruppe der Arbeitnehmer

MSZOSZ (Ungarischer Gewerkschaftsbund) >	www.mszosz.hu
ASZSZ (Verband der Autonomen Gewerkschafter) >	www.autonomok.hu
ÉSZT (Interessensverband der Intellektuellen) >	www.eszt.hu
LIGA (Demokratische Liga der Unabhängigen Gewerkschaften) >	www.liganet.hu
SZEF (Forum der Gewerkschaftlichen Zusammenarbeit) >	www.szef.hu
MOSZ (Landesverband der Arbeiterräte) >	www.munkastanacsok.hu

je ein Vertreter der Verhandlungsgruppe der Arbeitgeber

AMSZ (Verband der Landwirtschaftlichen Arbeitgeber) >	www.amsz.hu
AFOSZ (Landesverband der Allg. Verbrauchergenossenschaften) >	www.afeosz.hu
IPOSZ (Landesverband der Gewerbekörperschaften) >	www.iposz.hu
KVOÉSZ (Landesinteressensverband des Handels- u. Gastgewerbes) >	www.kisosz.hu
MI (Ungarischer Gewerbeverband) >	www.okiszinfo.hu
MSZTOSZ (Verband der Landwirtschaftlichen Genossenschaften) >	www.mosz.net.hu
MGYOSZ (Landesverband der Industriellen >	www.mgyosz.hu
STRATOSZ (Verb. d. Gesellschaften d. allg. u. strateg. Dienstleister)	www.stratosz.hu
VOSZ (Landesverband der Unternehmer) >	www.vosz.hu

Die Regierung wird, in Abhängigkeit des zu behandelnden Themenbereiches, durch das jeweils zuständige Ministerium vertreten. Ebenfalls ständig mit dabei ist der mit Regierungsvollmacht ausgestattete Staatssekretär des Arbeits- und Sozialministeriums.

Das wichtigste Forum des Interessenausgleichs ist die monatlich stattfindende Plenarsitzung. Im Bereich des OÉT sind noch Fachforen und Fachkomitees angesiedelt.

Die ständigen Fachforen des OÉT sind:

- Rat für internationale Arbeitsangelegenheiten ILO
- Rat der EU-Integration
- Rat zur Stärkung des autonomen gesellschaftlichen Dialogs. (OMT - Unterstützung)
- Die Aufgabe dieser Fachforen ist die Bildung von fachlichen Meinungen und Stellungnahmen in ihren jeweiligen Bereichen.

Als Fachkomitee arbeitet:

- Komitee für Lohn und Kollektivvereinbarungen
- Komitee für die Wirtschaft
- Komitee der Chancengleichheit
- Komitee für Statistik und Information
- Komitee für den Arbeitsmarkt
- Komitee für Arbeitsrecht
- Komitee für den Arbeitsschutz
- Komitee für die fachliche Weiterbildung
- Komitee für die sozialen Angelegenheiten

Die Aufgabe der Fachkomitees ist die Vorbereitung der Plenarsitzungen, Zusammenfassung der zu entscheidenden Fragen, bzw. der gemeinsamen Standpunkte, wie auch die Analyse der abweichenden Meinungen.

Die Arbeit des Interessenausgleichs wird von dessen Sekretariat organisiert. Sein Arbeitsgebiet umfasst die Kontaktpflege und Harmonisierung zwischen den Sozialpartnern.

Ebenfalls vom Sekretariat werden die Plenarsitzungen vorbereitet wie auch die Fachforen und Fachkomitees organisiert.

Bei einer Wertung der Arbeit des ungarischen Interessenausgleichsrates muss man neben dem Erreichten auch die Möglichkeiten dieser Institution in Betracht ziehen. Wenn jemand in Österreich das Wort Sozialpartner hört, denkt er an eine auf lange Traditionen zurückblickende Einrichtung, welche die Nachkriegszeit prägte und in späterer Folge trotz Versuche mancher Regierungskonstellationen ihre Mitwirkung zunichte zu machen, in gewisserweise ein Begriff für die friedliche Konsenssuche staatstragend geblieben ist. Bis 2008 fand die österreichische Sozialpartnerschaft weder in der Verfassung noch in einem Gesetz Beachtung. Nach dem Bundesverfassungsgesetz BGBl.I Nr.1/2008 Teil 1 (ausgegeben am 4. Jänner 2008) anerkennt die Republik die Rolle der Sozialpartner, „Sie achtet deren Autonomie und fördert den sozialpartnerrschaftlichen Dialog durch die Einrichtung von Selbstverwaltungskörpern.“ (Artikel 120a [2]) jedoch ändert dies nichts an die Freiwilligkeit und Autonomie der daran beteiligten Akteure. Um die Arbeitnehmer in der österreichischen Sozialpartnerschaft zu vertreten, steht neben einem einheitlichen, überparteilichen vereinsrechtlich organisierten ÖGB auch eine gesetzlich mit obligatorischer Mitgliedschaft ausgestattete Arbeiterkammer zur Seite. Dadurch kann sich der österreichische Gewerkschaftsbund über die Arbeiterkammer mit ihren Fachausschüssen und kompetenten Mitarbeitern auf ein fundiertes Wissen bei seinen Verhandlungen stützen.

In Ungarn ist es alleine wegen der sechs Dachorganisationen und etlicher nicht konföderativer gewerkschaftlicher Organisationen äußerst schwierig, einen einheitlichen Standpunkt zu erarbeiten. (Zum Beispiel beim Streik der Budapester Verkehrsbetriebe im Dezember 2000 waren 22 Gewerkschaften organisatorisch mitbeteiligt!) Dazu kommt noch, dass die gewerkschaftliche Organisationstiefe in Folge der Umwälzungen sehr niedrig geworden ist. (Einerseits versuchen die angesiedelten neuen Konzerne gleich von Anfang an die Gewerkschaft nicht in die Firmen zu lassen, andererseits ist zu berücksichtigen, dass 90 % der Unternehmen weniger als 10 Mitarbeiter beschäftigen.) Um die Schwierigkeiten zu verstehen, in denen sich die Arbeitnehmervertretungen in Ungarn befinden, werden sie durch die folgenden Daten auf den Punkt gebracht: „Im Jahre 1991 arbeiteten noch in 40% der Unternehmen jeweils mehr als 300 Arbeitnehmer, gegenwertig ist der Anteil dieser „Großbetriebe“ auf 1,4% gesunken. 1992

gab es 24 Branchenvereinbarungen, die für 850.000 Beschäftigte gültig waren. Im Frühjahr 1996 kamen nur 5 solche Verträge zustande, die gerade 2-3% der Beschäftigten betreffen“.¹⁰⁴

Ein weiterer Schwachpunkt des ungarischen Interessenausgleichsrates (OÉT) ist, dass die Teilnehmer nach dem Vereinsgesetz organisiert sind und dieser Umstand schränkt auch ihre Mitspracherechte ein.

In Anbetracht dieser Tatsachen ist mit Sicherheit der Beschluss positiv zu werten, daß sich bei staatlichen Ausschreibungen nur Firmen bewerben können, in denen sich die Arbeitnehmer frei organisieren dürfen und auch beim Arbeitsgericht aus der Vergangenheit nicht in einem laufenden Verfahren stehen. Infolgedessen sind sich große Unternehmen der Bedeutung einer guten Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bewusst geworden. Dazu kommt noch, dass jede Beschwerde eines Beschäftigten oder einer Gewerkschaft eine Inspektion der Arbeitsaufsicht nach sich zieht. Trotz all dieser Maßnahmen kommt es immer wieder zu Rechtsverletzungen, wie dies z.B. der Fall des Automobilherstellers Suzuki zeigt. Hier hat die Betriebsleitung die Gründung einer Gewerkschaft innerhalb des Betriebes untersagt, so dass die Gründungssitzung in einem gemieteten Autobus stattfinden musste. Nachdem der ungarische Ministerpräsident diese Aktion als Angriff auf die demokratische Ordnung des Landes betrachtet hat, weigerte er sich an der offiziellen Vorstellung des neuen Suzuki-SX4 Modells teilzunehmen, stattdessen hat er ein Gewerkschaftstreffen der Liga aufgesucht.¹⁰⁵

Trotz unterschiedlicher Anschauungen und damit verbundener Spannungen ist es diesem Rat des Interessenausgleichs zu verdanken, dass die Änderungen, die die gesamte Gesellschaft betroffen haben, friedlich in Form von Dialogen abgewickelt werden konnten.

Für den Öffentlichen Sektor wurde im Jahr 1991 ebenfalls ein entsprechendes Forum mit folgendem Namen: „Költségvetési Intézmények Érdekegyeztetési Tanácsa“ - KIÉT

¹⁰⁴ Rainer Girndt: Vielfalt statt Einheit, in Ost-West Informationen, Gewerkschaften im Osten zwischen Reform und Opposition, Vierteljahresschrift Nr. 2/96, Juli 1996, 8.Jg. S. 15.

¹⁰⁵ Vgl. ITUC. Jährliche Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten 2007, Ungarn, unter © ITUC-CSI-IGB 2007 oder: <http://survey07.ituc-csi.org/getcountry.php?IDCountry=HUN&IDLang=DE> download: 20.10.2009. 16:12.

(Interessensabstimmungsrat der Budgetfinanzierteninstitutionen) gegründet. Dort wird u.a. über die Lohnentwicklung im öffentlichen Sektor entschieden. Zum Unterschied von ÉT werden zu den Verhandlungen nur Arbeitnehmervertretungsorganisationen zugelassen, die bei den Personalvertretungswahlen landesweit über 10 % der Stimmen erzielen konnten. (Gegen diese hohe Klausel, die von der seit 1998 gestellten MSZP-Regierung beschlossen wurde, haben die übrigen Gewerkschaften vergebens protestiert.)

Die Beziehung der Dachorganisationen untereinander

Auch heute noch befinden sich die ungarischen Arbeitnehmerinteressenvertretungen in der Übergangsphase. Seit Mai 1988 werden nach dem Auseinanderbrechen des monolithischen SZOT's ständig Gewerkschaften neu gegründet und auch aufgelöst. Während der Umwälzungen sind massenweise Gewerkschaften gegründet worden, die nicht bereit waren untereinander zusammenzuarbeiten. So z.B. waren im Jahr 1992 etwa 2000 Gewerkschaften offiziell registriert! (Ihre Zahl betrug im Jahr 2004 noch immer etwa 800.)

Die Bewegungen finden sowohl innerhalb, wie auch zwischen den Dachorganisationen statt. Neben dem SZOT, der selbst in vier Dachorganisationen aufgesplittert wurde, (Rechtsnachfolger MSZOSZ und die Abspaltungen SZEFE, ÉSZT und ASZSZ) fanden noch drei neue Konföderationsgründungen statt. Es waren die Liga, der MOSZ und die Arbeitersolidarität 89.¹⁰⁶

Bezeichnend für die Beziehungen der Dachorganisationen zueinander ist die Zwiespältigkeit. Einerseits besteht der Zwang zur Zusammenarbeit, um erfolgreich gegenüber den Arbeitgeberverbänden auftreten zu können, andererseits führt der ständige Konkurrenzkampf untereinander zu Misstrauen und Zerrissenheit anstelle zur Stärkung. Der Wettbewerb ist allgegenwärtig, sowohl um die Teilorganisationen, wie auch um die einzelnen Mitglieder. Auch die jeweiligen Regierungen versuchen durch Unterstützung des vermeintlichen Partners mittels

¹⁰⁶ Die Gewerkschaft der Arbeitersolidarität (Szolidaritás Munkásszövetség 89) wurde mit Unterstützung der FIDESZ gegründet, sie wird jedoch von den übrigen Gewerkschaften stark kritisiert und deshalb von den zwischengewerkschaftlichen Beratungen ausgeschlossen.

gesetzlicher Maßnahmen die Durchsetzung ihrer eigenen Vorhaben zu erreichen.¹⁰⁷ Dadurch wird die Einheit der Interessensvertretungen ebenfalls gestört.

Von dem noch von der MSZMP - Regierung Ende 1988 gegründeten OÉT Országos Érdekegyeztető Tanács (Rat des Landesweiten Interessenausgleiches) wurden aus den Arbeitnehmervvertretungsorganisationen nur zwei der Dachorganisationen (MSZOSZ und Liga) als Vertreter der Arbeitnehmer beim tripartistischen Sozialpartner eingeladen, um dort mitzuarbeiten. Aus diesem Grund sind gleich einige Spannungen unter den Dachorganisationen entstanden. Dieses Forum, obwohl es einiges bewirken konnte, ist in Anbetracht der damals gleichzeitig stattfindenden politischen Umwälzungen in den Hintergrund geraten. Erst nach den Parlamentswahlen (Antall-Regierung) von 1990 wurde es erneuert und mit den übrigen Dachorganisationen im August 1990 erweitert. Demnach besteht der arbeitnehmerseitige Sozialpartner aus Vertretern der sechs Konföderationen.

Um beim Rat des Interessenausgleiches effizient auftreten zu können ist es innerhalb der Arbeitnehmervvertretungen unerlässlich geworden, durch vorhergehende Beratungen eine einheitliche Meinung gegenüber den Arbeitgebern zu erarbeiten, da sie von unterschiedlichen Dachorganisationen entsandt wurden. Aus diesem Grund wurde ein gewerkschaftlicher „Runder Tisch“ gegründet. Bei diesem waren die folgenden Konföderationen MSZOSZ, ÉSZT, LIGA, MOSZ und die Solidarität vertreten. Es wurde vereinbart, dass die Teilnehmer des „Runden Tisches“ die bevollmächtigten Vertreter der autonomen Dachorganisationen sind und auf Basis der Gleichberechtigung und organisatorischer Unabhängigkeit agieren werden. Die Gespräche des „Runden Tisches“ verliefen auf Makroebene konsultativ. Die Mitglieder des „Runden Tisches“ waren gleichzeitig Seitens der Arbeitnehmervvertretung auch die Teilnehmer des am 1. August erneuerten Rats des Interessenausgleiches (ÉT Érdekegyeztető Tanács).

Am 7. Februar 1991 wurde der gewerkschaftliche „Runde Tisch“ aufgelöst, weil die Vertreter von LIGA und MOSZ den Verhandlungstisch verlassen haben. Sie waren mit den Modalitäten

¹⁰⁷ wie z.B. von der MSZP die Festlegung der Höhe der Mindestprozentklausel bei den Wahlen der Selbstverwaltungskörper oder die von der MDF, SZDSZ-Regierung verlangte schriftliche Deklaration über die Freiwilligkeit bei der Mitgliedsbeitragseinhebung für die Interessensvertretung.

der Entscheidungsfindung nicht einverstanden. Auch die Positionen, die sie beim „Runden Tisch“ vertreten haben, waren zu unterschiedlich:

MSZOSZ: Schutz des nationalen Eigentums

MOSZ: Eigentumsmöglichkeiten für die Arbeitnehmer

Liga: Gerechtere Verteilung der nachteiligen Folgen der Privatisierungen¹⁰⁸

Die Auflösung des „Runden Tisches“ ließ bereits die Spannungen zwischen den Dachorganisationen erahnen. Trotz Auflösung des gewerkschaftlichen „Runden Tisches“ ist innerhalb des ÉT die Arbeitnehmervertretung intakt geblieben.

Die neu gegründeten Gewerkschaften haben aus der Vergangenheit verbliebene, jedoch neu aufgestellte, Organisationen für „Zwangsvereinigungen“ gehalten, die durch die Apathie der Mitglieder sowie von der gewerkschaftlichen Bürokratie weiterhin am Leben erhalten wurden.

Tatsache ist, dass auch die alten Gewerkschaften die neuen Organisationen für zu schwach bezeichnet haben, außerdem wurde ihnen vorgeworfen, dass sie ohne Mitgliederunterstützung dastehen.

Die Gründung der einzelnen Dachorganisationen wurde schon im vorigen Kapitel (Kapitel 2) beschrieben. Auch hier sind Konflikte wegen der Aufteilung des früheren SZOT Besitzes entstanden.

Um die Chancengleichheit zu wahren, wurde von den neu gegründeten Gewerkschaften der Abbau der vom Parteistaat geschaffenen Privilegien auch auf dem Gebiet der Interessensvertretung gefordert. Dazu gehörte ihrer Meinung nach auch die Auflösung der SZOT-Erholungsheime. Ihrer Ansicht nach wurden diese Heime einerseits vom Staat finanziert und andererseits halten sie die Arbeitnehmer in Abhängigkeit. „Nicht immer können die Arbeitnehmer die Begünstigungen genießen, auf die sie wirklich angewiesen wären“.¹⁰⁹

Das Betreiben von sozialen Heimen laut der Liga ist eine staatliche Aufgabe, die Gewerkschaften sollen eher für höhere Gehälter kämpfen, wodurch sich die Arbeitnehmer die Urlaube selbst finanzieren können. Letztendlich wurden die Heime der neu gegründeten

¹⁰⁸ László Kozák: A Liga születése (Die Geburt der Liga). Bericht über I. Kongress der Liga, Mai 1990, S. 4.

¹⁰⁹ László Kozák: A Liga születése (Die Geburt der Liga). Bericht über I. Kongress der Liga, Mai 1990, S. 11.

„Nemzeti Üdülöotthonok Alapítvány“ (Stiftung der Nationalen Erholungsheime) zugeordnet. Die Stiftung wird von einem Rat geleitet, dieser setzt sich einerseits aus je einem Vertreter der sechs Konföderationen und andererseits ebenfalls aus sechs Delegierten der Regierung zusammen.

Der sonstige SZOT-Besitz konnte endgültig erst nach Berücksichtigung der Ergebnisse der Wahlen zum Selbstverwaltungskörper korrigiert und auch abgeschlossen werden. (mehr darüber siehe Seite 87)

Die Ergebnisse der Wahlen von 1993 zum Selbstverwaltungskörper (in % der Stimmen)

	Krankenversicherung	Pensionsversicherung
MSZOSZ (Landesverband der Ungarischen Gewerkschaften)	45,22	50,10
LIGA (Demokratische Liga Unabhängiger Gewerkschaften)	13,13	10,07
MOSZ (Landesverband der Arbeiterräte)	12,8	10,91
ASZSZ (Konföderation Autonomer Gewerkschaften)	5,27	4,80
SZEF (Forum der Gewerkschaftlichen Zusammenarbeit)	8,93	10,59
ÉSZT (Gewerkschaftliche Vereinigung der Intelligenz)	6,79	6,18
KESZOSZ (Landesverband der Christlich-Sozialen Gewerkschaften)	8,4	7,3

Quelle: Politisches Jahrbuch Ungarns, Hungarian Centre for Democracy Studies Foundation 1994,¹¹⁰

Im Jahr 1996 wurde der Vorschlag vom SZEF eingebracht, wonach der MOSZ wegen geringer Repräsentativität aus dem Rat des Interessenausgleiches (OÉT) ausgeschlossen werden sollte. Die Liga war dagegen, weil sie befürchtet hat, nächstes Mal selbst ausgeschlossen zu werden. (Sowohl die Regierung, wie auch die Arbeitgeberseite haben signalisiert, dass sie eine Arbeitnehmerseite auch ohne MOSZ und Liga akzeptieren würden.) Trotz Protestes (MOSZ und Liga) und nach langen Verhandlungen erfolgte eine neue Gewichtung, demnach MSZOSZ und SZEF je 8 Mandate, ASZSZ 4 Mandate, die ÉSZT und Liga je 2 Mandate und letztendlich auch der MOSZ ein Mandat im ÉT erhielten. Die neue Geschäftsordnung der Arbeitnehmerseite wurde am Ende von allen Repräsentanten der Dachorganisationen unterschrieben.

¹¹⁰ Vgl. Judit Lux: A Szakszervezeti Tanács száz éve (Die hundert Jahre des Gewerkschaftsrates). Verlag MSZOSZ, Budapest 1998,

Die neue Geschäftsordnung hat sich wegen der ähnlichen Ziele der Konföderationen kaum auf die Arbeitnehmer selbst ausgewirkt. Nicht so für die kleineren Dachorganisationen, deren zukünftige Existenzen auf dem Spiel standen. Ein Passus der Geschäftsordnung sah nämlich vor, dass in der Zukunft nur die Organisationen im Rat des Interessenausgleiches auf Seite der Arbeitnehmer teilnehmen dürfen, die mindestens 10% Stimmenanteil bei den nächsten Betriebsratswahlen im Jahr 1998 für sich verbuchen können, oder mindestens 10% der zahlenden Gewerkschaftsmitglieder vorweisen können. Verstärkter Lobbyismus um Mitglieder, wie Bündnisverhandlungen, waren die Folgen, die der Sache der Vertretung der Arbeitnehmer wenig Positives gebracht haben.

Letztendlich konnte dieser Beschluss über die 10% Klausel nicht durchgesetzt werden, weil die früher angesetzten Parlamentswahlen der dem MSZOSZ nahestehenden Sozialistischen Partei eine Niederlage brachte. Die neue konservative Orban Regierung hat die Frage der Repräsentativität auf ihre Weise gelöst, nämlich durch die Auflösung des Rates (OÉT) wurden alle Konföderationen gleich entmacht.

Obwohl aus Gründen der pluralistischen Bestrebungen die Dachorganisationen zueinander permanent in Konkurrenz stehen, gibt es immer wieder Momente, wo die Interessen der Arbeitnehmer trotz der sich daraus ergebenden Spannungen in den Vordergrund gestellt werden und damit kann ein gemeinsamer Schulterschluss erzielt werden.

- Als die Regierung Antall die Streitigkeiten der Konföderationen um den früheren SZOT-Besitz zur Schwächung der Gewerkschaft nützen wollte, wurde die Aufteilung unter ihnen schnell und friedlich abgewickelt (1993)
- Als das Austeritätsprogramm der Regierung Horn veröffentlicht wurde um die Staatsfinanzen zu stabilisieren, sind die Dachorganisationen gemeinsam gegen die geplanten arbeitnehmerseitigen Belastungen aufgetreten.¹¹¹ (1995)
- Die Bemühungen der Orban Regierung, die Gewerkschaften zu schwächen, bewirkten ebenfalls deren Zusammenrücken. So ist es zu verstehen, daß im Jahr 1997 die 1. Mai Feier

¹¹¹ Die Konsolidierungsmaßnahmen wurden nach dem neuen Finanzminister als Bokros – Paket (Bokros Csomag) bezeichnet. Aus Protest dagegen legte sogar Sándor Nagy, der Präsident des MSZOSZ, seine führende Funktion in der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) zurück.

gemeinsam (mit Ausnahme der Organisation der Arbeiterräte) im Budapester Stadtwäldchen abgehalten wurde.

- Anlässlich Ungarns EU-Beitrittsansuchens wurden im Jahr 1998 die Gewerkschaften von der Regierung beauftragt, einen Teil der Vorbereitungsarbeiten zu übernehmen. Für diesen Zweck wurden den Dachorganisationen sogar finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Die Bewältigung dieser Aufgabe setzte ein gemeinsames, akkordiertes Vorgehen der Gewerkschaften voraus. Um dies zu realisieren wurde der Rat für die Europäische Integration der Ungarischen Gewerkschaften (Magyar Szakszervezetek Európai Integrációs Bizottsága-MSZEIB) gegründet. Der erste Schritt der Zusammenarbeit erfolgte auf dem Gebiet der Aufklärung und Information der Arbeitnehmer über die EU, wofür „der Rat der Bildung“ (Oktatási Tanács) als gemeinsame Institution der Gewerkschaften neu organisiert ins Leben gerufen wurde. Bereits die Erarbeitung des Unterrichtsmaterials erforderte ein Zusammengehen der Gewerkschaften.

Um die Zusammenarbeit in Anbetracht des EU-Beitrittes besser organisieren und harmonisieren zu können, wurde ein Jahr später im September 1999 von der Liga-Führung die Initiative ergriffen, eine Annäherung zwischen den Konföderationen voranzutreiben. Aus diesem Grund wurden am 23. Mai 2000 die Vertreter der Dachorganisationen nach Mátraháza eingeladen.

Noch vor dem Treffen wurde eine vorher verfasste Absichtserklärung angenommen und veröffentlicht. „Die gewerkschaftlichen Verbände haben beschlossen, die seit 10 Jahren andauernden Streitigkeiten zu beenden und im Interesse der effizienteren Vertretung der Arbeitnehmer die Zusammenarbeit in den Vordergrund zu stellen und damit diese weiter zu vertiefen“.¹¹² Zu diesem Zweck wurde von den Vorsitzenden der einzelnen Konföderationen ein neues Forum: „Rat der Zusammenarbeit“ (Együttműködési Tanács - ET) gegründet. Geplant war, die Sitzungen im zwei Wochen Rhythmus abzuhalten. Die Inhalte sollten über Informations- und Meinungsaustausch hinaus bis zur Erarbeitung gemeinsamer Standpunkte und Strategien der Interessensvertretungen reichen. Die Themengebiete sollten angefangen von der internationalen Arbeit inklusive Integration bis zum Organisieren und Abhalten von gemeinsamen Veranstaltungen bzw. Aktionen erfassen.

Nach den ursprünglichen Vorstellungen hätte dieser Rat der Zusammenarbeit als Schirmorganisation für alle Konföderationen dienen sollen und hätte damit ein gemeinsames

¹¹² Mátraháza Kommuniké: Munkalap. 2000. június-július.3. (Mátraháza ist ein beliebter Kurort im Nordosten Ungarns)

Arbeitsforum mit den dazugehörigen ständigen Arbeitsgruppen gebildet. Der Plan wurde letztendlich von der Konföderation der Autonomen (ASZSZ) abgelehnt und sowohl von SZEFG wie auch von ÉSZT wurde die Erarbeitung einer gemeinsamen Vertretung im öffentlichen Dienst anstelle des Forums vorgezogen. Auf der zweiten, der sogenannten Experten-Ebene, wo die ad-hoc Entscheidungen gefällt werden, ist jedoch die Zusammenarbeit weiterhin aufrecht geblieben und sie konnte sogar vertieft werden.¹¹³

Unabhängig von gescheiterten Versuchen, ein ständiges gemeinsames Forum der Gewerkschaften zu installieren, gelang es in manchen Fällen miteinander akkordiert vorzugehen. Als zum Beispiel bekannt wurde, daß die Regierung beabsichtigt, arbeitnehmerfeindliche Änderungen im „Gesetzbuch der Arbeit“ vorzunehmen, wurden Protestkundgebungen am 11. Nov. 2000¹¹⁴ (erste gemeinsame Demonstration der Konföderationen) und am 24. März 2001 abgehalten. Anlässlich der Kundgebung im März haben die Redner aufgerufen, die 1. Mai Feier gleich als Großdemonstration abzuhalten, jedoch ist die Einheit der Konföderationen bis dahin auseinandergefallen.

Eine neuerliche Chance zur Zusammenarbeit gab es nach der Parlamentswahl von 2002, als die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP) gemeinsam mit dem Verband der Freien Demokraten (SZDSZ) die von Orban angeführte konservative Regierung ablöste. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung war, den von der früheren Administration aufgelösten Rat des Interessenausgleiches (OÉT) erneut aufleben zu lassen. Das ebenfalls neu aufgestellte Ministerium für Beschäftigung und Arbeitswesen hätte auch die Möglichkeiten zur engeren Zusammenarbeit der Dachorganisationen geboten, diese Chancen wurden jedoch mangels an Kompromissbereitschaft nicht ergriffen.

Ein weiteres sichtliches Zeichen dieser Uneinigkeit erbrachten die Konföderationen erneut kurz vor der Volksabstimmung zum EU-Beitritt des Landes, als sie die Kampagne nicht gemeinsam, sondern alleine geführt haben.

Anstatt die Dachorganisationen durch Annäherung zu verstärken, erfolgte nun innerhalb einer Konföderation das Forcieren der Solidarität zwischen den Teilorganisationen. Zum Beispiel hat

¹¹³ Tibor Migacs: Bericht über die Expertentätigkeiten, 26. Februar 2002

¹¹⁴ Munkalap, 2000 Dezember: „Mi megvédjük a dolgozók jogait“ (Wir verteidigen die Rechte der Arbeitnehmer)

sich bei den Protestaktionen der Demokratischen Gewerkschafter der Pädagogen (PDSZ) auch die Gewerkschaft der Polizisten so wie die der Eisenbahner angeschlossen.

Auch wenn es die Dachorganisationen nicht geschafft haben eine permanente vertiefte Koordination untereinander auszubauen, heißt es aber noch lange nicht, daß einzelne Teilorganisationen innerhalb einer Sparte nicht bereit gewesen wären konföderations-übergreifende Aktionen gemeinsam zu organisieren und durchzuführen. Diese Art von Zusammenarbeit basiert nicht auf den Statuten der Organisationen, sondern am positiven Zugang der leitenden Funktionäre zueinander. Als Beispiele dafür sollen hier die Bereiche des Gesundheits- wie des Unterrichtswesens erwähnt werden.

Letztendlich gibt es immer wieder Bewegungen von Teilgewerkschaften zwischen den einzelnen Konföderationen, wovon die Öffentlichkeit kaum Notiz nimmt. So wechselte z.B die Gewerkschaft der Kinderkrippen und Kindergärtner im Jahr 1998 vom MSZOSZ zum SZEFG über. Im gleichen Jahr trat ein Teil der Tabakarbeitergewerkschaft aus dem MSZOSZ aus, um in Zukunft bei der Liga organisiert zu sein. Die Eisenbahnergewerkschaft, die wiederum der Liga Konföderation angehört, hat die Berufsgruppe der Streckenarbeiter verloren, die nun mit dem Bund Autonomer Gewerkschaften (ASZSZ) sympathisieren. Andererseits verließ die Gewerkschaft der Techniker und Ingenieure den Bund der Autonomen, um sich der Dachorganisation Gewerkschaftliche Vereinigung der Intelligenz (ÉSZT) anzuschließen. Auffällig ist dabei, daß eine „Abwerbung“ bei all diesen Bewegungen nicht nachgewiesen werden konnte.

Die Dachorganisationen und die Betriebsräte

Im Jahr 1992 wurde von der konservativen Antall Regierung die Installierung „eines Betriebsrates“ nach West-Europäischem Muster in den Unternehmungen gesetzlich im Rahmen des „Arbeitsgesetzbuches“ verabschiedet. Mit der Einsetzung des Betriebsrates wollte die Regierung keineswegs ein zusätzliches Standbein für die Interessensvertretungen für die Arbeitnehmer schaffen, sondern die bisher in den Firmen etablierten und als sozialistisches Relikt betrachteten Gewerkschaften hinausdrängen. Selbst die Gewerkschaften konnten mit den bisher unbekannten und deshalb auch für überflüssig gehaltenen innerbetrieblichen

Interessensvertretungen zuerst nicht viel anfangen und deshalb wurden sie als Rivalen angesehen. Auch die Arbeitgeber zeigten wenig Aufmerksamkeit und Interesse den Betriebsräten gegenüber. Sie sicherten zwar die Bedingungen für die Funktion, ohne aber sachlich und konstruktiv mit ihnen zusammenzuarbeiten. Eher wurde die Taktik angewendet, Gewerkschaften und Betriebsräte gegeneinander auszuspielen.

Tendenzen, die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in die Firmen zu verlagern, gibt es immer wieder auch in Österreich, jedoch konnten diese Versuche Dank eines einheitlichen überparteiischen Gewerkschaftsbundes verhindert werden. Diese Vorgangsweise der Arbeitgeber unter Mithilfe der unerfahrenen konservativen Antall-Regierung führte zum Erfolg.

Nach mehr als 10 Jahren konnte aus der Vernunftsannäherung zwischen den beiden Körperschaften eine funktionierende Kompromisslösung erzielt werden. Als ein Zeichen der beginnenden Annäherung zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft kann auch die Umwandlung von einigen im Betrieb ausgerufenen „wilden Streiks“ betrachtet werden, die durch die Hilfe der Gewerkschaft eine „gesetzlich anerkannte Maßnahme der organisierten Arbeitnehmer“ geworden ist.¹¹⁵

Demnach versucht man in den Betrieben die gewählten Betriebsräte für die Gewerkschaft zu gewinnen um dadurch die Forderungen der Arbeitnehmer auf breiterer Basis zu stellen. Wir hören zwar oft die Bezeichnung Kollektivvertrag, aber dieser ist für uns oft nur als eine Betriebsvereinbarung zu betrachten.

Um diese Situation näher zu bringen, seien hier nur einige Punkte aus dem Gesetz Nr: XXII/1992 „Gesetzbuch der Arbeit“ aufgelistet: (auszugsweise Übersetzung)

Kapitel II. „Die Gewerkschaften“¹¹⁶

¹¹⁵ In Ungarn ist im Gegensatz zu Österreich das Streikrecht (Gesetz Nr. VII./1989 „Streikgesetz“) genau definiert. Im Falle Ungarns ist dies verständlich, dass nach Jahren des Streikverbots ein Bestreben nach Rechtssicherheit bestand.

¹¹⁶ Die Gewerkschaft ist nach dem Ungarischen Recht eine gesellschaftliche Organisation, bei deren Gründung die Bestimmungen des Gesetzes über die Gesellschaftlichen Organisationen (Gesetz Nr: II./ 1989 „Vereinsgesetz“) zu berücksichtigen sind. (Nach dem Gesetz können bereits 10 Personen als juristische Person eine gesetzlich eingetragene Gewerkschaft gründen.)

§ 18 **Die Gewerkschaft** ist jene Organisation der Arbeitnehmer, deren vorrangigstes Ziel es ist, die Interessen der Arbeitnehmer im Zusammenhang mit den im Arbeitsverhältnis stehenden Belangen zu unterstützen bzw. zu verteidigen.

§ 29 Abs. (2) **Die repräsentative Gewerkschaft** ist jene Organisation,

- deren Kandidaten bei der Betriebsratswahl mindestens 10% der abgegebenen Stimmen erhalten haben, oder wo sie mindestens 2/ 3 der gleichen Berufsgruppe als Gewerkschaftsmitglieder im Unternehmen vorweisen können. Weiters wird eine Gewerkschaft als „repräsentativ“ angesehen, wenn sie auf Grund des Gesetzes XXVIII./1991 bei der Wahl der Gewerkschaften mindestens 10% der abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Repräsentativen Gewerkschaften sind im Gesetz über Arbeitsrecht bestimmte Exklusivrechte zugestanden worden.

Nachdem in Ungarn im selben Unternehmen sowohl Betriebsrat wie auch eine eigenständige Gewerkschaft vorhanden sein kann, führt diese Tatsache bezüglich Befugnissen in vielen Fällen zu ungeklärten Rechtssituationen.

Kapitel III. „Der Kollektivvertrag“

31§ (1) Der Kollektivvertrag ist zwischen Arbeitgeber und einer oder mehreren Gewerkschaften abzuschließen.

33§ (1) Beim jeweiligen Arbeitgeber kann nur ein KV abgeschlossen werden.

(2) KV abzuschließen ist die Gewerkschaft berechtigt, die bei der Betriebsratswahl mehr als 50% der Stimmen erhalten hat.

(3) Wenn beim Arbeitgeber mehrere Gewerkschaften existieren, müssen sie den Vertrag gemeinsam erarbeiten. Voraussetzung ist ebenfalls, dass sie gemeinsam mehr als 50% der Stimmen erhalten haben.

(4) Wenn gemäß (3) dies nicht möglich ist, können die „repräsentativen“ Gewerkschaften KV. abschließen, vorausgesetzt, dass ihre Kandidaten ebenfalls mehr als 50% der Stimmen erhalten haben.

(5) Wenn die repräsentativen Gewerkschaften gemeinsam den KV nicht abschließen können, dann darf diejenige Gewerkschaft verhandeln, die bei der Betriebsratswahl 65% der Stimmen erzielen konnte.

(6) Wenn nach (2 und 3) die Kandidaten der Gewerkschaften 50% nicht erreichen konnten, dürfen sie trotzdem einen Vertrag abschließen, es muss jedoch darüber auch die Belegschaft ebenfalls abstimmen, wobei die Beteiligung über 50% liegen muss.

Nichts desto weniger wichtig sind die folgenden Punkte desselben Gesetzes:

Kapitel IV. „Wahl des Betriebsrates“

50. § (1) Das Wahlkomitee – gemäß Kandidatenliste – bereitet die Abstimmformulare vor. Auf diesem Stimmzettel werden die Namen der Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet. Auf dem Stimmzettel muss bei den von der Gewerkschaft nominierten Kandidaten auch die nominierende Gewerkschaft angeführt sein.

51.§(1) Die Mitglieder des Betriebsrates werden direkt und geheim gewählt.

(2) Auf dem Stimmzettel müssen die Namen der gewählten Kandidaten eindeutig gekennzeichnet sein.

(3) Ein Stimmzettel ist ungültig wenn:

- a) nicht das vorbereitete Formular gemäß 50. § (1) verwendet wurde.
- b) es nicht feststellbar ist, wer gewählt wurde,
- c) auf dem Stimmzettel mehr als die Anzahl der wählbaren Kandidaten gekennzeichnet wurde.

(4) Als gewähltes Mitglied des Betriebsrates können diejenigen Kandidaten bezeichnet werden, die bei den abgegebenen gültigen Stimmen die meisten, jedoch mehr als 30 %, erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das längere Arbeitsverhältnis in dem betreffenden Unternehmen.

51/A. § (1) Die Wahl ist gültig, wenn daran mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten teilgenommen haben.

Ein zusätzlicher Punkt:

70. § Der Betriebsrat ist bei einem im Unternehmen organisierten Streik verpflichtet sich neutral zu verhalten. In diesem Sinne darf er keinen Streik organisieren bzw. unterstützen, jedoch auch nicht verhindern. Wenn Mitglieder des Betriebsrates an einem Streik teilnehmen, wird deren Funktion in diesem Zeitraum ruhig gestellt.

Nach ungarischer Definition wird der Betriebsrat formell nicht als Organisation, sondern als eine Körperschaft¹¹⁷ bezeichnet, weil er über keine Finanzen verfügt, obwohl er auf Grund des Vereinsgesetzes von 1989 organisiert wird. Demnach gibt es auch keine Betriebsratsumlage.

Die Dachorganisationen und die internationalen Verbindungen

Die ungarische Arbeitnehmervertretung hat von Anfang an bilaterale Kontakte zu Österreich gehabt. Zuerst noch innerhalb der Monarchie und nach deren Zerfall über die neuen politischen Grenzen hinaus. Auch nach dem 2. Weltkrieg rissen die Kontakte nicht ganz ab. Sie wurden zwar internationalisiert und sie blieben im Rahmen des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) intakt. (Österreichs Beitrittserklärung erfolgte am 29. September 1945). Obwohl Österreichs Beitritt zum WGB intern stark umstritten war, verblieb der ÖGB in dieser östlich orientierten Organisation bis Oktober 1949. Der Austritt wurde mit großer Mehrheit durch den Bundesvorstand des ÖGB beschlossen. Mit diesem Beschluss wurde gleichzeitig der Eintritt in die kurz davor gegründete westlich orientierte Gewerkschaftsinternationale, den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), bekanntgegeben. (Diese Entscheidung wurde vom General Sekretär Anton Proksch beim zweiten Bundeskongress des ÖGB 1951 folgendermaßen begründet: „...der Internationale Bund Freier Gewerkschaften macht alles, um die wirtschaftliche Situation Österreichs und damit der österreichischen Arbeiter und Angestellten

¹¹⁷ In Ungarn werden funktionelle Einheiten, die über keine eigenen Einnahmen verfügen, als Körperschaften bezeichnet. Im Falle des Betriebsrates werden sowohl der für die Funktion notwendige finanzielle, wie auch der zeitliche Aufwand alleine vom Unternehmen getragen. Auch die Mittel für soziale Zwecke werden vom Arbeitgeber finanziert (Im Gegensatz zu Österreich wird in Ungarn für den Betriebsrat weder ein obligatorischer noch ein individueller Beitrag seitens des Arbeitnehmers geleistet.) Siehe E-Mail Informationen, dokumentiert im „Quellen- und Literaturverzeichnis“ im Abschnitt D unter E/2/2. Kozák László, Liga.

zu erleichtern.“¹¹⁸ Dieser Wechsel bedeutete eine Neupositionierung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, in erster Linie von politischer und ideologischer Tragweite. Eine Korrektur dieser eindeutigen Positionierung erfolgte beim 3. Bundeskongress des ÖGB im Jahr 1955. Hier wurde bereits zwangsläufig im Sinne des Staatsvertrages „zur Wahrung der Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes“ auch die (Wieder-) Aufnahme in die Mitgliederorganisationen des WGB beschlossen. Die Beweggründe für diesen Schritt waren nicht alleine das Bestreben „korrekte“ Beziehungen zu den osteuropäischen Organisationen aufzubauen, sondern gleichzeitig dadurch Wachstumsimpulse durch den Außenhandel mit dem Osten zu erzielen. Diese so entstandene wirtschaftliche Beziehung, an der nicht zuletzt die österreichische verstaatlichte Industrie interessiert war, erwies sich in der späteren Folge auch auf gewerkschaftlicher Ebene zum Vorteil. Gewissermaßen durch den ÖGB ist es Österreich gelungen im Osten eine privilegierte Stellung einzunehmen. Als neutraler Staat war es am ehesten in der Lage hinter dem „eisernen Vorhang“ agieren zu können.

Nach der Ungarn-Krise im Jahr 1956 wurde die vom IBFG verhängte strikte Boykottpolitik von Österreich mit dem Hinweis auf die Neutralität des Landes nicht mitgetragen, wofür es seitens des IBFG besonders kritisiert wurde.

Eine andere Annäherungsebene der beiden Länder brachte die Anregung Bruno Kreiskys, als er im Jahr 1964 Rudolf Neck und Herbert Steiner beauftragte, eine internationale Konferenz über die Geschichte der Arbeiterbewegung in den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie abzuhalten. So wurde erstmals für Ost-Europa eine Plattform geschaffen, wo sie sich mit Kollegen aus dem Westen treffen konnten. In Linz wurde der aus dem englischen Exil zurückgerufene Karl Stadler beauftragt, an der neugegründeten Universität ein Institut (Ludwig Boltzmann) für die Geschichte der Arbeiterbewegung aufzubauen. So ist es noch während des Einparteiensystems gelungen, Kontakte zu den ungarischen Arbeitnehmervertretungen (SZOT) aufrechtzuerhalten.¹¹⁹

Nach der Wende sind die neuen unabhängigen Ost-Staaten für den Westen sowohl politisch wie wirtschaftlich interessant geworden. So wurden die Kontakte auch mit Ungarn aus etlichen Staaten West-Europas, aber auch aus den Vereinigten Staaten verstärkt intensiviert. Die Motive

¹¹⁸ Vgl. Walter Sauer: Die internationalen Beziehungen des ÖGB, in Beiträge zur historischen Sozialkunde. Nr1/95.25. Jg.S.23.

¹¹⁹ Vgl. Helmut Konrad: ÖGB-Kalter Krieg S. 3. <http://www.doew.at/thema/steiner/konrad.html>, download: 20.10.2009, 15:08

dieser Kontaktaufnahmen waren dabei sehr unterschiedlich. Angefangen von den militärstrategischen Überlegungen der dauerhaften Abkoppelung des Landes vom sowjetischen Einflussbereich, bis zum Optimieren wirtschaftlicher Chancen der kapitalistischen Sphäre einerseits durch Öffnung eines neuen Absatzmarktes und andererseits durch die Möglichkeit der Produktionsauslagerung. Vernünftigerweise wurden auch gleichzeitig Kontakte von den Arbeitnehmervertretungen der Bundesrepublik, wie auch von den USA zu den ungarischen Gewerkschaften aufgenommen (Österreichs Verbindung war nie abgerissen). Diese Kontakte zu den Gewerkschaftsorganisationen erfolgten im Sinne der Förderung des sozialen Dialogs und der Zusammenarbeit. Die Verbindungen sollten bei der Etablierung der neuen, wie auch bei den reformierten Arbeitnehmervertretungen Unterstützung anbieten. Diese Unterstützung reichte von den organisatorischen und rechtlichen Beratungen bis zu finanziellen Subventionen hinaus.

Von der ungarischen Seite her waren sowohl die Dachorganisationen selbst, aber auch die Teilorganisationen bemüht, die Chancen zu Kontaktaufnahmen möglichst früh zu ergreifen. Als erste wurden die Liga und MSZOSZ, nach kurzem Beobachterstatus, in den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) als Vollmitglieder im Jahre 1993 aufgenommen. Die US Gewerkschaften, die nur die Liga aufnehmen wollten, haben sich mit der Aufnahme des MSZOSZ (dieser wurde als Nachfolgeorganisation vom SZOT mit Misstrauen betrachtet) sehr schwer getan und diesem Verfahren wurde erst nach einer Fact-Finding-Mission des IBFG in Budapest zugestimmt.

Ebenfalls im Jahr 1993 wurde die Konföderation der Arbeiterräte (MOSZ) in den christlichen Weltverband der Arbeit (WVA) aufgenommen. Interessant sind die Hintergründe, warum diese Konföderation die Kontakte in diese Richtung suchte. Die internationale Unterstützung betreffend hat der Leiter der Arbeiterräte, Imre Palkovics, nach persönlicher Empfindung das Gefühl gehabt, hinter der Liga immer nur Zweiter zu sein, da sie jeweils Vorrang hatte.

Nach einer eher objektiven Wertung lagen die Schwierigkeiten bezüglich internationaler Kontakte an der am Anfang noch nicht ganz ausgereiften ideologischen Ausrichtung der Organisation. (Nach ursprünglicher Vorstellung sollten die Arbeiterräte die Leitung der Firmen, ähnlich wie im ehemaligen Jugoslawien, übernehmen.) Im Vergleich zur Liga verfügte der MOSZ nicht über die notwendigen Strukturen da er sich hauptsächlich in den Krisenbranchen organisierte, wie auch der Mangel an Sprachkenntnissen den Ausbau von Kontakten behinderte.

Unter der Führung von Imre Palkovics, der über ein Mandat der damals regierenden MDF verfügte, wurden die Kontakte zum kleinen Bund der Christlich-Sozialen gesucht und dies führte letztendlich auch zur Aufnahme bei der WVA. Hier soll über diese Entscheidung die Reaktion von Reiner Girndt¹²⁰ in einem Gespräch mit Imre Palkovics erwähnt werden: „...es mir nicht ansteht, seine Entscheidung für den christlichen WVA zu bewerten. Er muss im Interesse seiner Gremien das Beste für die Zukunft der Arbeiterräte tun. Wenn das dadurch zu gewährleisten ist, dass er sich den „Christlichen“ zuwendet, wird es an meiner Bereitschaft, mit den Arbeiterräten zu kooperieren, nichts ändern“. Diese Aussage ist ein Beweis dafür, daß bereits einige erkannt haben, daß eine Unterstützung nicht von parteipolitischer Zuordnung abhängig gemacht werden darf. Dadurch sind regelmäßige Kontakte mit traditionell starken christlichen Gewerkschaften wie in der Schweiz, Luxemburg, Belgien und Holland entstanden.

Die anderen Konföderationen wie ASZSZ, SZEZ und ÉSZT, (Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes bzw. der Hochschulen und Forschung), haben begonnen, ihren Platz in den entsprechenden Internationalen Berufssekretariaten zu suchen, nachdem sie keine Chance zur Aufnahme im IBFG hatten.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB/ETUC) verfolgte im Vergleich zum IBFG eine andere Strategie. Er ließ sich sogar etwas mehr Zeit bei der Aufnahme von Vollmitgliedern als der IBFG. Er schuf jedoch bereits 1991 das „Forum für Zusammenarbeit und Integration“ mit den Hauptzielen:

- o Stärkung der Verbindungen zwischen den Gewerkschaften Mittel- und Osteuropas und dem EGB, so wie dessen (nationalen) Mitgliedsorganisationen,
- o die Förderung des freien und unabhängigen Gewerkschaftswesens und der Sozialpartnerschaft in der Region,

¹²⁰ Aus der Bundesrepublik betreibt die der SPD nahe stehenden Friedrich Ebert Stiftung (FES) seit Herbst 1990 in Ungarn ein eigenes Gewerkschaftsprojekt unter dem Motto: „Arbeitsbeziehungen und gewerkschaftliche Kooperation“. Die FES ist die größte und älteste politische Stiftung in Deutschland. Sie ist den Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet und engagiert sich weltweit zugunsten einer Politik der Freiheit, der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit. Die Leitung in Budapest wurde von Rainer Girndt von 1991 bis 1999 wahrgenommen. (siehe E-Mail Informationen, dokumentiert im Quellen- und Literaturverzeichnis D) Abschnitt E/4 Girndt)

- o Verbesserung der Interessensvertretungen der MOE- Gewerkschaften gegenüber ihren Regierungen und den europäischen Institutionen.

In diesem Sinne erfolgte im Jahr 1996 der Aufbau nationaler Integrationskommissionen zur Unterstützung der Bünde in den Kandidatenländern und den EU-Mitgliedsländern bei der Ausarbeitung von Eingaben an die einzelstaatlichen Regierungen und die EU zu Fragen des Erweiterungs-/Beitrittsverfahrens. Die ungarische Integrationskommission war dabei ein Beispiel für gelungene Zusammenarbeit mehrerer Konföderationen in dieser Sachfrage.

Im ersten Schritt nahm dann der EGB im Jahr 1995/96 die beiden IBFG – Mitglieder MSZOSZ und Liga sowie das WVA – Mitglied MOSZ als Vollmitglieder auf. Die anderen Dachorganisationen bekamen den Beobachterstatus. Ab Oktober 1998 wurden sie ebenfalls Vollmitglieder. Die ungarischen Gewerkschaften haben sich laut Rainer Girndt interessanterweise nach der Wende, zum Unterschied der anderen Nachbarstaaten, von Anfang an den Vorrang der europäischen gegenüber der internationalen Gewerkschaftspolitik gegeben. (Wegen der angestrebten EU – Mitgliedschaft war diese Haltung durchaus verständlich.)¹²¹

Auch die bilateralen Kontakte zwischen den ungarischen Konföderationen zu den Bünden der anderen Länder entwickelten sich mit unterschiedlicher Intensität. So hat der MSZOSZ gleich an alte Kontakte anzuknüpfen versucht, von den amerikanischen Gewerkschaften wurde er aber geschnitten. Der DGB hatte zu SZOT gute Beziehungen, deshalb brachen sie auch zu MSZOSZ nicht ab, wenngleich in den ersten Jahren die Sympathien eher zur Liga tendierten. (Das gilt vor allem für die Zeit, als Pál Forgács an der Spitze der Liga stand.) Beim ÖGB war eine deutliche Affinität zum MSZOSZ festzustellen. Die Autonomen (ASZSZ) unter Lajos Föcze waren sehr rührig in Richtung Skandinavien, Belgien und auf Branchenebene (Chemiearbeiter), mit gewissem Erfolg auch in Österreich, Deutschland und sogar in den USA. Die Liga hatte gute Kontakte nach Italien, Frankreich, USA (später kühlte sich beiderseits das Verhältnis ab). Interessant ist, dass ab 1993/94 zunehmend wieder die Beziehungen zu den ehemals sozialistischen Bruderländern intensiviert wurden, während in den ersten Jahren nach der Wende der Kontakt zum Westen im Vordergrund stand, weil natürlich das gewerkschaftliche Know-How von dort transportiert werden sollte.

¹²¹ E-Mail Informationen, dokumentiert im „Quellen- und Literaturverzeichnis“ im Abschnitt D unter E/4. Girndt Rainer FES.

Die Konföderation SZEF verhielt sich eher zurückhaltend was internationale Kontakte betraf und konzentrierte sich zunächst auf die „internen Geschäfte“.

Heute ist davon auszugehen, dass es durch die inzwischen langen Erfahrungen der Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene (auch bilateral) dicht gesponnene Netze sind und die Beziehungen je nach Bedarf in den Vordergrund gestellt werden.

Die Arbeitnehmer und ihre Vertretungen

Während des Einparteien-Systems war die gewerkschaftliche Mitgliedschaft obligatorisch, dementsprechend hoch war auch die Anzahl der Mitglieder. Am Anfang des Jahres 1990 waren beim SZOT noch immer knapp 3 Millionen Arbeitnehmer registriert. Obwohl der SZOT nicht gerade die Funktion der Arbeitnehmervertretung erfüllte, konnte sich diese Organisation wegen der sozialen und kulturellen Unterstützungen, die sie ihren Mitgliedern angeboten hat, eine gewisse Anerkennung in den Betrieben erwerben. Gegenüber der Solidarnosc in Polen haben in Ungarn weder die Arbeitnehmer noch ihre Organisationen eine Rolle bei den Umwälzungen der 80-er Jahre gespielt, es wurde jedoch der Wechsel mit ihrer Unterstützung legitimiert. Dadurch sind die auf sich gestellten Arbeitnehmer nicht Teilhaber, sondern die Erleidenden und bald darauf die Verlierer des Wechsels geworden.

Die „alten Gewerkschaften“ konnten, obwohl sie als Relikt der politischen Vergangenheit angesehen wurden, zwar stark reduziert und etwas umgestaltet, die alten Strukturen erhalten. Die konservativen Regierungsmaßnahmen bezweckten durch die Enteignung des Gewerkschaftlichen Immobilienbesitzes (Erholungsheime), das Interesse der Arbeitnehmer, als Mitglied zu verbleiben, einzudämmen. Interessanterweise gelang es den Nachfolgeorganisationen vom SZOT sowohl im Bereich des öffentlichen Dienstes aber auch bei den in der Marktwirtschaft Beschäftigten, zwar auf einem relativ niedrigen Niveau, doch eine gewisse Stabilität zu erreichen. (siehe Anhang, Tabelle 21 und 22)

Die neuen, von unten organisierten Gewerkschaften, wollten die politischen Prozesse (inklusive Privatisierungen) nicht verzögern und dabei haben sie zu spät erkannt, in welchem Ausmaß diese Änderungen die Arbeitnehmer treffen werden. Weil sie mangels an Mitgliedern kaum über Einnahmen verfügten und die ausländischen Unterstützungen mit der Zeit nachließen, die wiederum für den Ausbau notwendiger Strukturen unerlässlich gewesen wären, konnten sie bisher an Attraktivität kaum dazu gewinnen.

Mit Desinteresse und Misstrauen werden die Arbeitnehmervertretungen Seitens der Arbeitnehmer weiterhin betrachtet. Aber auch aus Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, wollen viele nicht beitreten. Einen gewissen, nicht zu leugnenden Grund des Fernbleibens stellt in Zeiten, wo überall gespart werden muss, selbst der Mitgliedsbeitrag dar.

Die Veröffentlichungen der Mitgliederzahlen müssen mit Vorbehalt betrachtet werden. Einerseits versuchen sich die einzelnen Konföderationen gerade aus Rivalität günstiger darzustellen, andererseits fehlt oft eine verlässliche Administration bei den Dachorganisationen, wodurch nicht selten falsche Ziffern genannt werden. (siehe Anhang Nr. 21) Dies heißt, dass sich die einzelnen Dachorganisationen über die Mitgliederzahlen oft selbst nicht einmal im Klaren waren. Dieser Zustand wird sogar von der Konföderation selbst zugegeben. Oft werden Arbeitnehmer als Mitglieder mitgerechnet, wenn sie irgendwann eine Erklärung unterschrieben, jedoch seither nichts (auch keine Zahlungen) unternommen haben.

So zum Beispiel hat die Führung der Liga im Jahr 1991 von 135 Tausend Mitgliedern gesprochen und im Jahr 1993 sprach sie bereits von 250 Tausend. Nachdem diese Konföderation von unten organisiert war, wollte man sich nicht zu sehr auf die Zahlung des Mitgliedsbeitrages konzentrieren. Deshalb löste es auch keine große Enttäuschung aus, als der Rechnungsprüfer für das Jahr 1991 nur von etwa 50.000 zahlenden Mitgliedern berichtet hat.¹²²

Auf Unterschiede über Informiertheit und Akzeptanz der Gewerkschaften weisen die Befragungen unter den verschiedenen Altersgruppen hin. Demnach sind ältere Arbeitnehmer informierter und zeigen auch mehr Bereitschaft weiterhin Mitglied zu bleiben, obwohl sie damals der staatsnahen SZOT – Gewerkschaft mehrheitlich kritisch gegenüber standen. (Siehe Anhang Nr. 19 und 20)

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad unter den Beschäftigten ist in der öffentlichen Verwaltung (Behörden, Ministerien) und in den Bereichen der Gesundheit, Bildung, und sozialer Versorgung sowie bei den kommunalen Versorgungsunternehmen (Strom-, Gas-, Wasserversorgung) am höchsten. Die Bereiche Bergbau, Verkehr, Post und Kommunikation zeigen ebenfalls gleich hohe Akzeptanz. (siehe Anhang Nr. 15 bis 18)

¹²² László Kozák: Liga - Szakszervezet történelem (Die Geschichte der Liga) S. 47

Wesentliche ausbildungs- und berufsbedingte Unterschiede, was eine Mitgliedschaft betrifft, kann man kaum feststellen. Dies ist auch aus den im Anhang dargestellten Tabellen ersichtlich. (siehe Anhang Nr.19, 20 und 21)

Arbeitnehmer gleicher oder ähnlicher Berufsgruppen werden oft von eigenen Branchen gewerkschaften (z.B. Pädagogen) vertreten, die jedoch zugleich unterschiedlichen Konföderationen als Teilorganisation angehören. (siehe Anhang Nr. 22)

Ein Parlament der Arbeitnehmer, wie die AK in Österreich, gibt es nicht. Die Kammern in Ungarn erinnern uns eher an die Vorstellungen der Dollfuß Regierung in Österreich, wonach innerhalb von Branchen sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gemeinsam in Stände erfasst werden sollten. (letztendlich wurden in Österreich auch nur zwei Stände errichtet.)

Die Kammern in Ungarn vertreten demnach die fachlichen Interessen einer Branche.

Viele der Befragten können zwar ihre Branchen – Organisation nennen, jedoch welcher Dachorganisation diese angehört ist ihnen unbekannt!

Eine von „oben“ angeordnete und nicht auf dem Weg der mitgewachsenen Entwicklung entstandene Wirtschaft und Gesellschaft hat die bereits vorhandene Atomisierung weiter gesteigert. In dieser immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Situation wurde die Herausbildung einer „civil – culture“ verhindert.

Kapitel 4

Theoretischer Teil

Der Begriff „Wende“

Unter dem Begriff „Wendepunkt“ versteht man üblicherweise eine Stelle, von wo nach deren Erreichung (deren Passieren) ein Richtungswechsel erfolgt. Diese Richtungsänderung kann sowohl um einen realen geographischen Punkt verlaufen, wie auch genauso einen virtuellen Zeitpunkt bedeuten, nach dem die Ereignisse einen neuen Verlauf nehmen. Natürlich ist die Bezeichnung „Punkt“ ungenau. Wenn man die Zeitachse entsprechend vergrößert, sehen wir diesen Punkt nicht mehr als eine Spitze, sondern eher als einen Hügel. Ähnlich haben die gesellschaftspolitischen Ereignisse ihren Verlauf. Es ist eine Frage der Definition, um danach die Entscheidung zu treffen, welche Ereignisse (Phasen) damit vor und nach der Wende unmittelbar in Zusammenhang stehen und deshalb eine Einheit bilden.

So hat die Wende in Ungarn auch ihre Phasen gehabt und nur für einen Außenstehenden mit oberflächlicher Betrachtung wirkte sie wie eine gesellschaftspolitische Bruchstelle.

Die Transformationsphasen des Systemwechsels

Die Ausgangslage

Bereits am Ende der 60-er Jahre gab es Überlegungen, eine gewisse Liberalisierung zuerst im Bereich der Wirtschaft durch Motivation zuzulassen, um den Lebensstandard zu erhöhen. Der Vertreter des neuen Wirtschaftsmechanismus, Rezső Nyers, meinte: „Wenn die Preise durchgängig den Wert ausdrücken und dadurch das Geld zum allgemeinen Äquivalent wird, können die Unternehmen ihre Produktion entsprechend der Marktnachfrage gestalten“. Auf der Gegenseite mahnte noch Sándor Gáspár vor der Freigabe der Preisgestaltung, jedoch Jenő Fock gab bereits die mangelnde Effizienz und die „werkinterne Arbeitslosigkeit“ zu. Einer der größten Hemmnisse der Wirtschaft war der zentralistisch geführte Außenhandel und die zögernde Übernahme der Weltmarktpreise. Nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ musste Ungarn, auf Druck Moskaus, den „neuen Wirtschaftsmechanismus“ abwürgen.

A) Die Liberalisierung

Die Summe der aus dem „Westen“ (vor allem von der BRD) aufgenommenen Kredite betrug Anfang der 80-er Jahre bereits 9 Milliarden US \$. Diese wurde für die Aufrechterhaltung des Lebensniveaus ausgegeben, anstatt sie in die Reformierung der Betriebe oder für den Ausbau der Infrastruktur zu investieren. Aus dieser Lage heraus war die Regierung gezwungen die früheren Tabus zu brechen. Die Gründung kleinerer, privater Unternehmungen, wie auch der selbstständige „West“ Handel der Großfirmen wurde zugelassen. 1982 trat Ungarn dem „Internationalen Währungsfond“ bei. Die verstärkten West-Kontakte, wie die Ergebnisse der Helsinki Konferenz, ermutigte auch die „Dissidenten“. Auch die Schriftsteller trauten sich die ungarische „Nationale Identität“, wie auch die Betrachtung von 1956, neu zu verarbeiten. Ebenfalls innerhalb der Partei wurden Gruppen („Reformökonomen“) gebildet, die eine radikale Wende Richtung Marktwirtschaft und den Rückzug der Partei aus der Ökonomie gefordert haben. Sie wurden jedoch aus der Partei ausgeschlossen. Damit hat die Partei eine ähnliche Haltung wie Preußen Anfang des XIX Jahrhunderts, nämlich lieber Einheit als Freiheit angenommen. Diese Phase wurde jedoch nach kurzer Zeit überwunden, so konnten schrittweise immer offener oppositionelle, regierungskritische, intellektuelle Gruppen gebildet werden. Diese Gruppen wurden vom Staatsapparat nicht mehr verfolgt, sondern stillschweigend geduldet.

B) Die Demokratisierung

Erst mit dem Auftreten Gorbatschows formulierte Imre Pozsgay, „selbst der Sozialismus brauche statt des bisherigen Befehlssystems einen Konsens, in dem auch Gruppeninteressen sich repräsentiert fühlen“ (Dalos, Ungarn in der Nußschale S.179.) 1988 trat János Kádár als Generalsekretär der MSZMP zurück. Unter Ministerpräsident Károly Grosz begannen die „Runden Tisch“ Gespräche und diese Zeit kann als „Verhandlungsrevolution“ bezeichnet werden. Die Reformkräfte der KP erhofften weiterhin die Führung im Lande behalten zu können, jedoch legitimiert durch freie Wahlen. Die alte Verfassung Ungarns von 1949 wurde „novelliert“ (in der Praxis neu geschrieben). Auf Grund des neuen Vereinsrechts wurden Parteien (SZDSZ, FIDESZ usw.) gegründet. Die von Pozsgay gegründete MDF stand ideologisch zwischen Regierung und Opposition. Mit den ersten freien Wahlen nach 1947 am Ende März 1990 wurde der politische Systemwechsel vollzogen.

C) Die Konsolidierung

Unter wechselnden Regierungen, 1994 (Antall) Aufnahmeantrag in die EU, 1999 (Gyula Horn) Beitritt zur NATO, 2003 (Viktor Orban) Bekanntgabe von EU Beitrittsdatum, gelang es Ungarn, sich als konsolidierte Demokratie zu etablieren. Gleichzeitig mit der Erstarkung der neu gegründeten sozialistischen und der rechtskonservativen Parteien ist eine antagonistische Polarisierung zu beobachten. Die wirtschaftlichen Umwälzungen, Privatisierung der Industrie und Landwirtschaft, verbunden mit der Internationalisierung konnten auch bald abgeschlossen werden. Ein Mangel an „Civil Kultur“, die geringe Bereitschaft zur Teilname bei der Gestaltung, bedeutet weiterhin ein gewisses Risiko bei der Stabilisierung des Landes.

Die Formulierung der Friedrich Ebert Stiftung aus dem Jahr 1999 hat ihre Gültigkeit, Ungarn betreffend, bis heute beibehalten. „Äußerlich scheint die Gewerkschaftslandschaft in Ungarn seit Beginn des Transformationsprozesses Ende der 80-er Jahre nahezu unverändert geblieben zu sein. Der größte Teil der mehrere Hunderte zählenden Betriebs-, Berufs- und Branchengewerkschaften organisiert sich nach wie vor in den nach Mitgliederzahl unterschiedlich starken 6 Konföderationen. Daneben gibt es auch noch eine Reihe von Arbeitnehmerorganisationen, die keinem der reichlich vorhandenen Dachverbände anzugehören wünschen. Dieser sehr ausgeprägte Pluralismus macht eine abgestimmte Interessensvertretung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen nicht gerade einfach und gelegentlich verhindert es sie sogar.“¹²³

¹²³ Friedrich Ebert Stiftung: Gewerkschaften und Arbeitsmarkt in Südosteuropa. - Teil 1, Teildokument: Ungarn, Digitale Bibliothek, <http://library.fes.de/fulltext/id/00559001.htm> download: 20.10.2009, 17:24

Kapitel 5

Resümee

Die jahrzehntelange, ideologiebegleitete und staatszentralistische Führung hat die Herausbildung von echten Arbeitnehmerinteressenvertretungen verhindert. Auch die Ziele der wenigen Organisationen waren eher politisch als nach Arbeitnehmeranliegen motiviert (eine diesbezügliche Ausnahme bildete die Solidarnosc in Polen). Erst nach der Verabschiedung des Vereinsgesetzes von 1989 wurde die Gründung in Ungarn von staatsunabhängigen Interessenvertretungen ermöglicht. Nach der Wende hat der zu schnell hereinbrechende Turbokapitalismus die Verstaatlichten kurzerhand zerschlagen, wodurch besonders die ältere Generation stark betroffen war. Da die Wörter wie „Gewerkschaft“ und „sozial“ geschichtlich negativ belegt waren, konnte eine effiziente Vertretung nicht rechtzeitig aufgebaut werden. Obwohl die Zahl der Mitglieder kontinuierlich abnahm, konnte sie merkwürdigerweise in dem noch von den „Reformkommunisten“ (Regierung Miklós Németh) im Jahr 1988 gegründeten „Rat des Landes- Interessenausgleiches“ (Országos Érdekegyeztető Tanács, OÉT) eine für ungarische Verhältnisse starke politische Position einnehmen. In diesem tripartistisch aufgebauten Rat wurde die privilegierte Stellung der darin teilnehmenden Gewerkschaften ab 1992 sogar gesetzlich verankert. Unter der von Gyula Horn angeführten MSZP/SZDSZ Regierung (1994 bis 1998) kamen weitere Konsultative- und Mitbestimmungsrechte hinzu.

Eine kurze Zusammenfassung der weiterhin bestehenden Problemfelder

Arbeitnehmerseitig:

Früher herrschte die Meinung, es gehört einfach dazu, Gewerkschaftsmitglied zu sein, jedoch wird heute auf Grund der politischen Beeinflussung eine Mitgliedschaft oft abwertend betrachtet.

In dem nach Umfragen veröffentlichten Vertrauensindex der politischen Institutionen und Organisationen belegen die Gewerkschaften den letzten Platz, ähnlich wie am Ende der 80-er Jahre! (Befragung 2000)¹²⁴

¹²⁴ Tibor Polgár: *Ök így látják* (Sie sehen es so). Szakszervezetek tegnap, ma (és holnap?), Die Gewerkschaften gestern, heute (und morgen?). Verlag Dura, Budapest 2001, S. 5

Dass sie am Ende der 80-er Jahre auf der Vertrauensskala so weit hinten standen hat damit etwas zu tun, dass sie im Gegensatz zu Polen kein Motor und damit kein Antreiber der politischen Wende waren.

In der Gegenwart gibt es kaum eine Arbeitnehmerschicht, die durch erfolgreichen Kampf der Gewerkschaften von deren Dasein positiv überzeugt wäre. (Die früheren staatsnahen Großbetriebe wurden durch den wirtschaftlichen Umbruch als Folge der politischen Wende aufgelöst und die meisten Arbeitnehmer haben in den neu gegründeten Kleinunternehmungen Beschäftigung finden müssen.) Viele von denen befassen sich weiterhin in erster Linie mit der Bewältigung ihrer persönlichen Probleme und deshalb zeigen sie wenig Bereitschaft, an betreffenden Fragen der gesamten Gesellschaft aktiv mitzuwirken. Durch Desinteresse ist ihnen die Rolle der Gewerkschaften am westlichen Sozialstandard nicht bekannt und deshalb wird deren Stärkung auch nicht aktiv unterstützt.

Gewerkschaftsseitig:

Derzeit gibt es etwa 800 als selbstständige Rechtspersonen angemeldete Gewerkschaften. Die Anzahl der Mitglieder ist von 90% des einstigen SZOT's auf knapp 30% abgesunken. Bemerkenswert ist dabei, dass noch vor der Wende nicht einmal die Branchen-Gewerkschaften als selbstständige juristische Organisationen galten!

Die Gewerkschaften denken meist betriebsbezogen nach dem Beispiel der amerikanischen Gewerkschaften. Nur die alten Gewerkschaften orientieren sich noch eher branchenbezogen, aber jeder Betrieb stellt eine eigene Rechtspersönlichkeit dar und deshalb denken letztendlich alle in erster Linie an sich selbst. Eine der Ursachen, warum die Sozialstandards derart abgesenkt werden können, sind eben die auf Betriebsebene erfolgten Lohnverhandlungen.

Auch die Mitgliedsbeiträge verbleiben im Betrieb selbst und es wird, wenn überhaupt, nur ein minimaler Teil davon an den Branchenverband weitergeleitet. Erwartet wird jedoch von ihm,

dass Branchen-Kollektivverträge ausgehandelt werden. Dazu bräuchte er aber Fachleute und Datenmaterial und beides ist wegen der geringen finanziellen Ressourcen nicht vorhanden.¹²⁵

Regierungs- und parteienseitig:

Um bei den Privatisierungen das westliche Investitionskapital zu begünstigen wurde auf die dadurch betroffenen Arbeitnehmer wenig Rücksicht genommen. Nachdem die neu gegründeten Parteien die Gewerkschaft als ein Relikt des früheren Systems betrachtet haben, wurden deren Anliegen eher bekämpft als unterstützt. In dieser Hinsicht hat sich die MSZP (Sozialistische Partei Ungarns) besonders am Anfang auch ähnlich verhalten, um damit eine gewisse Distanz zur früheren MSZMP zu zeigen.

Die Meinung wurde allgemein vertreten, dass die Privatisierungen alle Bereiche der Gesellschaft erfassen müssen und es wurde nicht erkannt, dass ein Wohlfahrtsstaat gewisse Segmente im Interesse der Allgemeinheit weiterhin selbst zu organisieren hat.

Kategorisch betrachtet ist nicht die Gewerkschaft in der Krise, sondern die gesamte ungarische politische Kultur und das demokratische System. So gesehen ist die Krise der Gewerkschaft nur ein Teilproblem des Gesamtsystems.¹²⁶

¹²⁵ Vgl. Walter Sauer: Wider den gewerkschaftsfreien Raum, in Ost – West Informationen, Gewerkschaften im Osten zwischen Reform und Opposition, Vierteljahresschrift Nr. 2/96, Juli 1996, 8. Jg. S. 8.

¹²⁶ Vgl. Tibor Polgar: Ök így látják (Sie sehen es so). Szakszervezetek tegnap, ma (és holnap?). Die Gewerkschaften gestern, heute (und morgen?). Verlag Dura, Budapest 2001, S. 59.

Schlussbemerkungen

(Warum ist die Konsolidierung der Arbeitnehmervertretung aus „westlicher Sicht“ von immenser Bedeutung?)

Am Anfang der Wende schien es für die westlichen Gewerkschaften als eine Selbstverständlichkeit, im Osten aus Gründen der Solidarität beim Ausbau von Interessensvertretungen der Arbeitnehmer behilflich zu sein. Diese Phase kann berechtigt als Hilfeleistung, in erster Linie in Form von Schulungen, bezeichnet werden. Dabei wurde die Konflikt- und Verhandlungsfähigkeit gestärkt. Die wichtigsten Themenbereiche waren dabei: Abschluss von Kollektivverträgen und Betriebsvereinbarungen, wozu Kenntnisse in der Betriebswirtschaft (zum Beispiel Lesen von Bilanzen) auch nicht fehlen durften. Ebenso war es wichtig Wissen über das Arbeitsrecht zu vermitteln, das in allen Ländern eher gewerkschaftsfeindlich ausgelegt war. Im Rahmen der Schulungen musste man auch die Wichtigkeit von Umweltauflagen verständlich machen, die in Zeiten der Arbeitslosigkeit kaum beachtet wurden. Entscheidend war dabei auch die Aufnahme der Konföderationen in den internationalen Organisationen der Arbeitnehmer (IBFG, EGB und WVA). Es hat sich dabei herausgestellt, dass die Vertreter der Ost-Gewerkschaften nicht nur Hilfe erhofft haben, sondern selbst in den Gremien mitarbeiten wollten. So ist aus der anfänglichen Unterstützung bald eine Zusammenarbeit geworden. Nachdem die Umwälzungen zuerst politisch und dadurch wirtschaftlich stattfanden und das Organisieren der Arbeitnehmer erst später erfolgte, beziehungsweise wurde denen in dieser Zeit kaum Beachtung geschenkt, konnte in vielen Fällen die Entstehung von „gewerkschaftsfreien“ wie auch „kollektivvertragsfreien“ und damit „regelungsfreien sozialpolitischen Zonen“ nicht verhindert werden. Die Auswirkungen davon machten sich zuerst bei den geografisch benachbarten Ländern bemerkbar. „Je stärker die Verflechtungen auf wirtschaftlichem oder sozialem Gebiet (Verschränkung der Arbeitsmärkte, Migration) zunahmen, desto konkreter wurde auch eine früher nicht gekannte sozial(politisch)e Interdependenz. Zum einen dienten Billiglöhne, fehlende oder ungenügende soziale Schutzbestimmungen oder Umweltauflagen als Standortargumente für Unternehmer, zum anderen konnte sich fehlende oder schwindende Kaufkraft als Hemmnis weiterer Exporte (mit entsprechenden Folgen für die Arbeitsplatzsituation im Westen) erweisen“.¹²⁷

¹²⁷ Walter Sauer (Historiker und internationaler Sekretär des ÖGB): Die neuen politischen Systeme in Mittel- und Osteuropa.

Damit ist es deutlich und klar geworden, dass wir im „Westen“ nicht mehr ein stiller, unbeteiligter Beobachter der Prozesse in Ost-Europa sind, sondern durch die Auswirkungen der Globalisierung ebenfalls als Betroffene da stehen. Die Verteidigung der sozialen Errungenschaften im Westen soll anstelle der erneuten Errichtung der Mauer zum Osten durch die Hebung des Sozialstandards im Osten mit Hilfe der dortigen Arbeitnehmerorganisationen erreicht werden. Deshalb sind die diesbezüglichen Bemühungen in Osteuropa nicht als „solidarische Hilfeleistung“ zu werten, sondern sie erfolgen aus unserem eigenen Interesse.

In diesem Sinne darf die Unterstützung der Arbeitnehmerorganisationen nicht an den Grenzen Ungarns bzw. Ost-Europas stehen bleiben, um einen fairen Wettbewerb auf der Welt sicherzustellen und dadurch Fertigungstiefe und Wertschöpfung weiterhin als Grundlage des Wohlfahrtsstaates erhalten zu können. Bezüglich Wertschöpfung muss die produktive wie auch die soziale Wertschöpfung vorrangig herangezogen werden!¹²⁸ Die Gewerkschaften selbst müssen die Initiative ergreifen, um ihre Mitspracherechte bei der Gestaltung der Gesellschaftspolitik einzufordern und dadurch maßgeblich bei der Verwirklichung einer friedlichen, sozialen Welt ihren Teil beizutragen.

Zitat Paul Krugman:“ Ohne Gewerkschaften sieht eine Gesellschaft anders aus. Als wir in den USA eine machtvolle Gewerkschaftsbewegung hatten, waren die Ökonomen eher skeptisch, was das bringt. Jetzt, da wir keine Gewerkschaften mehr haben, wissen wir, was wir an ihnen hatten“¹²⁹

¹²⁸ Es wäre an der Zeit eine gesetzlich verankerte dualistische Wertschöpfung zu schaffen, wie diese von der Stiftung-Europaverständigung (Gerhars Hein, Hamburg) gefordert wird. Demnach sollte ein gesetzlich festgelegtes Regelwerk ähnlich der marktwirtschaftlichen Wertschöpfung für die soziale Wertschöpfung verabschiedet werden. Dadurch könnte die Finanzierung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit abgesichert werden.

¹²⁹ FES – Forum zur Geschichte der ung. Gewerkschaften in Budapest Imre Farkas: Pester Lloyd Nr.45, 05.11.2008, S. 6.

Danksagung

Wie Norbert Elias treffend formulierte: "Die Arbeit in den Menschenwissenschaften, wie in anderen Wissenschaften, ist ein Fackellauf: man nimmt die Fackel von den vorangehenden Generationen, trägt sie ein Stück weiter und gibt sie ab in die Hände der nächstfolgenden Generation, damit auch sie über einen selbst hinausgeht. Die Arbeit der vorangehenden Generation wird dadurch nicht vernichtet, sie ist die Voraussetzung dafür, daß die späteren Generationen über sie hinauskommen können".¹³⁰ In diesem Sinne hätte auch diese Arbeit ohne der Hilfe von Personen, die bereit waren, mich mit ihrem Wissen zu unterstützen, nicht entstehen können. Aus diesem Grund fühle ich mich verpflichtet, einige von ihnen auch namentlich zu nennen.

Fr. Judit Lux, Professorin (und Autorin) an der Budapester Corvinus Universität war bereit, mir ihr Buch: „A szakszervezeti Tanács100 éve“ in Form einer Kopie zur Verfügung zu stellen. Die historische Aufarbeitung der Gewerkschaftsgeschichte wäre ohne ihre weitreichenden Informationen wesentlich schwerer und weniger vollständig ausgefallen.

Die Herren: László Kozák, Imre Nagy und Gábor Szathmáry, als höhere Funktionäre von drei Dachorganisationen, waren bereit, mir einerseits wichtige Schriftstücke über ihre Organisationen zukommen zu lassen und andererseits haben sie mir in persönlichen Gesprächen Hintergrundinformationen geliefert, wodurch sie viel dazu beitragen konnten, dass ich die Probleme der derzeitigen Arbeitnehmervertretungen in Ungarn besser verstehe.

Reiner Girndt ist Soziologe und er war im Auftrag der Friedrich Ebert Stiftung maßgeblich unterstützend bei der Gründung und dem Aufbau der Arbeitnehmervertretungen in Ungarn beteiligt. Er war bereit, mit mir offen über seine Erfahrungen und Eindrücke zu sprechen und mir auch wertvolle Informationen aus seiner Sicht zu liefern.

¹³⁰ Norbert Elias .Adorno-Rede. Respekt und Kritik, in: ders./Wolf Lepenies: Zwei Reden anlässlich der Verleihung des Theodor W. Adorno-Preises 1977, Frankfurt/M. 1977, 35-68),

Danksagung

Last, but not least möchte ich der Lektorin der Uni Wien Frau Brigitte Pellar meinen Dank aussprechen. Sie hat mir durch ihr umfangreiches Wissen viel über den Aufgabenkomplex Arbeitnehmervvertretung im Rahmen von Uni-Seminaren vermittelt und sie war in der späteren Folge auch bereit, mir bezüglich Aufbau dieser Arbeit in vielen persönlichen Gesprächen wertvolle Ratschläge zu geben. Sie hat mich auf eventuelle unklare bzw. erklärungsbedürftige Formulierungen ebenfalls aufmerksam gemacht, wie auch auf notwendige und deshalb erwähnenswerte Zusammenhänge hingewiesen.

Anhang

Informationen

Information A: Die Eckdaten Ungarns



Quelle: Europa auf einen Blick über: <http://de.wikipedia.org/wiki/Ungarn> download: 2006.03.14 11:26

- Fläche: 93.030 qkm.
- Bevölkerung: 10.060.670 (2006)
- Hauptstadt: Budapest Einwohner: 1.700.020
- Staatsform: Republik seit 1989. Verfassung von 1949, letzte Änderung 1989.
- Nationalversammlung (Országgyűlés) mit 386 Abgeordneten, die alle vier Jahre gewählt werden. Staatsoberhaupt: László Sólyom, seit August 2005. Regierungschef: Ferenc Gyurcsány, seit 2004. Ungarn ist EU-Mitglied.
- Sprache: Amtssprache Madjarisch (ungarisch)
- Religion: 67,5 % römisch-katholisch, 25 % protestantisch
- Währung: Forint (HUF) 1 Euro = 247 Forint
- Auslandsverschuldung (in Millionen US \$): 30 289 (2004)
- Bruttoinlandsprodukt/Kopf: \$ 6350
- Inflationsrate: 6,8% (2004)
- Arbeitslosigkeit: 5,8% (2004)

Information B/1: Übersicht über die Gewerkschaftslandschaft in Ungarn Stand Juli 2004

Ungarischer Gewerkschaftsbund (MSZOSZ)

Gründungsjahr:	1990
Mitgliederzahl:	254.000 aktiv Erwerbstätige, 150.000 Auszubildende/ Rentner
Vorsitzender:	Tamás Wittich
Bedeutendste Branchen:	Metall, Handel, Bergbau, Bau, Lebensmittel, Post, Bahn
Internationale Mitgliedschaften:	EGB, TUAC, IBFG
Politische Ausrichtung:	sozialistisch, regelmäßig Wahlbündnisse mit sozialistischer Partei MSZP, einige Vorsitzende sind Parlamentsabgeordnete; Abspaltung der ehem. Einheitsgewerkschaft SZOT

Demokratische Liga Unabhängiger Gewerkschaften (FSzDL oder LIGA)

Gründungsjahr:	1989
Mitgliederzahl:	101.000
Vorsitzender:	István Gaskó
Bedeutendste Branchen:	vor allem Eisenbahn, Pädagogen, Verkehr
Internationale Mitgliedschaften:	EGB, TUAC, IBFG
Politische Ausrichtung:	"Alternative Gewerkschaft", strikte Trennung von Politik; Funktionäre, die in die Parteipolitik gehen, müssen ihr Gewerkschaftsamt niederlegen

Gewerkschaftliche Vereinigung der Intelligenz (ÉSZT)

Gründungsjahr:	1989
Mitgliederzahl:	85.000 aktive Erwerbstätige, 110.000 Rentner und inaktiv
Vorsitzender:	László Vigh
Bedeutendste Branchen:	Hochschulen, Forschungsinstitute, Uni-Kliniken
Internationale Mitgliedschaften:	keine formelle Mitgliedschaft des Bundes, EGB-Forums Mitglied
Politische Ausrichtung:	keine, eher Standesinteressenvertretung; Abspaltung des ehem. SZOT

Information B/2: Übersicht über die Gewerkschaftslandschaft in Ungarn Stand Juli 2004

Forum der Gewerkschaftlichen Zusammenarbeit (SZEF)

Gründungsjahr:	1990
Mitgliederzahl:	270.000-280.000 Aktive, 100.000-150.000 Rentner
Vorsitzender:	Endre Szabó
Bedeutendste Branchen:	Pädagogen, Gesundheitswesen, Kultur und Kunst, öffentliche Verwaltung, Polizei
Internationale Mitgliedschaften:	EGB
Politische Ausrichtung:	wg. der Mitglieder des öffentlichen Dienstes keine parteipolitische Bindung, den Mitgliedsgewerkschaften bleiben Wahlbündnisse selbst überlassen, Abspaltung der ehem. Einheitsgewerkschaft SZOT

Konföderation Autonomer Gewerkschaften (ASZSZ)

Gründungsjahr:	1990
Mitgliederzahl:	150.000 aktiv Erwerbstätige, 70.000 Rentner, 50.000 inaktiv
Vorsitzender:	János Borsik
Bedeutendste Branchen:	Verkehr, Pharma, öffentliche Dienstleistungen (Elektro-, Gas-, Wasserversorgung Erdöl), Fremdenverkehr, Gastronomie
Internationale Mitgliedschaften:	EGB, IBFG
Politische Ausrichtung:	Neutralität trotz einiger sozialdem. Branchenvorsitzender, Abspaltung der ehem. Einheitsgewerkschaft SZOT

Information B/3: Übersicht über die Gewerkschaftslandschaft in Ungarn Stand Juli 2004

Landesverband der Arbeiterräte (MOSZ)

Gründungsjahr:	1990
Mitgliederzahl:	58 600
Vorsitzender:	Imre Palkovics
Bedeutendste Branchen:	Schwerindustrie (Metall in Krisenregionen), Verkehr
Internationale Mitgliedschaften:	EGB, WVA
Politische Ausrichtung:	"Alternative Gewerkschaft", christlich-national, in der Tradition der Arbeiterräte aus der Revolution 1956 mit der Idee von Arbeiterselbstverwaltungen, bei den Wahlen 1998 informelle Wahlhelfer der konservativen Parteien, jetzt von konservativ - nationaler Regierung enttäuscht

Quelle: Leibniz Institut für Sozialwissenschaften, (<http://www.gesis.org/sowiport/home/ueberblick.html>) Beitrag von Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung

http://www.sowiport.de/themen/schwerpunkte/dbclear.html?&vcontent=-171,-214-214&order=_pubyear%3E,_edate%3E,_creator,_title download: 2010.03.06 17:55

Information C: Arbeitsrecht in Ungarn (deutschsprachiger Auszug)

Arbeitsvertrag

Der Arbeitsvertrag ist in schriftlicher Form mit folgendem Inhalt abzuschließen:

- Arbeitsort,
- Namen der Parteien sowie relevante persönliche Angaben,
- Lohn und dessen Struktur (z.B. zusätzliche Zahlungen für Schichtarbeit, usw.),
- Stelle des Arbeitnehmers.

Der Arbeitnehmer kann die Unwirksamkeit eines nicht schriftlich abgeschlossenen Arbeitsvertrages innerhalb von 30 Tagen ab Arbeitsaufnahme geltend machen.

Mindestlohn

Der Mindestlohn ist gesetzlich festgelegt. Neben dem gesetzlichen Mindestlohn sind auch durch Kollektivvertrag Mindestlöhne festgelegt. Neu ist, dass es ab Juli eine Staffelung des Mindestlohnes gibt: Der allgemeine Mindestlohn 2006 beträgt 62.500 HUF, der garantierte Mindestlohn für Facharbeiter 65.700 HUF bzw im Falle einer Berufspraxis von mind. 2 Jahren um 10 % mehr.

Befristung

Der Abschluss eines befristeten Arbeitsverhältnisses ist längstens für die Dauer von 5 Jahren möglich. Vereinbaren die Parteien nach Ablauf eines (kürzeren) befristeten Arbeitsverhältnisses eine weitere Befristung, darf die Gesamtdauer der aufeinander folgenden befristeten Arbeitsverhältnisse 5 Jahre nicht überschreiten.

Der befristete Arbeitsvertrag wandelt sich in einen unbefristeten um, sobald der Arbeitnehmer nach Zeitablauf mit Kenntnis seines Vorgesetzten mindestens einen weiteren Arbeitstag arbeitet.

Arbeitszeit

Die tägliche Normalarbeitszeit beträgt 8 Stunden. Spätestens nach 6 Stunden Arbeit hat der Arbeitnehmer Anspruch auf eine Pause von wenigstens 20 Minuten, nach jeweils drei weiteren Stunden Arbeit auf mindestens 20 weitere Minuten Pause. Die wöchentliche Normalarbeitszeit beträgt 40 Stunden.

Die Tagesarbeitszeit darf 12 Stunden nicht überschreiten. Die höchstzulässige Wochenarbeitszeit beträgt 48 Stunden.

Die tägliche Ruhezeit beträgt 11 Stunden; die Wochen(end)ruhe umfasst 2 Tage, von denen einer auf einen Sonntag fallen muss. Arbeitnehmer mit abweichender Arbeitseinteilung haben Anspruch auf eine ununterbrochene Ruhezeit von 40 Stunden pro Woche, in der ein voller Kalendertag liegt. Das Ausmaß der Überstundenarbeit darf 8 Stunden pro Woche und 200 Stunden pro Jahr nicht übersteigen. Mit Kollektivvertrag kann das Ausmaß der Überstundenarbeit auf 300 Stunden pro Jahr erhöht werden.

Zuschläge

Für Überstundenarbeit besteht Anspruch auf einem Zuschlag von 50 %. Für Sonntagsarbeit besteht in manchen Fällen Anspruch auf Lohn mit einem Zuschlag von 50 %.

Für Nachtarbeit (zwischen 22 Uhr und 6 Uhr) besteht Anspruch auf Lohn mit einem Zuschlag von 15 %. Für Schichtarbeit und im Falle einer ununterbrochenen Arbeitsordnung stehen Zuschläge zwischen 15 % und 40 % zu.

Urlaub

Der gesetzliche Urlaubsanspruch beträgt 20 Arbeitstage. Ab dem 25. Lebensjahr erhöht sich der Urlaubsanspruch stufenweise nach dem Lebensalter auf 30 Arbeitstage, die dann ab dem 45. Lebensjahr gebühren.

Beendigung von Arbeitsverhältnissen

Kündigung und Entlassung durch den Arbeitgeber müssen zu ihrer Rechtswirksamkeit schriftlich erfolgen und einen Hinweis auf die dem Arbeitnehmer zur Verfügung stehenden Rechtsmittel und deren Ausschlussfristen beinhalten.

Der Arbeitgeber kann den Arbeitnehmer nur bei Vorliegen bestimmter gesetzlicher Kündigungsgründe kündigen. Die Kündigungsfrist beträgt mind. 30 Tage, wird aber je nach Dauer des Arbeitsverhältnisses stufenweise bis auf 90 Tage verlängert. Der Arbeitnehmer muss für die Hälfte der Kündigungsfrist von der Arbeit freigestellt werden.

Kündigungsgründe

Die Kündigung eines Arbeitnehmers kann nur betrieblich-organisatorisch oder durch Umstände in der Person des Arbeitnehmers begründet werden. Kündigungsgründe sind zum Beispiel:

- Restrukturierung,
- diszipliniäre Verfehlungen,
- schlechte Arbeitsleistung.

Probezeit

Eine Probezeit kann vereinbart werden. Die übliche Länge beträgt 30 Tage, kann jedoch auch kürzer vereinbart werden. Sie darf jedoch maximal 3 Monate dauern. Während der Probezeit ist eine Kündigung mit sofortiger Wirkung von beiden Seiten möglich.

Abfertigung

Unter bestimmten Voraussetzungen gebührt dem Arbeitnehmer eine Abfertigung zwischen einem und neun Monatsdurchschnittsgehältern – abhängig von der Dauer des Arbeitsverhältnisses und der Art der Beendigung.

Quelle: Wirtschaftskammer Wien

*<http://www.wkw.at/docextern/ArbeitundSoziales/Extern/Arbeitsrecht/ArbeitsrechtinderEU/ArbeitsrechtUngarn.htm>
download: 2007.11.24 12:25*

Tabellen

Tabelle 1: Angewandte „Salamitaktik“ in der Wirtschaft

Die Entwicklung der Arbeitnehmeranteil in folge der Enteignungen und Verstaatlichungen

Datum	Grund der Änderung	Arbeitnehmer im verstaatlichtem Sektor
Vor 1945	Staatsbahnen	10%
Nach 26. 6.1946	Verstaatlichung der Bergwerke	22%
Nach 1.12.1946	Verstaatlichung der Schwerindustrie	>43%
Nach 4.12.1947	Verstaatlichung. der Banken u. Industrie	>50%
Nach 26. 3.1948	Verstaatlichung. Unternehmen ü. 100 MA	>84%
Nach 28.12.1948	Verstaatlichung. Unternehmen ü. 10 MA	~ 100%

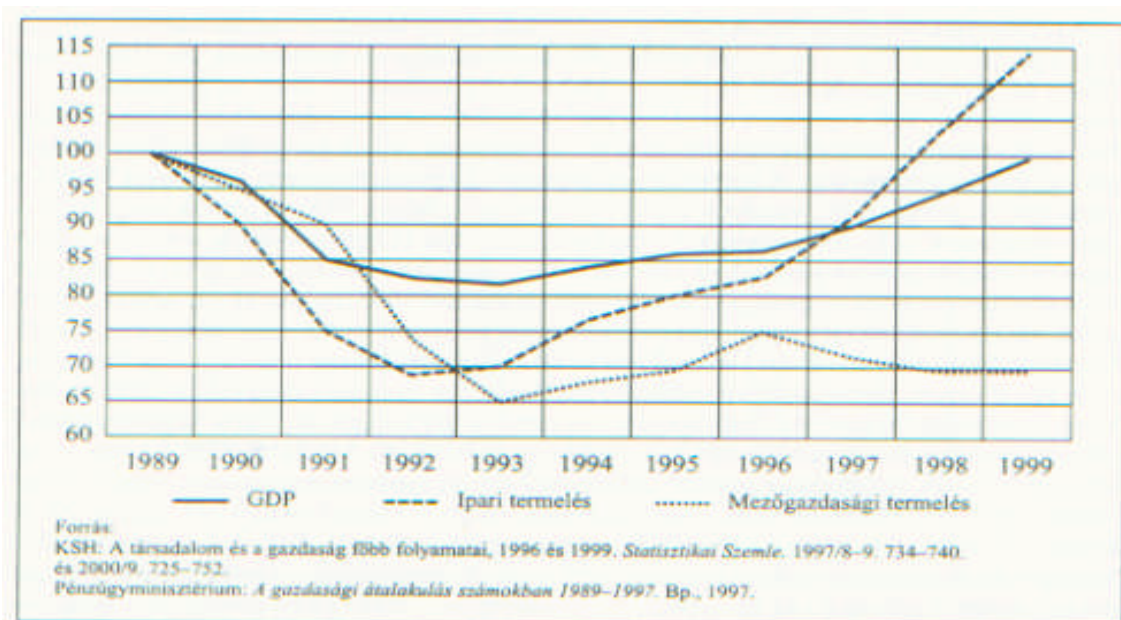
Quelle: Ignác Romsics: Magyarország története a XX. Században (Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert) Osiris Verlag, Budapest 2005, ISBN 963 389 719 X, Seite 310.

Tabelle 2: BIP Wachstum und Inflationsraten

Jahr	BIP Wachstum	Inflationsraten
1993	-0,6%	22,5%
1994	2,9%	18,8%
1995	1,5%	28,2%
1996	1,3%	23,6%
1997	4,6%	18,2%
1998	4,9%	14,3%
1999	4,4%	10,0%
2000	5,2%	9,8%
2001	3,8%	9,2%
2002	3,5%	5,3%
2003	2,9%	4,7%
2004	3,9%	6,8%

Quelle: bis 2000 "Investment Profile" der EBRD (European Bank of Reconstruction and Development) ab 2001 Bank Austria Creditanstalt, CEE-Report Nr.1-2005, Seite 20.

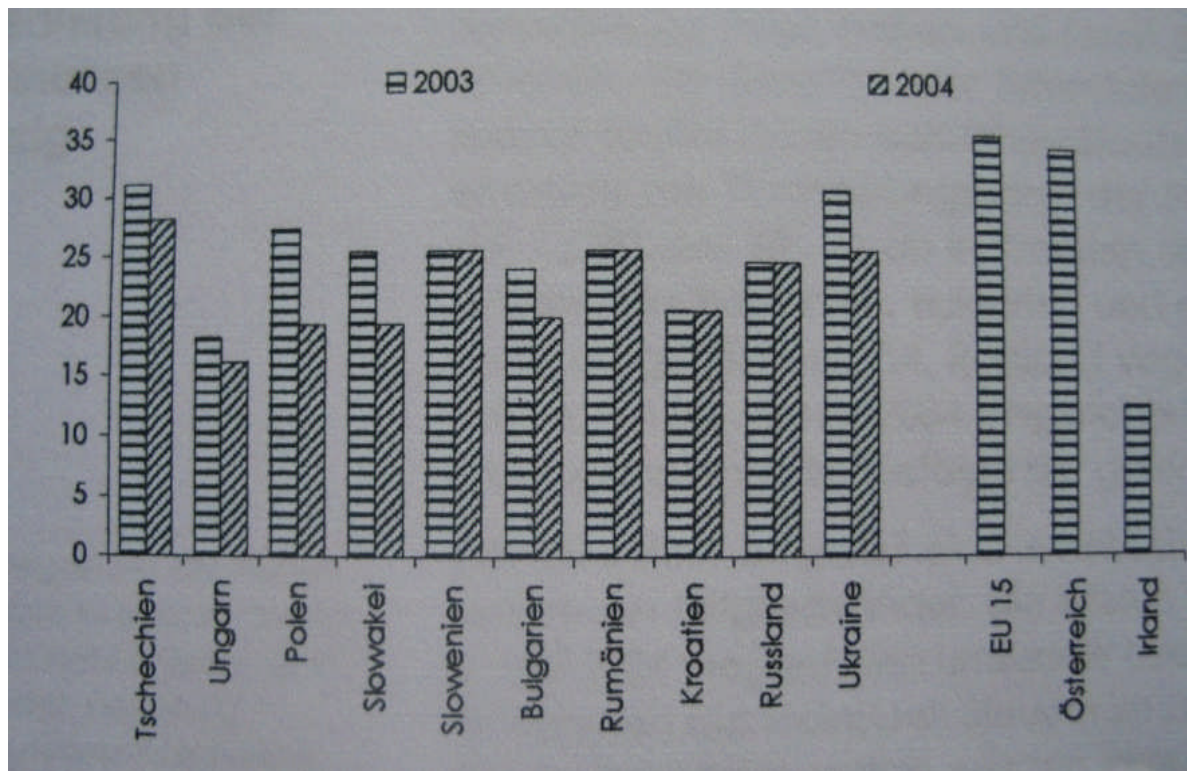
Tabelle 3: Industrie- Landwirtschaft- und BIP-Entwicklung



31. ábra. Az ipari és mezőgazdasági termelés, valamint a GDP alakulása, 1989-1996 (index: 1989=100)

Quelle: Ignác Romsics: Magyarország története a XX. Században (Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert) Osiris Verlag, Budapest 2005, ISBN 963 389 719 X, Seite 566.

Tabelle 4: Körperschaftssteuer im Vergleich



Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Kennzahlen zur Wirtschaftslage, Monatsberichte 5/2004 Seite 376.

Tabelle 5: Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung

	2005	2007	2009
Pensionsversicherung	18%	17%	16%
Gesundheitskasse	11%	9 %	8%
Insgesamt	29%	26%	24%

Quelle: Adó és Pénzügyi Ellenőrzési Hivatal (Ungarisches Steuer- und Finanzprüfungsamt) über <http://de.apeh.hu> unter <http://de.apeh.hu/steuern/sozialversicherungsbeträge.html> download 13.08.2009 11:24

Tabelle 6: Lebenserwartung (2005)

Land	insgesamt	Männer	Frauen
Österreich	78,92 Jahre	76,03 Jahre	81,96 Jahre
Ungarn	72,4 Jahre	68,18 Jahre	76,89 Jahre

Quelle: <http://www.welt-auf-einen-blick.de/bevoelkerung/lebenserwartung.php> download: 2.2.2010 10:22

Anhang

Tabelle 7: Beschäftigungsquote Männer

Periodendurchschnitt	2001	2002	2003	2004
	in Prozent			
Österreich	76,4	76,4	76,4	74,9
Deutschland	72,8	71,8	71,0	71,0
Spanien	72,4	72,6	73,2	73,7
Finnland	70,8	70,0	69,7	69,7
Frankreich	69,7	69,5	69,4	68,9
Griechenland	71,4	72,2	73,4	73,7
Irland	76,6	75,4	75,2	75,9
Italien	68,5	69,1	69,6	70,1
Niederlande	82,8	82,4	81,1	80,2
Portugal	77,0	76,5	75,0	74,2
Eurozone	71,9	71,7	71,5	71,6
Dänemark	80,2	80,0	79,6	79,7
Vereinigtes Königreich	78,3	78,0	78,1	77,8
Schweden	75,7	74,9	74,2	73,6
EU-15	73,1	72,9	72,8	72,7
Tschechische Republik	73,2	73,9	73,1	72,3
Ungarn	62,9	62,9	63,5	63,1
Litauen	58,9	62,7	64,0	64,7
Lettland	61,9	64,3	66,1	66,4
Malta	76,2	74,7	74,5	75,2
Polen	59,2	56,9	56,5	57,2
Slowenien	68,6	68,2	67,4	70,0
Slowakei	62,0	62,4	63,3	63,2
EU-25	71,3	71,0	70,9	70,9
Bulgarien	52,7	53,7	56,0	57,9
Rumänien	67,8	63,6	63,8	63,4
Türkei	69,4	66,9	65,9	-
Norwegen	80,7	79,9	78,3	-
Japan	80,5	79,9	79,8	-
Vereinigte Staaten	79,4	78,0	76,9	-

Quelle: Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch 2006 S. 18.

Tabelle 8: Beschäftigungsquote Frauen

Periodendurchschnitt	200 1	200 2	200 3	200 4
	in Prozent			
Österreich	60,7	61,3	61,7	60,7
Deutschland	58,7	58,9	59,1	59,9
Spanien	43,0	44,1	46,0	48,0
Finnland	65,4	66,2	65,7	65,6
Frankreich	56,0	56,7	57,2	57,4
Griechenland	41,5	42,9	44,3	45,2
Irland	54,9	55,4	55,7	56,5
Italien	41,1	42,0	42,7	45,2
Niederlande	65,2	66,2	66,0	65,8
Portugal	61,3	61,4	61,4	61,7
Eurozone	52,3	53,1	53,6	54,7
Dänemark	72,0	71,7	70,5	71,6
Vereinigtes Königreich	65,0	65,3	65,3	65,6
Schweden	72,3	72,2	71,5	70,5
EU-15	55,0	55,6	56,1	57,0
Tschechische Republik	56,9	57,0	56,3	56,0
Ungarn	49,8	49,8	50,9	50,7
Litauen	56,2	57,2	58,4	57,8
Lettland	55,7	56,8	57,9	58,5
Malta	32,1	33,9	33,6	32,8
Polen	47,7	46,2	46,0	46,2
Slowenien	58,8	58,6	57,6	60,5
Slowakei	51,8	51,4	52,2	50,9
EU-25	54,3	54,7	55,1	55,8
Bulgarien	46,8	47,5	49,0	50,6
Rumänien	57,1	51,8	51,5	52,1
Türkei	26,3	27,0	25,7	-
Norwegen	73,6	73,7	72,6	72,2
Japan	57,0	56,5	56,8	-
Vereinigte Staaten	67,1	66,1	65,7	-

Quelle: Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch 2006 S. 19.

Tabelle 9: Arbeitslosenquote Männer

Periodendurchschnitt	2002	2003	2004	2005
	in Prozent			
Österreich	4,0	4,0	4,4	4,8
Deutschland	7,1	8,2	8,7	8,9
Spanien	8,2	8,4	8,1	7,1
Finnland	9,1	9,2	8,7	8,2
Frankreich	7,9	8,6	8,7	8,7
Griechenland	6,8	6,2	6,6	6,2
Irland	4,7	5,0	4,9	4,6
Italien	6,7	6,5	6,4	6,1
Niederlande	2,5	3,5	4,3	4,5
Portugal	4,1	5,4	5,9	6,7
Eurozone	6,9	7,4	7,6	7,4
Dänemark	4,3	4,8	5,1	4,4
Vereinigtes Königreich	5,6	5,5	5,0	5,0
Schweden	5,3	6,0	6,5	6,4
EU-15	6,6	7,0	7,2	7,0
Tschechische Republik	5,9	6,2	7,1	6,5
Ungarn	6,2	6,1	6,1	6,9
Litauen	14,2	12,7	11,0	7,9
Lettland	13,3	10,6	10,6	9,1
Malta	6,7	6,8	7,1	7,1
Polen	19,1	19,0	18,2	16,5
Slowenien	5,9	6,3	5,8	5,9
Slowakei	18,6	17,4	17,4	15,7
EU-25	7,8	8,1	8,1	7,9
Bulgarien	18,9	14,1	12,5	10,0
Rumänien	7,8	7,2	8,6	8,0
Türkei	10,7	10,7	10,5	10,4
Norwegen	4,1	4,9	4,8	4,9
Japan	5,5	5,5	4,9	4,6
USA	5,9	6,3	5,6	5,1

Quelle: Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch 2006 S. 26.

Tabelle 10: Arbeitslosenquote Frauen

Periodendurchschnitt	2002	2003	2004	2005
	in Prozent			
Österreich	4,4	4,7	5,3	5,6
Deutschland	9,4	10,1	10,5	10,3
Spanien	16,4	16,0	15,0	12,2
Finnland	9,1	8,9	8,9	8,6
Frankreich	10,0	10,5	10,5	10,5
Griechenland	15,6	15,0	16,2	15,5
Irland	4,1	4,3	4,1	3,9
Italien	11,5	11,3	10,5	9,8
Niederlande	3,1	3,9	4,8	5,1
Portugal	6,0	7,2	7,6	8,6
Eurozone	10,1	10,5	10,5	10,0
Dänemark	5,0	6,1	6,0	5,5
Vereinigtes Königreich	4,5	4,3	4,2	4,2
Schweden	4,6	5,2	6,1	6,3
EU-15	9,0	9,3	9,3	8,9
Tschechische Republik	9,0	9,9	9,9	9,8
Ungarn	5,4	5,6	6,1	7,4
Litauen	12,8	12,2	11,8	8,5
Lettland	11,0	10,4	10,2	9,0
Malta	9,9	10,7	9,0	9,8
Polen	20,9	20,4	19,9	19,2
Slowenien	6,8	7,1	6,8	6,8
Slowakei	18,7	17,7	19,2	17,3
EU-25	10,0	10,2	10,3	9,8
Bulgarien	17,3	13,2	11,5	9,6
Rumänien	7,1	6,3	6,5	7,5
Türkei	9,4	10,1	9,7	10,2
Norwegen	3,6	4,0	4,0	4,4
Japan	5,1	4,9	4,4	4,2
USA	5,6	5,7	5,4	5,1

Quelle: Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch 2006 S.27.

Tabelle 11: Beschäftigungsquote der Roma-Minderheit (unter den 15 bis 49 Jährigen)

Jahr	Männer	Frauen	Gesamt
1984	95	61	77
1989	85	53	67
1993	39	23	31
2003	38	20	29

Quelle: Kemény István- Janky Béla-Lengyel Gabriella: *A magyarországi cigányság 1971-2003.seite 101. Etnikai-nemzeti Kisebbségkutató Intézet [http://oknyomozo.hu/node/download: 02.02.2010 21:10](http://oknyomozo.hu/node/download/02.02.2010%2021:10)*

Tabelle 12. Befragung der ArbeitnehmerInnen über die gewerkschaftliche Präsenz am Arbeitsplatz 2004 [Absolut]

Code	Volkswirtschaftliche Zweige	Gewerksch Vertretung	Keine gewerk. Vertretung	Nicht bekannt	Antw orten ges amt
A,B	Land- und Waldbewirtsch. und Fischerei	18968	98062	14743	131773
C	Bergbau	7257	4949	.	13606
D	Verarbeitungsindustrie	245269	444791	121389	811449
E	Strom-, Gas-, Dampf- und Wasserversorgung	36444	15871		60284
F	Bauwirtschaft	15230	191687	22350	229267
G	Handel und Service	38154	314133	46312	398599
H	Hotellerie und Gastwirtschaft	8512	94439	12153	115104
I	Transport, Lagerung, Post u. Kommunikation	142747	87096	23931	253774
J	Finanztätigkeiten	18345	38105	11035	67485
K	Immobilien, wirtsch. Dienste	23600	137830	22685	184115
L	Allg. Verwaltung, Sicherheit, Sozialversicherung	152195	97706	43658	329559
M	Unterrichtswesen	195228	92446	33506	321180
N	Gesundheits- und Sozialversorgung	142973	77075	31677	251725
O–Q	Sonstige Dienste	27731	67852	19159	114742
Gesamt		72653	1762042	411967	3246662

Quelle: Elektronisches Datenarchiv von MSZOSZ, zugänglich über WEB: <http://www.mszosz.com/> Adattár

(Datenarchiv) VI-07 (www.mszosz.hu/files/1/67/607pdf) download: 22.02.2010 16:08

Tabelle 13. Befragung der ArbeitnehmerInnen über die gewerkschaftliche Präsenz am Arbeitsplatz 2004 [in Prozent]

Code	Volkswirtschaftliche Zweige	Gewerksch. Vertretung	Keine gewerk. Vertretung	Nicht bekannt	Antworten gesamt
A,B	Land- und Waldbewirtsch. und Fischerei	14,4	74,4	11,2	100,0
C	Bergbau	53,3	36,4	10,3	100,0
D	Verarbeitungsindustrie	30,2	54,8	15,0	100,0
E	Strom-, Gas-, Dampf- und Wasserversorgung	60,5	26,3	13,2	100,0
F	Bauwirtschaft	6,7	83,6	9,8	100,0
G	Handel und Service	9,6	78,8	11,6	100,0
H	Hotellerie und Gastwirtschaft	7,4	82,0	10,6	100,0
I	Transport, Lagerung, Post und Kommunikation	56,3	34,3	9,4	100,0
J	Finanztätigkeiten	27,2	56,5	16,3	100,0
K	Immobilien, wirtsch. Dienste	12,8	74,9	12,3	100,0
L	Allg. Verwaltung, Sicherheit, Sozialversicherung	51,8	33,3	14,9	100,0
M	Unterrichtswesen	60,8	28,8	10,4	100,0
N	Gesundheits- und Sozialversorgung	56,8	30,6	12,6	100,0
O–Q	Sonstige Dienste	24,2	59,1	16,7	100,0
Gesamt		33,0	54,3	12,7	100,0

Quelle: Elektronisches Datenarchiv von MSZOSZ, zugänglich über WEB: <http://www.mszosz.com/> Adattár

(Datenarchiv) VI-07 (www.mszosz.hu/files/1/67/608pdf) download: 22.02.2010 16:16

Tabelle 14. **Anzahl bzw. Anteil und Verhältnis der Gewerkschaftsmitglieder nach volkswirtschaftlichen Zweigen 2004**

Code	Volkswirtschaftliche Zweige	Der Befragte		Antworten gesamt	Anteil der Mitglieder
		ist Gewerkschafts Mitglied	ist kein Gewerk- schafts-Mitglied		
		Anzahl der Personen			%
A,B	Land- und Waldbewirtsch. und Fischerei	13368	118405	131773	10,1
C	Bergbau	5122	8484	13606	37,6
D	Verarbeitungsindustrie	118583	692866	811449	14,6
E	Strom-, Gas-, Dampf- und Wasserversorgung	19017	41267	60284	31,5
F	Bauwirtschaft	8670	220597	229267	3,8
G	Handel und Service	21097	377502	398599	5,3
H	Hotellerie und Gastwirtschaft	4671	110433	115104	4,1
I	Transport, Lagerung, Post und Kommunikation	87145	166629	253774	34,3
J	Finanzwesen	8302	59183	67485	12,3
K	Immobilien, wirtsch. Dienste	10155	173960	184115	5,5
L	Allg. Verwaltung, Sicherheit, Sozialversich.	76540	217019	293559	26,1
M	Unterrichtswesen	94411	226769	321180	29,4
N	Gesundheits- und Sozialversorgung	66202	185523	251725	26,3
O–Q	Sonstige Dienste	16209	98533	114742	14,1
Gesamt		549492	2697170	3246662	16,9

Quelle: Elektronisches Datenarchiv von MSZOSZ, zugänglich über WEB: <http://www.mszosz.com/> Adattár (Datenarchiv) VI-07 (www.mszosz.hu/files/1/67/613pdf) download: 22.02.2010 16:06

Tabelle 15. Meinung der ArbeitnehmerInnen, wie weit der Kollektivvertrag ihren Gehalt beeinflusst? 2004

Code	Volkswirtschaftliche Zweige	Volkswirtschaftliche Zweige		Nicht bekannt	Antworten gesamt
		beeinflusst	beeinflusst nicht		
		das Gehalt der Befragten			
A,B	Land- und Waldbewirtsch. und Fischerei	63,8	19,3	16,9	100,0
C	Bergbau	50,0	35,7	14,3	100,0
D	Verarbeitungindustrie	56,8	27,2	16,0	100,0
E	Strom-, Gas-, Dampf- und Wasserversorgung	64,6	27,2	8,2	100,0
F	Bauwirtschaft	47,0	35,9	17,1	100,0
G	Handel und Service	57,1	30,6	12,3	100,0
H	Hotellerie und Gastwirtschaft	50,7	34,2	15,1	100,0
I	Transport, Lagerung, Post und Kommunikation	68,3	19,0	12,7	100,0
J	Finanzwesen	61,1	28,6	10,3	100,0
K	Immobilien, wirtsch. Dienste	53,0	38,0	9,0	100,0
L	Allg. Verwaltung, Sicherheit, Sozialversicherung	57,1	32,7	10,2	100,0
M	Unterrichtswesen	57,3	31,8	10,9	100,0
N	Gesundheits- und Sozialversorgung	59,5	28,8	11,7	100,0
O–Q	Sonstige Dienste	56,9	26,7	16,4	100,0
Gesamt		59,0	28,2	12,8	100,0

Quelle: Elektronisches Datenarchiv von MSZOSZ, zugänglich über WEB: <http://www.mszosz.com/> Adattár
(Datenarchiv) VI-07 (www.mszosz.hu/files/1/67/611pdf) download: 22.02.2010 16:19

Tabelle 16. ArbeitnehmerInnenbefragung nach Berufsgruppen über gewerkschaftliche Präsenz am Arbeitsplatz 2004

Code	Beschäftigungsgruppen nach ISCO-88	Gewerkschaftl. Vertretung vorhanden	Gewerkschaftl. Vertr.nicht vorhanden	Nicht bekannt	Antworten gesamt
1.	Oberste Führung der öffentlichen Verwaltung, Interessensvertretung und Wirtschaft	68307	108714	14230	191251
2.	Tätigkeiten, die eine selbstständige Anwendung von Hochschulausbildung erfordern	233006	167797	44064	444867
3.	Sonst. Tätigkeiten, die Hochschulausbildung erfordern	214890	228096	57831	500817
4.	Administrative und Sachbearbeiter Tätigkeiten	75563	116031	25134	261728
Geistige Beschäftigung insgesamt		591766	620638	141259	1353663
5.	Tätigkeiten in der Dienstleistung	101550	297598	47471	446619
6.	Land- und forstwirtschaftliche Tätigkeiten	7815	41934	6420	56169
7.	Tätigkeiten in Bau- und Industrieberufen	152777	407512	82076	642365
8.	Maschinenbauer und Fahrzeuglenker	129646	222491	68872	421009
9.	Tätigkeiten, die keine Fachausbildung erfordern	60891	164061	60870	285822
Manuelle Tätigkeiten gesamt		452679	1133596	265709	1851984
0.	Bewaffnete Heeres- und Polizeiverbände	28208	7808	4999	41015
Gesamt		1072653	1762042	411967	3246626

Quelle: Elektronisches Datenarchiv von MSZOSZ, zugänglich über WEB: <http://www.mszosz.com/> Adattár (Datenarchiv) VI-07 (www.mszosz.hu/files/1/67/609pdf) download: 22.02.2010 16:09

Tabelle 17: **Meinung der ArbeitnehmerInnen, nach Berufsgruppen, wie weit der Kollektivvertrag ihren Gehalt beeinflusst? 2004**

Code	Beschäftigungsgruppen nach ISCO-88	Der Kollektivvertrag		Nicht bekannt	Antworten gesamt
		beeinflusst	beeinflusst nicht		
		das Gehalt der Befragten			
1.	Oberste Führung der öffentlichen Verwaltung, Interessensvertretung und Wirtschaft	61,5	33,0	5,5	100,0
2.	Tätigkeiten, die eine selbständige Anwendung von Hochschulausbildung erfordern	60,9	30,6	8,5	100,0
3.	Sonst. Tätigkeiten, die eine Hochschulausbildung erfordern.	58,2	29,9	11,9	100,0
4.	Administrative und Sachbearbeiter Tätigkeiten	54,2	31,0	14,8	100,0
Geistige Beschäftigung insgesamt		59,1	30,7	10,2	100,0
5.	Tätigkeiten in der Dienstleistung	61,4	24,0	14,6	100,0
6.	Land- und forstwirtschaftliche Tätigkeiten	53,3	25,8	20,9	100,0
7.	Tätigkeiten in Bau- und Industrieberufen	60,1	24,7	15,2	100,0
8.	Maschinenbauer und Fahrzeuglenker	59,1	23,6	17,3	100,0
9.	Tätigkeiten, die keine Fachausbildung erfordern	50,9	26,5	22,6	100,0
Manuelle Tätigkeiten gesamt		59,0	24,4	16,6	100,0
0.	Bewaffnete Heeres- und Polizeiverbände	59,3	36,2	4,5	100,0
Gesamt		59,1	28,2	12,7	100,0

Quelle: Elektronisches Datenarchiv von MSZOSZ, zugänglich über WEB: <http://www.mszosz.com/> Adattár
(Datenarchiv) VI-07 (www.mszosz.hu/files/1/67/612pdf) download: 22.02.2010 16:20

Tabelle 18: **Anzahl und Anteil der gewerkschaftlichen Mitglieder nach Berufsgruppen 2004**

Code	Beschäftigungsgruppen nach ISCO-88	Der Befragte		Antworten gesamt	Anteil der gew. Mitglieder
		ist Mitglied einer Gewerkschaft	ist kein Gewerksch. Mitglied		
		Anzahl			
1	Oberste Führung der öffentlichen Verwaltung, Interessensvertretung und Wirtschaft	38444	152807	191251	20,1
2	Tätigkeiten, die eine selbstständige Anwendung von Hochschulausbildung erfordern	113092	331775	444867	25,4
3	Tätigkeiten, die Hochschulausbildung erfordern	111163	389654	500817	22,2
4	Administrative und Sachbearbeiter Tätigkeiten	37427	179301	216728	17,3
Geistige Beschäftigung gesamt		300126	1053537	1353663	22,2
5.	Tätigkeiten in der Dienstleistung	56843	389776	446619	12,7
6.	Land- und forstwirtschaftliche Tätigkeiten	4076	52093	56169	7,3
7.	Tätigkeiten in Bau- und Industrieberufen	80905	561460	642365	12,6
	Maschinenbauer und Fahrzeuglenker	65865	355144	421009	15,6
9.	Tätigkeiten, die keine Fachausbildung erfordern	24585	261237	285822	8,6
Manuelle Tätigkeiten gesamt		232274	1619710	1851984	12,5
0.	Bewaffnete Heeres- und Polizeiverbände	17092	23923	41015	41,7
Gesamt		549492	2697170	3246662	16,9

Quelle: Elektronisches Datenarchiv von MSZOSZ, zugänglich über WEB: <http://www.mszosz.com/> Adattár
(Datenarchiv) VI-07 (www.mszosz.hu/files/1/67/614pdf) download: 22.02.2010 16:22

Tabelle 19: ArbeitnehmerInnenbefragung über das Vorhandensein einer gewerkschaftlichen Vertretung im Betrieb 2004

Altersgruppen	Gewerkschaftliche Vertretung vorhanden	Gewerksch. Vertretung ist nicht vorhanden	Nicht bekannt	Antworten gesamt
	Anzahl der Personen			
15–24 jährige	47 697	181 893	47 482	277 072
25–29 jährige	125 856	322 654	77 363	525 873
30–39 jährige	282 688	482 530	109 084	874 302
40–54 jährige	495 769	638 737	142 840	1 277 346
55–59 jährige	96 316	104 830	26 275	227 421
60–74 jährige	24 327	31 398	8 923	64 648
Gesamt	1 072 653	1 756 042	411 967	3 246 662

Quelle: : Elektronisches Datenarchiv von MSZOSZ, zugänglich über WEB: <http://www.mszosz.com/> Adattár (Datenarchiv) VI-07 (www.mszosz.hu/files/1/67/610pdf) download: 22.02.2010 16:18

Tabelle 20: ArbeitnehmerInnenbefragung über die Anwendung eines Kollektivvertrages im Betrieb 2004

Altersgruppen	Im Betrieb Kollektivvertrag		Nicht bekannt	Antworten gesamt
	in Anwendung	nicht vorhanden		
	Anzahl der Personen			
15-24 jährige	35 819	152 479	88 774	277 072
25-29 jährige	93 262	284 408	148 203	525 873
30-39 jährige	210 360	434 648	229 294	874 302
40-54 jährige	383 255	569 695	324 396	1 277 346
55-59 jährige	73 629	95 521	58 271	227 421
60-74 jährige	20 476	28 777	15 395	64 648
Gesamt	816 801	1 565 528	864 333	3 246 662

Quelle: : Elektronisches Datenarchiv von MSZOSZ, zugänglich über WEB: <http://www.mszosz.com/> Adattár (Datenarchiv) VI-07 (www.mszosz.hu/files/1/67/610pdf) download: 22.02.2010 16:19

Tabelle 21 A: Entwicklung der Gewerkschaftsmitgliederzahlen (in 1.000)

	1990	1991	1994	1995
alte Gewerkschaften	3676	3190	2180	1860
Neue Gewerkschaften	311	445	208	140
Insgesamt	3998	3635	2368	2000

Quelle: Heti Világ Gazdaság, (Welt Wochenwirtschaft). Szakszervezeti tagság Heft Nr.36 14.9.1991 Seite 68.

Tabelle 21 B: Entwicklung der Mitgliederzahlen der einzelnen Konföderationen

Dachorg.	MSZOSZ	SZEF	ASZSZ	ÉSZT	Liga	MOSZ
1993	k. Ang.	270.000	110.000	100.000	100.000	65.000
1998	k. Ang.	240.000	140.000	105.000	100.000	60.000
2003	240.000	217.000	150.000	85.000	100.000	56.000

Quelle: Pál Gergely, A szakszervezeti tagság Európában (Gewerkschaften in Europa)

<http://mathom.dura.hu/mszeib/tanulmanyok/tagsag.htm> download: 2010.03.06 23:35

Tabelle 21 C: Gewerkschaftsmitgliederzahlen nach Konföderationen 1991

Dachorg	MSZOSZ	SZEF	ASZSZ	ÉSZT	Liga	MOSZ
	2.600.000	500.000	300.000	60.000	250.000	106.000

Quelle: Friedrich Ebert Stiftung: Gewerkschaftskooperation mit Osteuropa S. 3. Ungarn <http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/c95-00020.pdf> download: 2009.10.20 17:08

Tabelle 21 D: Mitgliederzahlen nach Konföderationen

Dachorg.	MSZOSZ	SZEF	ASZSZ	ÉSZT	Liga	MOSZ
1990	2683	557	374	63	130	106
1991	2000	750	350	90	250	120
1993	1200	550	410	110	250	160
1994	1200	500	360	95	103	150
2001	235	300	120	40	50	50

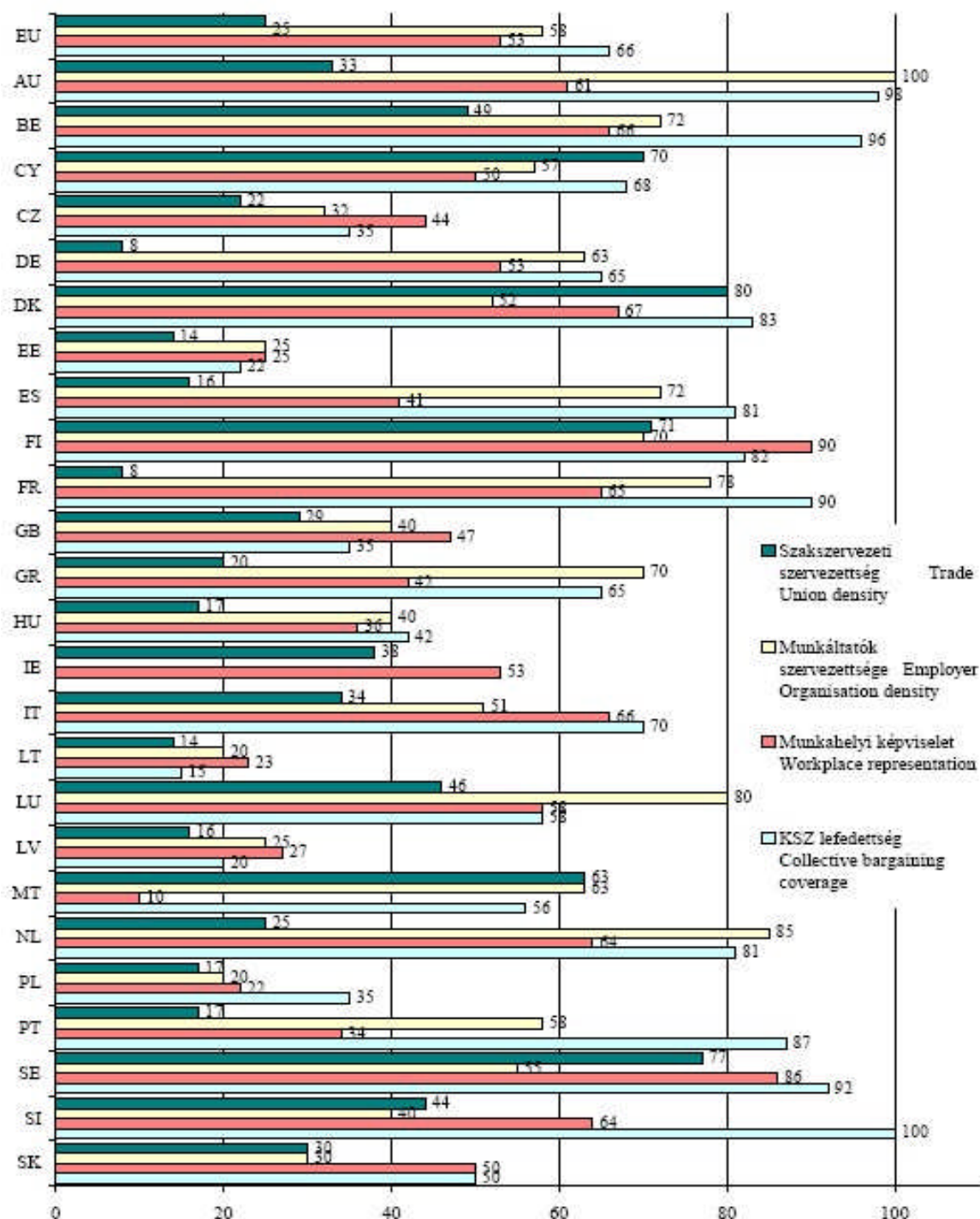
Quelle: Tóth Ferenc: Munkügyi kapcsolatok története (Geschichte der Arbeitbeziehungen). Budapest 2004
Közgazdaságtudományi és Államigazgatási Egyetem Tankönyv (Lehrbuch der Wirtschaftsuniversität) S. 196.

Tabelle 22: Dachorganisationszugehörigkeit und Anzahl der Mitglieder einiger ausgewählter Teilorganisationen im öffentlichen Dienst

	Dach- organisation	Name der Teilorganisation	Anzahl der Mitglieder	%
1.	SZEF	Gewerkschaft der Pädagogen	43.196	8,25
2.	Liga	Demokratische Gewerkschaft der Pädagogen	3.480	0,66
3.	MSZOSZ	Gewerkschaft d. Ung. Allg- und Fachausbildung	656	0,13
4.	SZEF	Gewerkschaft der Volksbildungsmitarbeiter	2.111	0,40
5.	ÉSZT	Gewerkschaft der Hochschulmitarbeiter	6.226	1,19
6.	ÉSZT	Gewerkschaft der wissenschaftlichen und innovativen Mitarbeiter	620	0,12
7.	Liga	Demokratische Gewerkschaft der wissenschaftlichen Mitarbeiter	90	0,02
8.	ÉSZT	Gewerkschaft der Mitarbeiter in der Forschung und Ausbildung im Agrarbereich	927	0,37
9.	SZEF	Demokr. Gewerkschaft der Kindergärtner	3.527	0,67
10.	SZEF	Demokr. Gewerkschaft der Mitarbeiter des Gesundheits- und sozialen Bereiches	22.126	4,23
11.	MSZOSZ	Gewerkschaft für die Mitarbeiter des sozialen Bereiches	3.403	0,65
12.	ÉSZT	Selbständige Organisation der Mitarbeiter im Gesundheitsbereich	113	0,02
13.	SZEF	Selbständige Gewerkschaft für die Mitarbeiter der Rettung	2.532	0,48
14.	ÉSZT	Gewerkschaftsverband der Medizinischen Universitäten	5.596	1,07
15.	Liga	Verband der ungarischen Ärzte	40	0,01
16.	SZEF	Gewerkschaft der Volksgesundheit	54	0,01
17.	ASZSZ	Gewerkschaftsverband der Pharmaindustrie	38	0,01
18.		Mitgliederanzahl in weiteren 20 Organisationen	18.387	3,51
Ge- samt		Gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer	113.122	21,61
		Anzahl der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes	523.518	100,00

Quelle: Ministerium für Arbeit und Soziales. Komitee für die Feststellung der Repräsentativität 2008
http://www.szmm.gov.hu/mkir/doksik/letszam/ormb_2008_2.pdf download: 22.02.2010 15:48

Tabelle 23: Organisationsgrad der Arbeitgeber bzw. der Gewerkschaften und die Kollektivverträgliche Abdeckung in der EU



Quelle: Industrial relations developments in Europe 2006, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, 2004, www.eurofound.europa.eu download: 10.03.2010 9:40

Abkürzungsverzeichnis bzw. deren Übersetzungen

ASZSZ	Autonom Szakszervezetek Szövetsége	Konföderation Autonom. Gewerkschaften
EKA	Ellenzéki Kerek Asztal	Oppositioneller Runder Tisch
ÉSZT	Értelmiségi Szakszervezeti Tömörülés	Gewerkschaftl. Vereinigung d. Intelligenz
ÉT	Érdekegyeztető Tanács	Rat des Interessenausgleiches
FIDESZ	Fiatal Demokraták Szövetsége	Verband der Jungdemokraten (ab 1988)
FKGP	Független Kisgazdapárt	Partei der Unabhängigen Kleinwirte
FRDESZ	Fegyveres és Rendvédelmi Dolgozók Érdekvédelmi Szövetsége	
	Verband der Interessensvertretungen der bewaffneten Arbeitnehmer (z.B. Polizei)	
KB	Központi Bizottság	Zentral Komitee (Führungsgremium der KP)
LIGA	Szabad Szaksz. Dem. Ligája	Demokr. Liga der Unabh. Gewerkschaften
MDF	Magyar Demokrata Forum	Ungarisches Demokratisches Forum (ab 1987)
MDP	Magyar Dolgozók Párja	Partei der Ungarischen Arbeiter (1948-1956)
MGYOSZ	Magyar Gyárosok Szövetsége	Verband der ungarischen Industriellen
MKP	Magyar Kommunista Párt	Partei der Ungarischen Kommunisten (bis 1948)
MNT	Magyar Nemzeti Tanács	Ungarischer Nationalrat
MODESZ	Mozgókép Demokr. Szakszervezet	Demokr. Gewerkschaft der Filmproduzenten
MOSZ	Munkástanácsok Orsz. Szövetsége	Landesverband der Arbeiterräte (ab 1989)
MSZDP	Magyar Szociáldemokrata Párt	Ung. Sozialdem. Partei (bis 1945 u. ab 1989)

Abkürzungsverzeichnis bzw. deren Übersetzungen

MSZMP Magyar Szocialista Munkáspárt	Ung. Sozialistische Arbeiterpartei (1956-1989)
MSZP Magyar Szocialista Párt	Ungarische Sozialistische Partei (ab 1989)
MSZOSZ Magyar Szakszervezetek Orsz. Szövetsége	Landesverb. d. Ung. Gewerkschaften
OÉT Országos Érdekegyeztető Tanács	Rat des Landes- Interessensausgleiches
OTI Országos Társadalombiztosítási Intézet	Landes - Sozialversicherungsinstitut
PB Politikai Bizottság	Polit Büro (oberstes Gremium der KP)
PDSZ Pedagógusok Demokratikus Szakszervezete	Demokr. Gewerksch. der Pädagogen/LIGA
PSZ Pedagógusok Szakszervezete	Gewerkschaft der Pädagogen/ÉSZT
SZDP Szociál Demokrata Párt	Sozialdemokratische Partei (bis 1948)
SZDSZ Szabad Demokraták Szövetsége	Verband der Freien Demokraten (ab 1988)
SZEFSzakszervezetek Együttműködési Forum	Forum der Gewerksch. Zusammenarbeit
SZOTSzakszervezetek Országos Tanácsa	Landesrat der Gewerkschaften (bis 1990)
SZSZ Szabad Szervezetek	Freie Verbände
SZT Szaktanács	Fachrat
TB Társadalom Biztosítás	Sozial - Versicherung
TDDSZ - Tudományos Dolgozók Demokratikus Szakszervezete	Demokratische Gewerkschaft der Wissenschaftlichen Mitarbeiter
TUDOSZ Tudományos és Innovációs Dolgozók Szakszervezete	Gewerkschaft der Wissenschaftlichen und Innovativen Mitarbeiter

Personenverzeichnis

(letzte Aktualisierung: Juni 2010)

Dekan Jenő, Elnök (Präsident) Sütőipari Dogozók Szakszervezete –ÉDOSZ (Gewerkschaft der ArbeitnehmerInnen der Lebensmittelindustrie) Sekretärin: Berta Andrasne beragi@edosz.hu
(+36 1) 413-2121
e-mail: dekan.jeno@axelero.hu

György Karoly, Nemzetközi titkár (Internationaler Sekretär) Magyar Szakszervezetek Országos Szövetsége – MSZOSZ (Ungarischer Gewerkschaftsbund) Mobil (06-30)9211 189, 3232 656
e-mail: kgyorgy@mszosz.hu

Kozák László, Autor, Oktatási felelős (Bildungsbeauftragter) Független Szakszervezetek Demokratikus Ligája – LIGA (Demokratische Liga Unabhängiger Gewerkschaften)
e-mail: kozak@liganet.hu

Kurtan Sandor, Autor, Professor der Corvinus Universität Budapest, (+36 1) 4825363 Privat: 2115082
e-mail: sandor.kurtan@uni-corvinus.hu

Lux Judit, Autorin, Professorin der Corvinus Universität
Uni: (+36 1) 428 7080, 478-5245 Privat: 2055084 oder 3267387

Nagy Imre, alelnök (Vizepräsident) Munkástanácsok Országos Szövetsége-MOSZ (Landesverband der Arbeiterräte) e-mail: nagyimre1@gmail.com

Pellar Brigitte, Historikerin, Autorin, Lektorin der Uni Wien, Privat: 0664 5018315
e-mail: aon.912491000@aon.at

Romsics Ignác, Professor an der Eszterházy Hochschule
Autor, Privat: (+36 27) 337444

Soki Gyula, Autor, tiszteletbeli elnök (Ehrenpräsident), Sütőipari Dolgozók Szakszervezete (Gewerkschaft der ArbeitnehmerInnen der Lebensmittelindustrie)

Personenverzeichnis

(+36 1) 413-2112

e-mail: soki@edosz.hu

Szathmari Gabor, Autor, Pressemanager und Stv. Chefredakteur, Szakszervezetek
Együttműködési Forum - SZE (Forum der Gewerkschaftlichen Zusammenarbeit)

Tel: 338-2651, 301-8732, Mobil: 0630 359-7318

e-mail: Szatmari.g@mail.tvnet.hu

Internetadressen der wichtigen Dach- bzw. Teilorganisationen

(letzte Aktualisierung: Juni 2010)

Értelmiségi Szakszervezeti Tömörülés ÉSZT (Gewerkschaftliche Vereinigung der Intelligenz)

<http://www.eszt.hu/index.php?p=7&a=2>

Független Szakszervezetek Demokratikus Ligája Liga (Demokr. Liga der Unabh. Gewerkschaften)

<http://www.liganet.hu/>

Közzszolgálati Szakszervezetek Szövetsége (Verband der Gewerkschafter im öffentlichen Dienst)

<http://www.kszs.org.hu/archiv/punkosdfurdo.html>

Magyar Szakszervezetek Országos Szövetsége MSZOSZ (Landesverband d. Ung. Gewerkschaften)

<http://www.mszosz.hu/>

Munkástanácsok Országos Szövetsége, MOSZ (Landesverband der Arbeiterräte)

<http://www.munkastanacsok.hu/57.html>

Szakszervezetek Együttműködési Fóruma SZÈF (Forum der Gewerksch. Zusammenarbeit)

<http://www.szef.hu/bemutakozunk/tagszakszervezetek>

Tudományos Dolgozók Demokratikus Szakszervezete TDDSZ (Demokratische Gewerkschaft der Wissenschaftlichen Mitarbeiter)

<http://www.tddsz.hu/rolunk.htm>

Tudományos és Innovációs Dolgozók Szakszervezete TUDOSZ (Gewerkschaft der Wissenschaftlichen und Innovativen Mitarbeiter)

<http://www.tudosz.hu/>

Quellen- und Literaturverzeichnis

A) Quellen

Gedruckte Quellen

A Munka Törvénykönyve (Gesetzbuch der Arbeit), Magyar Hírlap különkiadványa (Sonderausgabe) April 1992.

Internet Quellen

A Magyar Köztársaság Alkotmánya (Verfassung der Republik Ungarn)
<http://net.jogtar.hu/jr/gen/getdoc2.cgi?dbnum=1&docid=94900020.TV> 6.9.2008 17:43

Az egyesületi jog (Vereinsrecht) II. Gesetz 1989
<http://net.jogtar.hu/jr/gen/getdoc2.cgi?dbnum=1&docid=98900002.TV> 6.9.2008 17:38

Munkajog (Arbeitsrecht) Arbeitsrecht in Ungarn
http://www.balazshollo.hu/nemet/arbeitsrecht_in_ungarn.html download: 6.9.2008 17:42

Sztrájkjog (Streikrecht) http://net.jogtar.hu/jr/gen/hjegy_doc.cgi?docid=98900007.TV
download: 6.9.2008 17:41

Interviews und Schriftverkehr (siehe Dokumentationen auf CD-ROM)

B) Verzeichnis der Informationen und Tabellen im Anhang

Informationen:

A. Eckdaten Ungarns vgl. Wikipedia:Europa auf einen Blick <http://de.wikipedia.org/wiki/Ungarn>
unter: <http://www.europa-auf-einen-blick.de/ungarn/index.php> download: 2006.03.14 1:26

B. Übersicht über die Gewerkschaftslandschaft in Ungarn Stand Juli 2004, Vgl. Leibniz Institut für Sozialwissenschaften, (<http://www.gesis.org/sowiport/home/ueberblick.html>). Beitrag von Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung unter:
http://www.sowiport.de/themen/schwerpunkte/dbclear.html?&vcontent=-171,-214_-214&order=_pubyear%3E,_edate%3E,_creator,_title download: 2010.03.06 17:55

C. Arbeitsrecht in Ungarn (deutschsprachiger Auszug) Vgl: Internet Informationen der Wirtschaftskammer Wien

<http://www.wkw.at/docextern/ArbeitundSoziales/Extern/Arbeitsrecht/ArbeitsrechtinderEU/ArbeitsrechtUngarn.htm> download: 2007.11.24 12:25

Tabellen:

1. Angewandte „Salamitaktik“ in der Wirtschaft. Die Entwicklung der Arbeitnehmeranteil infolge der Enteignungen und Verstaatlichungen. Vgl. Ignác Romsics: Magyarország története a XX. Században (Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert) Osiris Verlag, Budapest 2005, ISBN 963 389 719 X, Seite 310.

2. BIP Wachstum und Inflationsraten. Vgl. bis 2000 “Investment Profile” der EBRD (European Bank of Reconstruction and Development) ab 2001 Bank Austria Creditanstalt, CEE-Report Nr.1-2005, Seite 20.

3. Industrie- Landwirtschaft- und BIP-Entwicklung. Vgl. Ignác Romsics: Magyarország története a XX. Században (Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert) Osiris Verlag, Budapest 2005, ISBN 963 389 719 X, Seite 566.

4. Körperschaftssteuer im Vergleich. Vgl. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Kennzahlen zur Wirtschaftslage, Monatsberichte Mai 2004 Nr. 5/2004 Seite 376.

5. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Adó és Pénzügyi Ellenőrzési Hivatal (Ungarisches Steuer- und Finanzprüfungsamt) über <http://de.apeh.hu> unter:

<http://de.apeh.hu/steuern/sozialversicherungsbeiträge.html> download 13.08.2009 11:24

6. Lebenserwartung (2005). Vgl. <http://www.welt-auf-einen-blick.de/index.html> unter <http://www.welt-auf-einen-blick.de/bevoelkerung/lebenserwartung.php> download: 2.2.2010 10:22

7. Beschäftigungsquote Männer. Vgl. Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch 2006 S. 18. unter Hinweis auf EUROSTAT, NewCronos-Datenbank, Strukturindikator.

8. Beschäftigungsquote Frauen. Vgl. Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch 2006 S. 19. unter Hinweis auf EUROSTAT, NewCronos-Datenbank, Strukturindikator.
9. Arbeitslosenquote Männer. Vgl. Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch 2006 S. 26. unter Hinweis auf EUROSTAT, NewCronos-Datenbank. Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung.
10. Arbeitslosenquote Frauen. Vgl. Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch 2006 S.27. unter Hinweis auf EUROSTAT, NewCronos-Datenbank. Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung.
11. Beschäftigungsquote der Roma-Minderheit (unter den 15 bis 49 Jährigen). Vgl. Kemény István-Janky Béla-Lengyel Gabriella: A magyarországi cigányság 1971-2003. (Ungarisches "Zigeunertum" 1971-2003) Seite 101. Etnikai-nemzeti Kisebbségkutató Intézet, (Institut für die Forschung der ethnischen Minderheit) Magyar Tudományos Akadémia (Seiten der Akademie der Ungarischen Wissenschaften), <http://oknyomozo.hu/node/> download: 02.02.2010 21:10
12. Befragung der ArbeitnehmerInnen über die gewerkschaftliche Präsenz am Arbeitsplatz 2004 [Absolut] Vgl. Elektronisches Datenarchiv von MSZOSZ, zugänglich über WEB: <http://www.mszosz.com/> Adattár (Datenarchiv) VI-07 (www.mszosz.hu/files/1/67/607pdf) download: 22.02.2010 16:08 unter Hinweis auf: Müszakrend, munkarend, szervezettség 2005, KSH, 2005 Working time arrangement, organization 2005 CSO, 2005 <http://portal.ksh.hu/portal>
13. Befragung der ArbeitnehmerInnen über die gewerkschaftliche Präsenz am Arbeitsplatz 2004 [in Prozent] Vgl. Elektronisches Datenarchiv von MSZOSZ, zugänglich über WEB: <http://www.mszosz.com/> Adattár (Datenarchiv) VI-07 (www.mszosz.hu/files/1/67/608pdf) download: 22.02.2010 16:16 unter Hinweis auf: Müszakrend, munkarend, szervezettség 2005, KSH, 2005 Working time arrangement, organization 2005 CSO <http://portal.ksh.hu/portal>
14. Anzahl bzw. Anteil und Verhältnis der Gewerkschaftsmitglieder nach volkswirtschaftlichen Zweigen 2004. Vgl. Elektronisches Datenarchiv von MSZOSZ, zugänglich über WEB: <http://www.mszosz.com/> Adattár (Datenarchiv) VI-07 (www.mszosz.hu/files/1/67/613pdf)

download: 22.02.2010 16:06 unter Hinweis auf Müszakrend, munkarend, szervezettség 2005, KSH, 2005 Working time arrangement, organization 2005 CSO, <http://portal.ksh.hu/portal>

15. Meinung der ArbeitnehmerInnen, wie weit der Kollektivvertrag ihren Gehalt beeinflusst? 2004. Vgl. : Elektronisches Datenarchiv von MSZOSZ, zugänglich über WEB: <http://www.mszosz.com/> Adattár (Datenarchiv) VI-07 (www.mszosz.hu/files/1/67/611pdf) download: 22.02.2010 16:19 unter Hinweis auf Müszakrend, munkarend, szervezettség 2005 KSH, Working time arrangement, organisation 2005 CSO, <http://portal.ksh.hu/portal>

16. ArbeitnehmerInnenbefragung nach Berufsgruppen über gewerkschaftliche Präsenz am Arbeitsplatz 2004. Vgl. Elektronisches Datenarchiv von MSZOSZ, zugänglich über WEB: <http://www.mszosz.com/> Adattár (Datenarchiv) VI-07 (www.mszosz.hu/files/1/67/609pdf) download: 22.02.2010 16:09 unter Hinweis auf Müszakrend, munkarend, szervezettség 2005, KSH, 2005 Working time arrangement, organization 2005 CSO, 2005 <http://portal.ksh.hu/portal>

17. Meinung der ArbeitnehmerInnen, nach Berufsgruppen, wie weit der Kollektivvertrag ihren Gehalt beeinflusst? 2004. Vgl. Elektronisches Datenarchiv von MSZOSZ, zugänglich über WEB: <http://www.mszosz.com/> Adattár (Datenarchiv) VI-07 (www.mszosz.hu/files/1/67/612pdf) download: 22.02.2010 16:20 unter Hinweis auf Müszakrend, munkarend, szervezettség 2005, KSH, 2005 Working time arrangement, organization 2005 CSO, 2005 <http://portal.ksh.hu/portal>

18. Anzahl und Anteil der gewerkschaftlichen Mitglieder nach Berufsgruppen 2004. Vgl. Elektronisches Datenarchiv von MSZOSZ, zugänglich über WEB: <http://www.mszosz.com/> Adattár (Datenarchiv) VI-07 (www.mszosz.hu/files/1/67/614pdf) Unter Hinweis auf: Müszakrend, munkarend, szervezettség 2005, KSH, 2005 Working time arrangement, organization 2005 CSO, 2005 <http://portal.ksh.hu/portal> download: 22.02.2010 16:22

19. ArbeitnehmerInnenbefragung über das Vorhandensein einer gewerkschaftlichen Vertretung im Betrieb 2004. Vgl. Elektronisches Datenarchiv von MSZOSZ, zugänglich über WEB: <http://www.mszosz.com/> Adattár (Datenarchiv) VI-07 (www.mszosz.hu/files/1/67/610pdf) download: 22.02.2010 16:18 unter Hinweis auf Müszakrend, munkarend, szervezettség 2005, KSH, 2005 Working time arrangement, organization 2005 CSO, 2005 <http://portal.ksh.hu/portal>

20. ArbeitnehmerInnenbefragung über die Anwendung eines Kollektivvertrages im Betrieb 2004. Vgl. Elektronisches Datenarchiv von MSZOSZ, zugänglich über WEB: <http://www.mszosz.com/Adattár> (Datenarchiv) VI-07 (www.mszosz.hu/files/1/67/610pdf) download: 22.02.2010 16:19 unter Hinweis auf Müszakrend, munkarend, szervezettség 2005, KSH, 2005 working time arrangement, organization 2005 CSO, <http://portal.ksh.hu/portal>

21/A. Entwicklung der Gewerkschaftsmitgliederzahlen (in 1.000) Vgl. Heti Világ Gazdaság, (Welt Wochenwirtschaft). Szakszervezeti tagság Heft Nr.36 14.9.1991 Seite 68.

21/B. Entwicklung der Mitgliederzahlen der einzelnen Konföderationen. Vgl. Pál Gergely, A szakszervezeti tagság Európában (Gewerkschaftsmitgliederzahlen in Europa) Dura Studio <http://mathom.dura.hu/mszeib/tanulmanyok/tagsag.htm> download: 2010.03.06 23:35

21/C. Gewerkschaftsmitgliederzahlen nach Konföderationen 1991. Vgl. Friedrich Ebert Stiftung: Gewerkschaftskooperation mit Osteuropa S. 3. Ungarn <http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/c95-00020.pdf> download: 2009.10.20 17:08

21/D. Mitgliederzahlen nach Konföderationen. Vgl. Tóth Ferenc: Munkaügyi kapcsolatok története (Geschichte der Arbeitbeziehungen). Budapest 2004 Közgazdaságtudományi és Államigazgatási Egyetem Tankönyv (Lehrbuch der Wirtschaftsuniversität) S. 196.

22. Dachorganisationszugehörigkeit und Anzahl der Mitglieder einiger ausgewählter Teilorganisationen im öffentlichen Dienst. Vgl. Ministerium für Arbeit und Soziales. Komitee für die Feststellung der Repräsentativität 2008.

http://www.szmm.gov.hu/mkir/doksik/letszam/ormb_2008_2.pdf download: 22.02.2010 15:48

23. Organisationsgrad der Arbeitgeber bzw. der Gewerkschaften und die Kollektivverträgliche Abdeckung in der EU. Vgl. Industrial relations developments in Europe 2006, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, 2004, www.eurofound.europa.eu download: 10.03.2010 9:40

C) Literatur und Internetveröffentlichungen

Gedruckte Literatur

Berend Iván; Terelőúton 1944-1990 (auf Umleitungen) Verlag Vince Budapest 1999

Borsányi György, Kende János; Magyarországi munkásmozgalom 1867-1980 (Die Arbeiterbewegung in Ungarn von 1867 bis 1980) Kossuth 1982 ISBN 963 09 20301 vagy 963 01 20301.

Buza Márton: Die Gewerkschaften in Ungarn (Bibliothek:Staatswissenschaft 5786) Verlag Népszava, Budapest 1988 ISBN 963 322 712 7

Erényi Tibor, Gábor Sándorné; A magyar forradalmi munkásmozgalom története (Geschichte der revolutionären ungarischen Arbeiterbewegung) Verlag Kossuth, 1972 Band 1 3.Auflage

Kozák László: A független magyar szakszervezetek története és harcai (Die Geschichte der unabhängigen ungarischen Gewerkschaften) Tanfolyami jegyzet (Schulungsunterlagen) Hg Liga, 2007.

Lendvai Paul: Die Ungarn, Verlag Bertelsmann, München 1999 ISBN 3570 002187

Lux Judit: A Szakszervezeti Tanács száz éve 1988-1998 (Die 100 Jahre des ungarischen Gewerkschaftsrates) Hg. MSZOSZ, Budapest 1998 ISBN 063 00 2283 4

Lux Judit: A magyar szakszervezetek történetéből ISBN: 978-963-06-5790-7
(aus der Geschichte der ungarischen Gewerkschaften)
<http://www.konfoderaciok.hu/index/index.php?mode=file&file=html/egyeb/lux/eloszo.htm>
download:08.12.2009 12:44

Polgár Tibor: Ők így látják, (Sie haben es so gesehen, Interview Sammlung) Verlag: Dura Stúdió 2001, ISBN 9630094126

Rochus Door: Neueste Geschichte Ungarns, VEB Verlag der Wissenschaften (DDR) Berlin 1981.

Romsics Ignac: Magyarország története a XX. Században (Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert) Verlag Osiris, Budapest 2005, ISBN 963 389 719 X

Sóki Gyula: Érdekképviselések az élelmiszeriparban kezdettől – napjainkig 1905-2005 (Interessensvertretungen in der Lebensmittelindustrie von den Anfängen bis heute) Hg. MSZOSZ 2005.

Sóki Gyula: Az élelmiszeripari dolgozók szakszervezetének 100 éve 1905 – 2005 (Die 100 Jahre der Gewerkschaft in der Lebensmittelindustrie) Hg. MSZOSZ 2005

Szakács Kálmán, Gergely Jenő: A magyar munkásmozgalom története 1868-1976 (Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung)
Egyetemi tananyag (Universitätslehrbuch) Verlag Kossuth, Budapest 1977.

Internetveröffentlichungen

Andor László: Niedergang in Etappen, erschienen in Ost-West Informationen, Gewerkschaften in Osten zwischen Reform und Opposition, Vierteljahresschrift Nr.2/96. Seite 11.
<http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/z-04708/1996-nr2.pdf> download: 4.3.2010 18:24

Benkes Mihály: A hiányzó szociáldemokrácia (Das Fehlen der Sozialdemokratie) in Magyar Hírlap (Ungarisches Nachrichtenblatt) 1996 Oktober 24. auch Magyarországi Szociáldemokrata Párt (<http://www.mszip.hu/>) unter:
http://www.mszip.hu/pdf/tanulmanyok/hianyzo_szocialdemokracia_bm.pdf download: 12.2.2010 16:12

Deppe Rainer/Girndt Rainer: Transformationspolitik und Gewerkschaften in Ungarn, in Gewerkschaftliche Monatshefte der Friedrich Ebert Stiftung. 46(1995) H. 4. seite 253.
<http://library.fes.de/library/netzquelle/gewmoe/bibliographie.html> download: 20.10.2010 16:03

Erényi Tibor: Munkásmozgalom az Osztrák Magyar Monarchiában, (Arbeiterbewegung in der Österreichisch- Ungarischen Monarchie) Kempelen Farkas digit. Tankönyvtár (Kempelen Fachbibliothek) <http://www.tankonyvtar.hu/>
unter:<http://www.tankonyvtar.hu/main.php?objectID=5546355> download:22.01.2019 17:10

Erényi Tibor: A szakszervezeti bürokrácia, Kempelen Farkas digitális Tankönyvtár (Kempelen Fachbibliothek) (<http://www.tankonyvtar.hu/>) unter:
<http://www.tankonyvtar.hu/historia-1988-01/historia-1988-01-081013-2> download:07.03.2010 15:55

Gál Edit: A Céhek es az érdekképviselő Tankönyvtár (Die Zünfte und die Interessensvertretung) Kempelen Farkas digitális Tankönyvtár (Kempelen Fachbibliothek) (<http://www.tankonyvtar.hu/>)
<http://www.tankonyvtar.hu/historia-1988-05/historia-1988-05-cehek> download:22.01.2009 17:20

Gergely Pál: Szakszervezeti tagság Európában (Mitgliederzahlen in Europa)
<http://mathom.dura.hu/mszeib/tanulmanyok/tagsag.htm> download: 2010.03.06 23:35

Girndt Rainer: Vielfalt statt Einheit, erschienen in Ost-West Informationen, Gewerkschaften in Osten, zwischen Reform und Opposition, Vierteljahresschrift Nr.2/96. Seite 15
<http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/z-04708/1996-nr2.pdf> download: 4.3.2010 18:26

Hantke Frank: Die Gewerkschaften in Mitteleuropa als Akteure im künftigen europäischen Sozialdialog, Internetseiten der Friedrich Ebert Stiftung (www.fes.de/Gewerkschaften) unter:
<http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/01975.pdf> download: 20.10.2009 16:13

Kohl Heribert: Ungarn, Drang nach Freiheit und Vielfalt trotz vielfachen Scheiterns stets ungebrochen, Internetseiten der Friedrich Ebert Stiftung (www.fes.de/Gewerkschaften)
<http://library.fes.de/fulltext/id/00884.htm> download: 06.03.2010 19:16

Kohl Heribert: Wo stehen die Gewerkschaften in Osteuropa heute? Heft Nr. 5/2008. Internetseiten der Friedrich Ebert Stiftung (www.fes.de/Gewerkschaften) unter:
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/05362.pdf> download: 20.10.2009 16:35

Konrad Helmut: Herbert Steiners Engagement in der österreichischen Nachkriegspolitik, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (<http://www.doew.at/>) unter:
<http://www.doew.at/thema/steiner/konrad.html> download: 20.10.2009 15:08

Mohácsi Györgyi: Üzemi Tanács és/vagy szakszervezet? (Betriebsrat und/oder Gewerkschaft?) Hg. Brand & Standard Capital Tanácsadó és Szolgáltató Kft. HR Portál 2007.07.18
(<http://www.hrportal.hu/>) unter: <http://www.hrportal.hu/index.phtml?page=article&id=61882>
download: 18.3.2010 18:24

Piehl Ernst: Wirtschaftsreformen und Gewerkschaften in Ungarn (Teil I) Internetseiten der Friedrich Ebert Stiftung (www.fes.de/Gewerkschaften) unter:
<http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1972/1972-04-a-224.pdf> download: 20.10.2009 16:02

Piehl Ernst: Wirtschaftsreformen und Gewerkschaften in Ungarn (Teil II) Internetseiten der Friedrich Ebert Stiftung (www.fes.de/Gewerkschaften) unter:<http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1972/1972-06-a-375.pdf> download: 20.10.2010 16:37

Sági Matild: Változások a foglalkozásszerkezetben in Közoktatási Miniszterium (Änderungen des Beschäftigungsprofils) Hg Oktatáskutató és Fejlesztő Intézet (Institut für Unterrichtsforschung und Entwicklung in Unterrichtsministerium), Budapest 1966, unter:
<http://www.oki.hu/oldal.php?tipus=cikk&kod=Jelentes97-hatter-Sagi-Tarsadalmi>
download: 02.02.2010 21:10

Sauer Walter: Wider den gewerkschaftsfreien Raum, erschienen in Ost-West Informationen, Gewerkschaften in Osten, zwischen Reform und Opposition, Vierteljahresschrift Nr.2/96 Seite 8
<http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/z-04708/1996-nr2.pdf> download: 4.3.2010 18:28

Sauer Walter: Von der Osthilfe zur Ost-Kooperation, in Erfahrungen aus der Zusammenarbeit des ÖGB mit der mittel- und osteuropäischen Gewerkschaftsbewegung. Internetseite des ÖGB unter:
<http://www.oneworld.at/ngo-conference/discussion/OEGBOST.htm> download: 05.04.2010 12:58

Érdekegyeztetés ÉT (Interessenausgleich) Internetseiten des Verbandes der Ungarischen Industriellen (<http://www.mgyosz.hu/hu/index.php>) unter
<http://www.mgyosz.hu/kozgyulesek/20020920/ujit.htm> download: 17.01.2010 21:38

Friedrich Ebert Stiftung: Gewerkschaften und Arbeitsmarkt in Südosteuropa Teil 1 Internetseiten der Friedrich Ebert Stiftung (www.fes.de/Gewerkschaften) unter:
<http://library.fes.de/fulltext/id/00559001.htm> download: 12.2.2010 10:24

Friedrich Ebert Stiftung: Gewerkschaftliche Lage und Entwicklung Kapitel 2. Ungarn, in Gewerkschaftskooperation mit Osteuropa, Internetseiten der Friedrich Ebert Stiftung (www.fes.de/Gewerkschaften) unter:

<http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/c95-00020.pdf> download: 12.2.2010 10:32

ITUC-Bericht: Internationaler Gewerkschaftsbund (siehe auch Statistiken)

Jährliche Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten 2007 in Ungarn

<http://survey07.ituc-csi.org/getcountry.php?IDCountry=HUN&IDLang=DE> download: 20.10.2009 16:12

Megállapodás az Érdekegyeztetés megújításáról, 2002 (Vereinbarung über die Erneuerung des Interessensausgleichs) Szociális és Munkügyi Minisztérium (Ministerium für Arbeit und Soziales) (<http://www.szmm.gov.hu/main.php?folderID=1>) unter :

<http://www.szmm.gov.hu/main.php?folderID=13333> download: 17.01.2010 21:36

Munkaszervezetektől a szakszervezetekig (Von der Arbeiterbewegung bis zur Gewerkschaft) in Egyesült Villamosenergia-ipari Dolgozók Szakszervezeti Szövetsége – VDSZSZ (Internetseite des Gewerkschaftsverbandes der Elektrizitätsenergiearbeiter vom 4.11.2007) <http://www.vd.hu/> unter: <http://www.vd.hu/cikk.php?cikk=3162&szid=272> download: 18.11.2009 20:15

Országos Érdekegyeztetés ÉT (Rat des Interessensausgleichs) Gemeinsame Plattform der Konföderationen (<http://www.konfederaciok.hu/index/index.php?mode=main>) unter :

<http://www.konfederaciok.hu/index/index.php?mode=file&file=html/erdekegyeztetes/oet-index.html> download: 17.01.2010 19:18

Szakszervezeti központok (Die Dachorganisationen) Internetseiten des Raabe Verlages

(<http://www.raabe.hu/index.html>) unter: <http://www.dura.hu/hirek/szakszervezet/kozpontok.html> download: 18.11.2009 14:24

Sozialdemokratische Partei Österreichs, Landesorganisation Wien (HG) Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie, Stichwort „Freie Gewerkschaften“

<http://www.dasrotewien.at/online/page.php?P=10859> download: 08.12.2007 10:47

D) Auflistung der Dokumentationen auf beiliegender CD-ROM

A. A Magyar Köztársaság Alkotmánya (Verfassung der Republik Ungarn)

B. Egyesülési Jog (Vereinsrecht) II. Gesetz 1989

C. A munka törvénykönyve (Gesetzbuch der Arbeit)

D. Sztrájk törvény (Streikrecht)

E. Interviews und Schriftverkehr

E/1/1. Szathmári Gabor: Interview über die Gründung der SZEFG

E/1/2. Szathmári Gabor: Beantwortung der Fragen über die organisatorischen Einheiten der ungarischen Gewerkschaften.

E/2/1. Kozák László: Antworten auf Fragen bezüglich Geschichte, Organisation und Finanzierung der Liga Konföderation.

E/2/2. Kozák László: Antworten auf die Beziehungen zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft. Die Rechtstellung des Betriebsrates

E/2/3. Kozák László: Nationale und internationale Zusammenarbeit der Konföderationen.

E/3/1. Nagy Imre: Antworten auf Fragen bezüglich Geschichte, Aufbau, Organisation und Finanzierung der MOSZ Konföderation.

E/3/2. Nagy Imre: Gibt es eine „Gewichtung“ der Konföderationen untereinander und innerhalb des Interessenausgleichs?

E/4 Girndt Rainer: Antworten auf die Fragen von 1.06.2010.

Seine Rolle im Rahmen der FES in Ungarn?

Wie hat er die Entwicklung der Beziehungen der unterschiedlichen ungarischen Konföderationen zu den internationalen Verbänden gesehen?

Welche Überlegungen führten bei den „Arbeiterräten“ (MOSZ) zur Selbstbezeichnung „Christliche Gewerkschaft“?

Gewichtung der Beziehungen zwischen EGB und IBFG?

Erklärung der Abkürzungen und Zusammenhänge:

Der IBFG, Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (International Confederation of Free Trade Unions, ICFTU), wurde nach Abspaltung des 1945 als überparteiliche Organisation gegründeten, aber zunehmend von der Sowjetunion dominierten WGB (Weltgewerkschaftsbund) im Jahr 1949 geschaffen. Vor dem 1. Weltkrieg gab es nur eine sozialdemokratische Gewerkschaftsinternationale, später noch eine eigene kommunistische.

Seit der Fusion des IBFG mit dem WVA (Weltverband der Arbeitnehmer) im Jahre 2006 hat die Organisation den Namen IGB (Internationaler Gewerkschaftsbund). Die WVA ist wiederum eine Nachfolgeorganisation der im Jahre 1920 gegründeten und bis 1968 bestanden IBCG (Internationale Bund Christlicher Gewerkschaften)

EGB, Europäischer Gewerkschaftsbund, (European Trade Union Confederation, -ETUC) ist der europäische Dachverband der Gewerkschaften.

Abstract: Die Arbeitnehmervertretungen haben im Allgemeinen eine ähnliche, jedoch zeitlich versetzte Entwicklung hinter sich. Auch innerhalb der Österreichisch-Ungarischen Monarchie verlief sie nicht im Gleichtakt. Die Entwicklung wurde sowohl von den Voraussetzungen, aber auch von den handelnden Personen stark beeinflusst. Ungarn war traditionell ein hauptsächlich Landwirtschaft betreibendes Land mit dadurch verbundenen stark ausgeprägten feudalen Strukturen. In diesem System konnte das Bürgertum, was wiederum für die industrielle Entwicklung notwendig gewesen wäre nur sehr zögerlich entstehen. Eine Beschleunigung der Prozesse stand auf der österreichischen Seite des Habsburgerreiches auch nicht im Interesse. Erfreulich, dass diese Einstellung von den Arbeitnehmern selbst nicht mitgetragen wurde. So kam es im Jahr 1874, dass an der „inneren“ Grenze der Monarchie auf der ungarischen Seite in Neudörfl (Lajtaszentmiklós) im Zuge eines ersten Arbeiter-Kongresses ein sozialdemokratisches Programm für die gesamte Österreichisch-Ungarische Monarchie verabschiedet werden konnte.

Nach dem 1. Weltkrieg waren die Kontakte zu Österreich nicht vollständig abgerissen, jedoch hat die Geschichte der ungarischen Arbeitnehmervertretung einen eigenen Verlauf genommen. Den sozialdemokratischen Arbeitnehmervertretern, mit Karoly Peyer an der Spitze, ist es gelungen, eine unter autoritären Systemen beachtliche Vereinbarung mit der Bethlen-Regierung zu erzielen. Dadurch war es möglich, dass die Sozialdemokratische Partei als politische Kraft im ungarischen Parlament bis zur deutschen Besetzung des Landes im Jahre 1944 vertreten war. Dieser Pakt hat natürlich auch seine Schattenseiten gehabt, wie zum Beispiel den Ausschluss der kommunistischen Gewerkschafter.

Nach dem 2. Weltkrieg kam Ungarn in die sowjetische Interessenssphäre, wodurch die an die Macht gekommenen Kommunisten jetzt die Chance zur Revanche gesehen haben und begonnen haben, die sozialdemokratischen Arbeitnehmervertreter mit scheinheiligen Begründungen, oft durch Schauprozesse, aus ihren Ämtern hinaus zu drängen. Diese Prozesse verliefen in den übrigen Ländern, die nun unter dem entstandenen, politischen Begriff „Oststaaten“ bekannt sind, ähnlich.

Die unter der Ära Gorbatschow eingeleitete Liberalisierung blieb auch in Ungarn nicht ohne Wirkung. Noch vor der Gründung politischer Parteien wurde die Gründung unabhängiger Arbeitnehmervertretungen neben der bestehenden staatsnahen Gewerkschaft (SZOT) genehmigt. In kürzester Zeit wurden etwa 2000 „Gewerkschaften“ als juristische Person angemeldet. Die meisten von ihnen haben bei der Organisierung der anschließend erlaubten politischen Parteien aktiv mitgewirkt. Diese Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmervertreterorganisationen und politischen Parteien erwies sich in der Folge eher problematisch als nützlich.

Auch gegenüber der Arbeitgeberverbände ist diese Zersplitterung sogar bis heute von Nachteil, wie dies von der Friedrich Ebert Stiftung treffend formuliert wurde:„... Der größte Teil der mehrere

Hunderte zählenden Betriebs-, Berufs- und Branchengewerkschaften organisiert sich nach wie vor in den nach Mitgliederzahl unterschiedlich starken 6 Konföderationen. Daneben gibt es auch noch eine Reihe von Arbeitnehmerorganisationen, die keinem der reichlich vorhandenen Dachverbände anzugehören wünschen. Dieser sehr ausgeprägte Pluralismus macht eine abgestimmte Interessensvertretung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen nicht gerade einfach und gelegentlich verhindert es sie sogar“. Natürlich sind aus dieser Zersplitterung entstandene Schwächen auch für die Konföderationen selbst, in denen die verschiedenen Gewerkschaften organisiert sind, voll bewusst und deshalb werden trotz Konkurrenz immer wieder Versuche, mit mehr oder weniger Erfolg, zur Harmonisierung der Aktionen unternommen. Die immer wieder erfolgten Regierungswechsel und die sich dadurch ständig ändernden Rahmenbedingungen erschweren die Arbeit der Gewerkschaften zusätzlich. (Die Partei- bzw. Regierungspolitik wurde in dieser Arbeit nur dann erwähnt, wenn deren Ziele und Entscheidungen arbeitnehmerrelevante Bereiche betrafen.)

Diese Diplomarbeit gibt einen Einblick in die Geschichte, wie auch in die derzeitige Lage der Arbeitnehmervertretungen in Ungarn und damit wird ein spezielles gesellschaftspolitisches Feld näher gebracht.

Lebenslauf

Name: Stephan Szekely
Geburtsdatum: 31. März 1945
Staatsbürgerschaft: Österreich (seit 1977)

Ich bin kurz vor dem Ende des 2. Weltkrieges geboren. Meine Mutter flüchtete vor der herannahenden Front von Budapest Richtung Österreich. In der Nähe von Neunkirchen in einem Wald kam ich zur Welt. Nachdem mein Vater, der Soldat war, von der Sowjetarmee gefangen genommen wurde, ging meine Mutter mit mir wieder nach Budapest zurück.

Schulbildung:

1951-1959 Volks und Hauptschule in Budapest
1959-1963 „Vörösmarty“ Realgymnasium in Budapest
1963-1965 postsekundäre Kolleg für industrielle Elektronik MÜM14.

Beruflicher Werdegang:

1965-1966 Prüffeldtechniker in der Elektronischen Messgeräte Werke (EMG- Budapest)
1966-1969 Bundesheerdienst in Ungarn.
1969-1970 Entwickler in der ungarischen industriellen Produktionsgenossenschaft (Elektris-Szövetkezet).
1970 kam ich nach Österreich und nach einem kurzen Aufenthalt im Lager Traiskirchen fand ich Beschäftigung in der Kapsch AG. Zuerst in der Fernsehentwicklung, später befasste ich mich mit Fehleranalysen im Bauteile Labor. Zuletzt war ich als Konzernbeauftragter für die Vermeidung von elektrostatischen Aufladungen in der Produktion eingesetzt. Mitarbeit im Qualitätsmanagement, wie bei der Auditierung gemäß ISO 9000.

Seit 1980 war ich bis zu meiner Pensionierung auch Mitglied des Betriebsrates. Über vier Perioden war ich als gewählter Kammerrat in der Wiener Arbeiterkammer.

2003-2011 Studium der Politikwissenschaften an der Universität Wien

Spezialisierungsmodule: Schwerpunktsetzung im Rahmen der freien Wahlfächer:

- | | |
|--------------------------------|------------------------------|
| o Europa und Europäische Union | o Österreichische Geschichte |
| o Ost- und Mitteleuropa | o Orient Studien |
| o Politische Bildung | o Philosophie |